

Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2000



Europäische Kommission

Generaldirektion für
Beschäftigung und soziale
Angelegenheiten
Referat E.1

Der Inhalt dieser Veröffentlichung spiegelt nicht unbedingt die Meinung oder Haltung der Generaldirektion "Beschäftigung und soziale Angelegenheiten" der Europäischen Kommission wider.

Falls Sie am Bezug des elektronischen Informationsbriefes "ESmail" der Generaldirektion "Beschäftigung und soziale Angelegenheiten" der Europäischen Kommission interessiert sind, schicken Sie bitte ein e-mail an empl-esmail@cec.eu.int - der Informationsbrief erscheint regelmäßig in Deutsch, Englisch und Französisch.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
Abschnitt 1 : Sozialpolitische Themen - statistische Profile	7
Abschnitt 2 : Die wichtigsten sozialen Entwicklungen	43
Abschnitt 3 : Vorbereitung auf die Erfordernisse von morgen	91
Abschnitt 4 : Anlage	97

VORWORT

Dieser Bericht enthält eine allgemeine Beschreibung der sozialen Lage in Europa. Er beruht auf harmonisierten Daten, die eine zuverlässige vergleichende Analyse verschiedener sozialer Entwicklungen in sämtlichen Mitgliedstaaten ermöglichen. Der Bericht dient nicht nur dazu, die Debatte über die europäische Sozialpolitik anzuregen und zu vertiefen, sondern trägt auch der Bedeutung der sozialen Dimension in der Zukunftsvision für Europa Rechnung.

Dies ist der erste Jahresbericht über die soziale Situation. Er ist ein Bestandteil des Prozesses, soziale Entwicklungen in den Mitgliedstaaten zu verfolgen und komplementiert existierende Veröffentlichungen wie den Bericht über Beschäftigung in Europa und den Bericht über Soziale Sicherheit. Der Bericht gibt eine Gesamtschau der demographischen und sozialen Bedingungen als Hintergrund zur sozialpolitischen Entwicklung und zeigt Verbindungen zu anderen Gemeinschaftspolitiken im sozialen Bereich auf, wie der Europäischen Beschäftigungsstrategie.

In diesem Jahr beschäftigt sich der Bericht mit der wachsenden Nachfrage nach sozialer Unterstützung und Sozialdiensten und mit den Möglichkeiten, diese Nachfrage zu befriedigen.

Der erste Abschnitt des Berichts enthält eine Reihe harmonisierter sozialer Indikatoren, die von demographischen Fragen bis zur Beschäftigungs- und Einkommenslage in den Mitgliedstaaten reichen. Die Indikatoren geben einen Überblick über die soziale Lage in der Gemeinschaft. Darüber hinaus eignen sie sich ausgezeichnet zur Verfolgung der sozialen Entwicklungen über einen längeren Zeitraum hinweg.

Im zweiten Abschnitt werden die wichtigsten sozialen Entwicklungen einer genaueren Untersuchung unterzogen. Zu vier Themenbereichen, die eng mit der gesellschaftlichen Entwicklung zusammenhängen – Bevölkerungsentwicklung, Lebensbedingungen, Einkommen und soziale Beteiligung –, werden Analysen und Forschungsergebnisse vorgelegt, die den Leser mit Hintergrundinformationen zur Diskussion über die zukünftigen sozialen Bedürfnisse ausstatten.

In den letzten Jahrzehnten hat die gesellschaftliche Entwicklung bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Die demographischen und sozialen Trends, der technologische Fortschritt und der verstärkte globale Wettbewerb eröffnen der Europäischen Union große Möglichkeiten und stellen sie zugleich vor beträchtliche Herausforderungen.

Die Analyse der sozialen Trends deutet einerseits auf eine steigende Nachfrage nach sozialen Leistungen in den kommenden Jahren hin. Andererseits scheint auch Potential für eine Ausweitung des Angebots zu bestehen. Hier werden jedoch gut durchdachte politische Entscheidungen erforderlich, die rechtzeitig erfolgen müssen. Darüber hinaus müssen die ermutigenden Trends in der sozialen Beteiligung als Chance erkannt werden, geeignete Reaktionen auf die zukünftigen Herausforderungen zu finden.

Wir glauben, daß dieser erste Bericht über die soziale Lage in der Europäischen Union wertvolles Material für die Debatte über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung enthält.



A. Diamantopoulou
Kommissarin für Beschäftigung
und Soziales



P. Solbes Mira
Kommissar für Wirtschafts-
und Währungsangelegenheiten,
zuständig für Eurostat

ABSCHNITT 1

SOZIALPOLITISCHE THEMEN - STATISTISCHE PROFILE

Sozialpolitische Themen – statistische Profile

Abschnitt 1 stellt eine Reihe von statistischen Profilen im Rahmen der einzelnen sozialpolitisch relevanten Themen für die EU vor. Jedes statistische Profil wird in Form von Tabellen, Graphiken und Kommentaren präsentiert. Die Tabellen konzentrieren sich im wesentlichen, nicht jedoch ausschließlich, auf den jeweiligen Schlüsselindikator (siehe Tabelle unten). Vielfach sind auch andere relevante Kontextdaten sowie Analysen enthalten.

Es wurde eine Vielzahl von Gesetzgebungstexten und politischen Dokumenten (Vertrag von Amsterdam, Beschäftigungspolitische Leitlinien usw.) herangezogen, um die sozialpolitisch relevanten Bereiche zu ermitteln. Insgesamt wurden fünfzehn Schlüsselindikatoren ausgewählt¹. Eine wesentliche Einschränkung besteht hinsichtlich der Verfügbarkeit von Daten – es wurden lediglich jene Bereiche erfaßt, für die Daten aus der gesamten EU vorhanden sind. Gegebenenfalls werden die Indikatoren in der Zukunft modifiziert, wenn sich die politischen Prioritäten ändern und/oder neue Daten bereitgestellt werden.

Statistisches Profil	Entsprechender Schlüsselindikator
1 Überalterung der Bevölkerung	Alterslastquote
2 Bildungsabschlüsse	Anteil der 18-24jährigen außerhalb des Bildungssystems und mit niedriger Qualifikation
3 Beschäftigung	Beschäftigungsquote der 15-64jährigen
4 Überalterung der Erwerbsbevölkerung	Beschäftigungsquote der 55-64jährigen
5 Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote
6 Jugendarbeitslosigkeit	Verhältnis Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung
7 Langzeitarbeitslosigkeit	Langzeitarbeitslosenquote
8 Ausgaben für den Sozialschutz	prozentualer Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP
9 Altersversorgung	prozentualer Anteil der Altersversorgungsausgaben an den gesamten Sozialleistungen
10 Einkommensverteilung	Einkommensverteilungsquotient (S80/S20)
11 Haushalte mit niedrigem Einkommen	prozentualer Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 60% des nationalen Durchschnitts
12 Beschäftigungslage der Frauen	Beschäftigungsquote der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren
13 Einkommen von Männern und Frauen	Verhältnis monatliches Einkommen von Frauen/monatliches Einkommen von Männern (in Prozent)
14 Lebenserwartung und Gesundheitsperspektiven	Lebenserwartung (der Personen ohne Behinderung) bei der Geburt
15 Arbeitsunfälle	Anteil der Beschäftigten, die einen Arbeitsunfall hatten (in Prozent)

¹ Eurostat veröffentlicht jährlich ein Taschenbuch mit dem Titel "Living conditions in Europe", das eine Vielzahl von Sozialstatistiken und Indikatoren enthält.

Symbole und Abkürzungen

*	provisorische/geschätzte oder wenig zuverlässige Daten aufgrund geringer Zahl von Beobachtungen
:	nicht verfügbar
-	null
.	nicht anwendbare oder statistisch nicht signifikante Daten
0	weniger als die Hälfte der Einheit verwendet

KKS	Kaufkraftstandard
BIP	Bruttoinlandsprodukt

EU-15	Europäische Union der Fünfzehn
B	Belgien
DK	Dänemark
D	Deutschland
EL	Griechenland
E	Spanien
F	Frankreich
IRL	Irland
I	Italien
L	Luxemburg
NL	Niederlande
A	Österreich
P	Portugal
FIN	Finnland
S	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

1 ÜBERALTERUNG DER BEVÖLKERUNG

Im Vergleich zu der Gruppe, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (15-64 Jahre), beträgt die Anzahl der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren EU-weit 24% (im Jahr 1998). Den Berechnungen zufolge wird diese Quote bis 2010 auf 27% steigen. Am höchsten wird sie mit 31% in Italien sein.

375 Millionen Einwohner in der Union

Die Europäische Union hatte am 1. Januar 1999 375 Millionen Einwohner. Damit ist die Bevölkerung der Union nach der Chinas (1241 Millionen) und Indiens (992 Millionen) noch vor der der Vereinigten Staaten (272 Millionen) und Japans (126 Millionen) die drittstärkste der Welt. In den zwölf mitteleuropäischen Ländern, die Anwärter auf eine Mitgliedschaft in der Union sind, leben etwa 106 Millionen Menschen. Deutschland hat mit 82 Millionen Einwohnern – das entspricht einem Anteil von 22% an der Gesamtbevölkerung der Union – die größte Bevölkerung der EU-Länder. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien haben jeweils einen entsprechenden Anteil von rund 15%.

Die EU Bevölkerung wird immer älter

Die Überalterung der Bevölkerung hat zwei wesentliche Gründe: den Rückgang der Geburtenhäufigkeit und den Rückgang der Sterblichkeit. Die Zahl der Geburten in der EU sank im Jahr 1998 auf rund 4 Millionen – dies war der niedrigste Wert seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer in der EU sank von 2,59 im Jahr 1960 auf 1,45 im Jahr 1998. Am deutlichsten ging die Geburtenhäufigkeit in jenen Ländern zurück, die zu Beginn der achtziger Jahre noch die höchste Fertilität aufgewiesen hatten (Griechenland, Spanien, Irland und Portugal), nämlich um 33-48%. Die niedrigste Gesamtfertilität weisen heute Spanien (1,15) und Italien (1,19) auf. Trotz eines markanten Rückgangs verzeichnet Irland weiterhin die höchste Rate (1,94). Im Gegensatz dazu setzte sich der starke Rückgang der Geburtenhäufigkeit in Schweden, das früher eine der höchsten Fruchtbarkeitsziffern in der Union aufgewiesen hatte, fort; zwischen 1995 und 1998 sank die Rate von 1,73 auf 1,51. Währenddessen stieg die Lebenserwartung in den vergangenen 50 Jahren insgesamt um rund 10 Jahre. Siehe Lebenserwartung und Gesundheitsperspektiven (1.14).

Stärkstes Bevölkerungswachstum in der Gruppe der ‚sehr Alten‘

Von 1960 bis heute stieg der Anteil der älteren Menschen (65 Jahre und darüber) an der Bevölkerung von 11% auf 16%. Alles deutet darauf hin, daß sich dieser Trend bis weit ins 21. Jahrhundert fortsetzen wird. Bis 2010 wird sich die Zahl der älteren Menschen (69 Millionen) gegenüber dem Jahr 1960 (34 Millionen) verdoppelt haben. Allein im kommenden Jahrzehnt wird die Zahl der über 65jährigen in EU-15 um 13% steigen. Der größte Zuwachs dürfte dabei in Deutschland (24%) zu beobachten sein.

Die Bevölkerung mit einem Alter von mehr als 80 Jahren wird sogar noch schneller wachsen. Im Lauf des nächsten Jahrzehnts wird die Zahl der ‚sehr alten Menschen‘ um 36% zunehmen. Es wird erwartet, daß Belgien, Griechenland, Frankreich, Italien und Luxemburg die größten Zuwächse (von jeweils etwa 50%) in dieser Altersgruppe verzeichnen werden. In scharfem Gegensatz dazu wird das Wachstum dieser Gruppe in Dänemark und Schweden sehr gering ausfallen.

Schwindende ‚demographische Unterstützung‘ für die älteren Bürger

Im Jahr 1998 machte die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber in EU-15 24% der Gruppe aus, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (die 15-64jährigen). Aus demographischer Sicht scheint Irland am besten in der Lage zu sein, seine älteren Bürger (17% im Vergleich zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) zu unterstützen. Bis 2010 wird der Anteil der älteren Bürger in der gesamten Union steigen, insbesondere in Italien, wo er den Berechnungen zufolge auf 31% angewachsen wird. Bei der Interpretation dieser Daten sollten die Unterschiede berücksichtigt werden, die hinsichtlich der tatsächlichen Dauer der Erwerbstätigkeit zwischen den Mitgliedstaaten bestehen.

Rund 45% der ‚sehr Alten‘ leben allein

Die Mehrheit der älteren Bevölkerung der Europäischen Union (im Alter von 65 Jahren und darüber) lebt entweder allein (32%) oder mit einem Partner (51%). Weitere 13% leben mit ihren Kindern (oder anderen Verwandten/Freunden) zusammen. Nur 4% leben in einem Heim oder in einer anderen Einrichtung. Es liegt jedoch auf der Hand, daß die Nachfrage nach Unterbringung und Pflege beträchtlich zunimmt, wenn die Menschen ein höheres Alter erreichen. Daher sollten die älteren Bürger nicht in einer einzigen Gruppe zusammengefaßt werden. Während die Mehrzahl (60%) der Menschen im Alter von 65-79 Jahren immer noch mit einem Partner zusammenlebt, trifft dies nur auf 26% der ‚sehr alten‘ Menschen (80 Jahre und darüber) zu. Die ‚sehr Alten‘ leben eher allein (45%), in Anstaltshaushalten (10%) oder mit ihren Kindern (19%). Es bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere, was den Anteil der ‚sehr alten‘ Menschen anbelangt, die mit ihren Kindern (oder anderen Verwandten/Freunden) zusammenleben: während in Spanien und Portugal 40% oder mehr Angehörige dieser Altersgruppe diese Form der Unterstützung genießen, sind es in Dänemark und Schweden weniger als 5%.

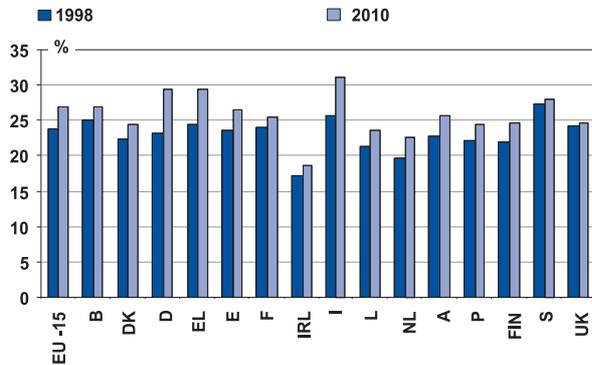
Schlüsselindikator

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Alterslastquote (1)																
1998	24	25	22	23	24	24	24	17	26	21	20	23	22	22	27	24
2010	27	27	24	29	29	26	25	19	31	23	23	26	24	25	28	25

(1) Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64)

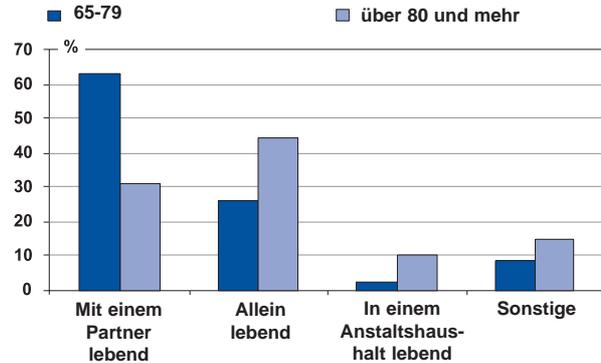
Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

Alterslastquote (1), 1998-2010



Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

Bevölkerung nach Haushaltssituation und Alter, EU-15, 1995



Quelle : Eurostat - Haushaltsszenarien, ausgehend von der Basisvariante, 1995

Grundsatzklärung

In ihrer Mitteilung „Ein Europa für alle Altersgruppen – Wohlstand und Solidarität zwischen den Generationen“ (KOM/1999/221 endg.) gelangte die Kommission zu dem Schluß, daß „die Größenordnung des demographischen Wandels auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert ... der Europäischen Union die Chance“ bietet „und ihr gleichzeitig die Notwendigkeit“ aufzwingt, „die veraltete Seniorenpolitik zu ändern. Sowohl vor als auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, in der zweiten Lebenshälfte einen größeren gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Die Fähigkeiten älterer Menschen bilden ein gewaltiges Leistungsreservoir, das bisher nur unzureichend erkannt und genutzt wird. Eine angemessene Gesundheits- und Pflegepolitik sowie entsprechende Dienstleistungen können die Abhängigkeit im Alter vermeiden, hinauszögern und minimieren. Darüber hinaus wird der Bedarf an derartigen Dienstleistungen neue Arbeitsplätze schaffen.“ Die Kommission wird die Möglichkeiten für neue, horizontale Gemeinschaftsprogramme auf der Grundlage der Artikel 13, 129 und 137 des Amsterdamer Vertrags für diejenigen Bevölkerungsgruppen untersuchen, die von Diskriminierung, Arbeitslosigkeit oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind, wie z.B. ältere Menschen. Zudem soll eine Mobilisierung der im fünften Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung in der Gemeinschaft unter Artikel 166 des Vertrages enthaltenen europäischen Forschungsressourcen auf eine Verbesserung der Lebensqualität, Autonomie und sozialen Integration älterer Menschen abzielen.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik. Bevölkerungs- und Haushaltsszenarien ausgehend vom Jahr 1995 (Basisvariante).

Die Methode, den Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64) zu berechnen, wird auch als Alterslastquote bezeichnet. Zur Hochrechnung der Daten für das Jahr 2010 wurde die Basisvariante der Bevölkerungsentwicklung herangezogen.

Weiterführende Lektüre

- „Bevölkerungsstatistik“, Ausgaben 1998 und 1999. Eurostat.
- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Erste Daten über die Bevölkerung Europas im Jahr 1998“, Nr. 12/1999. „Etwas weniger Geburten und Sterbefälle in 1998“, Nr. 1/1999. Eurostat.
- „Bericht über die demographische Lage 1997“, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales.
- „Ein Europa für alle Altersgruppen – Wohlstand und Solidarität zwischen den Generationen“, KOM(99)221 endg. 1999.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

Überalterung der Erwerbsbevölkerung (1.4), Altersversorgung (1.9), Lebenserwartung und Gesundheitsperspektiven (1.14)

2 BILDUNGSABSCHLÜSSE

Die junge Generation ist heute besser ausgebildet als früher. Jedoch verlassen 22% der Personen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren das Bildungssystem lediglich mit einem Abschluß der Sekundarstufe I.

Die jüngere Generation ist besser qualifiziert

Das Qualifikationsniveau der Bevölkerung ist in den vergangenen dreißig Jahren beträchtlich gestiegen. Ein Vergleich der gegenwärtigen Absolventen des Bildungssystems mit früheren Generationen ermöglicht es, die Entwicklung über einen langen Zeitraum hinweg zu verfolgen. Im Jahr 1997 hatten 59% der Personen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren in EU-15 lediglich eine Ausbildung der Sekundarstufe I abgeschlossen. In der Gruppe der 25-34-jährigen betrug dieser Anteil nur noch 32%. In Griechenland, Spanien, Italien und Portugal ist das Bildungsniveau am niedrigsten, wobei in diesen Ländern jedoch in den letzten drei Jahrzehnten die deutlichsten Fortschritte gemacht wurden. In diesen Mitgliedstaaten ist der Anteil der Personen, die zumindest eine Ausbildung der Sekundarstufe II abgeschlossen haben, in der jüngsten Generation mehr als doppelt so hoch wie in der ältesten. Die Folge ist, daß die Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den Mitgliedstaaten geringer werden.

Mehr als jeder fünfte Schulabgänger besitzt nur eine geringe Qualifikation

Obwohl das Bildungsniveau weiter steigt, weisen bis zu 22% der 18-24-jährigen am Ende ihrer Ausbildung keine Qualifikation auf, die über die Sekundarstufe I hinausgeht (was in vielen Fällen gleichbedeutend mit der Vollzeitschulpflicht ist).

Um diese Zahl richtig interpretieren zu können, muß man einen Blick auf den Beschäftigungsstatus der 18-24-jährigen werfen. EU-weit haben 60% der Personen dieser Altersgruppe das Bildungssystem verlassen und sind entweder beschäftigt, arbeitslos oder nicht erwerbstätig. Die übrigen 40% befinden sich noch in der Ausbildung, wobei davon ausgegangen werden kann, daß die Mehrheit in naher Zukunft die Sekundarstufe II abschließen wird (GCE 'A'-Niveau, Baccalauréat, Abitur oder entsprechendes). Was die Union als ganze anbelangt, ergibt sich ein keineswegs homogenes Bild, doch die Unterschiede können weitgehend mit den unterschiedlichen Prozentsätzen an jungen Menschen erklärt werden, die sich noch in der Ausbildung befinden: so weisen z.B. Spanien, Italien, Portugal und das Vereinigte Königreich einen relativ hohen Anteil an 18-24-jährigen mit niedriger Qualifikation auf, wobei auch der Anteil an jungen Menschen, die noch studieren, vergleichsweise niedrig ist. Im Gegensatz dazu zählen Deutschland und Dänemark, wo sich mehr als zwei Drittel

der Angehörigen dieser Altersgruppe noch in der Ausbildung befinden, zu den Ländern mit den niedrigsten Anteilen gering qualifizierter junger Menschen.

Eine höhere Qualifikation verringert das Risiko, arbeitslos zu werden ...

Allgemein läßt sich feststellen, daß eine höhere Bildung die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit in allen Mitgliedstaaten verringert, wenn auch in unterschiedlichem Maß. In EU-15 lag die Arbeitslosenquote bei den Personen mit einer Hochschulausbildung im Jahr 1997 bei 6%, während sie bei den Personen, die bestenfalls die Sekundarstufe II abgeschlossen hatten, 10% und bei denjenigen, die lediglich die Vollzeitschulpflicht absolviert hatten, 14% betrug.

... erhöht das Einkommen ...

Aus den Daten geht auch hervor, daß Personen mit höherer Qualifikation zumeist höhere Einkommen beziehen. In allen Mitgliedstaaten verdienen Vollzeitbeschäftigte mit Hochschulausbildung im Durchschnitt mehr als diejenigen, die die Sekundarstufe II abgeschlossen haben. In Deutschland, Frankreich und Österreich beträgt der Unterschied mehr als 50%, in Portugal 100%. Die Einkommensunterschiede zwischen Personen mit abgeschlossener Sekundarstufe II und den Absolventen der Sekundarstufe I waren in den meisten Ländern geringer (10-20%) und in Griechenland, Frankreich, Irland und Finnland kaum relevant.

... und eröffnet größere Weiterbildungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz

Es besteht allgemein Einigkeit darüber, daß die Berufstätigen über die notwendigen Fähigkeiten verfügen müssen, um sich den Erfordernissen eines Arbeitsmarktes anpassen zu können, auf dem kaum jemand mehr mit einer ‚lebenslangen Beschäftigung‘ rechnen darf. Die Weiterbildung der Beschäftigten im Alter von 30 Jahren und darüber wird insbesondere in den skandinavischen Ländern, in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich intensiv betrieben. In sämtlichen EU-Ländern werden den Beschäftigten um so bessere Ausbildungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz geboten, je höher ihr Bildungsniveau ist. Siehe dazu auch Überalterung der Erwerbsbevölkerung (1.4).

Grundsatzklärung

Im Vertrag von Amsterdam (Titel XI, Kapitel 3, Art. 149 Absatz 1) heißt es: „Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung dadurch bei, daß sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und [deren] Tätigkeit ... erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.“ In Art. 150 Absatz 1 heißt es: „Die Gemeinschaft führt eine Politik der beruflichen Bildung durch, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ... unterstützt und ergänzt.“

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 heißt es: "Schulabbrecher, die nicht über die auf dem Arbeitsmarkt geforderten Qualifikationen verfügen, haben schlechte Aussichten auf einen Arbeitsplatz.“ Die Mitgliedstaaten werden daher (Leitlinie Nr. 7) „die Qualität ihrer Schulsysteme verbessern, damit die Zahl der Schulabbrecher spürbar verringert wird. Ein besonderes Augenmerk sollte Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten gelten.“ Außerdem werden sie dafür Sorge tragen (Leitlinie Nr. 8), "daß die Jugendlichen befähigt werden, sich an den technologischen und wirtschaftlichen Wandel anzupassen, und daß ihnen dem Bedarf des Arbeitsmarktes entsprechende Qualifikationen vermittelt werden. Die Mitgliedstaaten widmen der Entwicklung und Modernisierung ihrer Lehrlingsausbildungs- und Berufsausbildungssysteme besondere Aufmerksamkeit, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, sowie der Entwicklung von Ausbildungskonzepten für die Vermittlung von Informatikkenntnissen an Schüler, Studenten und Lehrpersonal sowie der Ausrüstung der Schulen mit Computern und der Erleichterung des Internet-Zugangs für Schüler und Studenten bis Ende 2002.“

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE) und Verdienststrukturstatistik.

Die Definition der Bildungsniveaus erfolgt gemäß ISCED (Internationale Standardklassifikation im Bildungswesen). Schulabgänge vor Abschluß der Sekundarstufe II entsprechen ISCED 0-2, abgeschlossene Sekundarstufe II ISCED 3 und eine Tertiärausbildung (Hochschulausbildung) ISCED 5-7. Der Schlüsselindikator zeigt den Anteil der 18-24jährigen, der das Bildungssystem mit einer niedrigen Qualifikation verlassen hat.

Literaturhinweise

- „Bildung in der Europäischen Union – Daten und Kennzahlen 1998“. Eurostat.
- „Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in der Europäischen Union“, 1999/2000. Europäische Kommission, GD Bildung und Kultur/Eurostat.
- „Jugend in der Europäischen Union: von der Schule zum Berufsleben“, 1997. Eurostat.
- „Living conditions in Europe, statistical pocketbook“ (Lebensbedingungen in Europa – Statistiktaschenbuch), Ausgabe 1999. Eurostat.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

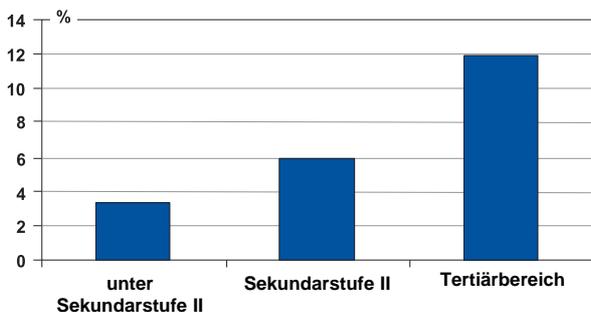
Beschäftigung (1.3), Arbeitslosigkeit (1.5), Jugendarbeitslosigkeit (1.6), Langzeitarbeitslosigkeit (1.7)

Schlüsselindikator

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Anteil der 18-24jährigen außerhalb des Bildungssystems und mit niedriger Qualifikation																
1997	22	13	11	13	20	30	14	19	30	31	16	11	41	8	14	30
18-24jährige nach Beschäftigungsstatus, 1997																
innerhalb des Bildungssystems	40	52	68	68	21	17	49	28	35	42	52	56	30	46	53	24
außerhalb des Bildungssystems	60	48	32	32	79	83	51	72	65	58	48	45	70	54	48	76

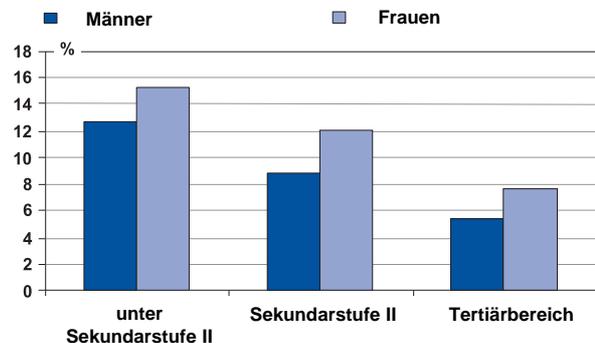
Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Beteiligung von Beschäftigten (30 Jahre und darüber) an Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen nach Bildungsabschluß, EU-15, 1997



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Bildungsabschluß, EU-15, 1997



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

3 BESCHÄFTIGUNG

Im Jahr 1998 waren in der Union 151 Millionen Menschen erwerbstätig; das waren über 3 Millionen mehr als im Jahr 1995. EU-weit lag die Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren bei 61,0%.

165 Millionen Erwerbspersonen in der EU

EU-weit gehören 68,0% der Menschen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren der Erwerbsbevölkerung an (d. h., sie haben einen Arbeitsplatz oder suchen einen). Bei den Männern (77,8%) ist die Quote deutlich höher als bei den Frauen (58,2%), wobei sich die Lücke allerdings langsam schließt. Die Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren schwankt zwischen 49,7% in Spanien und 75,3% in Dänemark, wobei der EU-Durchschnitt bei 61,0% liegt. Dieser Wert ist deutlich niedriger als der der Vereinigten Staaten (73%) und Japans (70%). Bei den Männern beträgt die Gesamtquote 70,8%, verglichen mit 51,2% bei den Frauen.

Mäßiges Beschäftigungswachstum

Im Jahr 1998 waren in der Union 151 Millionen Menschen erwerbstätig; das waren über 3 Millionen mehr als im Jahr 1995. In diesem Zeitraum, dem einige Jahre der Rezession vorangegangen waren, wurde in Spanien, Irland und Luxemburg ein beträchtliches Beschäftigungswachstum (zwischen 10 und 16%) beobachtet. In Deutschland hingegen ging die Zahl der Personen, die einen Arbeitsplatz hatten, um 2,6% zurück. Auch in Österreich und Schweden sank die Beschäftigung geringfügig. Im selben Zeitraum (1995-1998) stieg die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich in sämtlichen Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Portugal und Schweden. Im Gegensatz dazu gingen in der gesamten Union Arbeitsplätze im Agrarsektor verloren. Im verarbeitenden Gewerbe war ein gemischtes Bild zu beobachten: während in Irland, Portugal und Finnland ein deutlicher

Beschäftigungszuwachs verzeichnet wurde, waren in Deutschland, Luxemburg und Österreich beträchtliche Rückgänge festzustellen.

Zahl der Teilzeitbeschäftigten steigt weiter

Der Anteil der Teilzeitarbeit an der Gesamtbeschäftigung stieg zwischen 1990 und 1998 von 14% auf 17%. Mehr als 20% der Beschäftigten in Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich und fast 40% in den Niederlanden gehen einer Teilzeitarbeit nach. Im Jahr 1998 hatten 13% der Beschäftigten in EU-15 einen Zeitarbeitsvertrag, wobei der Anteil in Spanien bei weitem am höchsten war (33%).

EU-weit sind rund 15% der Beschäftigten selbständig tätig. Die entsprechenden Zahlen sind in den südlichen Mitgliedstaaten deutlich höher, wobei jedoch zu bedenken ist, daß diese Länder noch eine beträchtliche Beschäftigung in der Landwirtschaft aufweisen.

Längste Arbeitszeiten im Vereinigten Königreich

Die Vollzeitbeschäftigten in EU-15 arbeiten im Durchschnitt 40 Stunden in der Woche, wobei das Bild in der gesamten Union relativ einheitlich ist. Die einzige Ausnahme bildet das Vereinigte Königreich, wo die Wochenarbeitszeit 44 Stunden beträgt. EU-weit arbeitet jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte länger als 40 Stunden in der Woche. Etwas weniger als 10% arbeiten 48 oder mehr Stunden, wobei in keinem Mitgliedstaat mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs (23%) ein zweistelliger Prozentsatz erreicht wird.

Grundsatzklärung

Im Vertrag von Amsterdam, der im Mai 1999 in Kraft trat, wurde ein wesentlicher Schritt unternommen, um ein hohes Beschäftigungsniveau zu einem ausdrücklichen politischen Ziel der Union zu machen: „Das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus wird bei der Festlegung und Durchführung der Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen berücksichtigt“ (Art. 127 Absatz 2).

Im Anschluß an die Unterzeichnung des Vertrags von Amsterdam wurde auf dem Beschäftigungsgipfel in Luxemburg im November 1997 vereinbart, dieser Strategie vier Pfeiler zugrunde zu legen: Beschäftigungsfähigkeit,

Unternehmergeist, Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit. Jedes Jahr wird für jeden dieser Pfeiler eine Reihe von Leitlinien verabschiedet, in denen spezifische Ziele festgelegt werden, welche die einzelnen Mitgliedstaaten in ihrer Beschäftigungspolitik zu erreichen haben. Die Beschäftigungsleitlinien werden dann von den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Nationalen Aktionspläne für die Beschäftigung (NAP) in konkrete und durchführbare Maßnahmen umgesetzt. Die Mitteilung der Kommission vom 21. April 1999 über die Gemeinschaftspolitik zur Förderung der Beschäftigung empfiehlt eine Fortsetzung und Vertiefung der wirtschaftlichen Reform in der EU damit ein dynamischer, innovativer interner Markt sichergestellt werden kann, der die Rahmenbedingung für ein

langfristiges wirtschaftliches Wachstum schafft, wodurch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Benchmark-Reihen / Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE).

Die Erwerbsquote entspricht dem prozentualen Anteil der Erwerbsbevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung in derselben Altersgruppe. Die Erwerbsbevölkerung entspricht der Summe aller beschäftigten und beschäftigungslosen Personen. Die Beschäftigungsquote entspricht dem prozentualen Anteil der beschäftigten Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren an der Bevölkerung dieser Altersgruppe. Zu den beschäftigten Personen zählen jene, die im Bezugszeitraum (der Woche der Arbeitskräfteerhebung, AKE) mindestens eine Stunde lang einer Arbeit nachgingen, für die sie entlohnt wurden oder mit der sie einen Gewinn erzielten, sowie jene Personen, die in diesem Zeitraum zwar nicht arbeiteten, jedoch eine Beschäftigung hatten, der sie zeitweilig fernblieben. Beschäftigte in Familienbetrieben werden mitgezählt. Die Klassifizierung nach Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung hängt von einer direkten Frage in der

AKE ab; Ausnahmen sind Österreich und die Niederlande, wo die Einteilung davon abhängt, ob eine bestimmte Zahl von Arbeitsstunden überschritten wurde.

Literaturhinweise

- „Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union - Ergebnisse, 1998“, Eurostat.
- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union - Ergebnisse 1998“, Nr. 11/1999. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 1999“, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales.
- „Living conditions in Europe, statistical pocketbook“ (Lebensbedingungen in Europa – Statistiktaschenbuch), Ausgabe 1999. Eurostat.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

Bildungsabschlüsse (1.2), Überalterung der Erwerbsbevölkerung (1.4), Arbeitslosigkeit (1.5), Beschäftigungslage der Frauen (1.12)

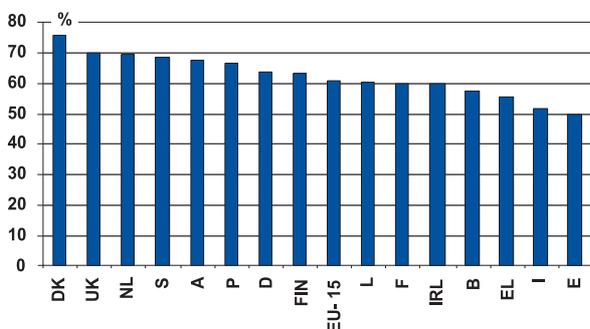
Schlüsselindikator

Beschäftigungsquote, 15-64 Jahre

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1998	61.0	57.3	75.3	63.7	55.6	49.7	59.9	59.7	51.8	60.2	69.4	67.4	66.8	63.4	68.6	70.2
Beschäftigungstrend, 1995-1998																
1998 (Millionen)	151.0	3.9	2.8	34.0	3.9	13.2	22.7	1.5	20.2	0.2	7.2	3.7	4.6	2.2	4.0	26.9
1995 (Millionen)	147.7	3.8	2.6	34.9	3.8	12.0	22.2	1.3	19.9	0.2	6.7	3.8	4.4	2.1	4.0	25.9
1998-1995 (Veränderung in Millionen)	3.3	0.1	0.2	-0.9	0.1	1.2	0.4	0.2	0.2	0.0	0.5	0.0	0.2	0.2	0.0	0.9
1998/1995 (Veränderung in %)	2.2	1.7	6.2	-2.6	2.6	9.7	1.9	16.3	1.1	10.6	7.9	-0.6	5.2	7.5	-0.2	3.7

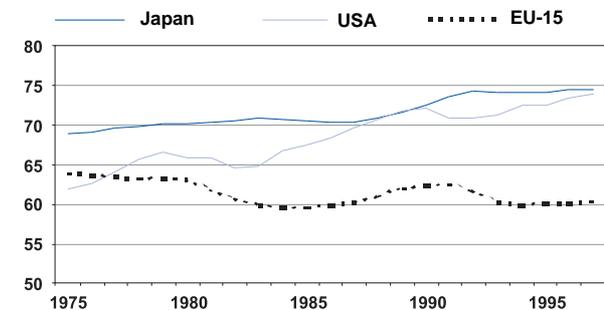
Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung und Benchmark-Reihe

Beschäftigungsquote (15 - 64 Jahre), 1998



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Beschäftigungsquoten für EU-15, USA und Japan, 1975-1998



Quelle : Eurostat - Benchmark-Reihe. Arbeitskräfteerhebung. Arbeitsmarktstatistiken der USA und Japans.

4 ÜBERALTERUNG DER ERWERBSBEVÖLKERUNG

Während der letzten 20 Jahre ist die Erwerbsbeteiligung der älteren Menschen, insbesondere der 60- bis 64jährigen, in fast allen Mitgliedstaaten stetig zurückgegangen. Der Rückgang beruht eher auf einer Kombination von Arbeitsplatzknappheit, geringerer Mobilität und unangepassten Qualifikationen als auf einem verbreiteten Wunsch nach einem früheren Rückzug aus dem Erwerbsleben. Im Jahr 1998 waren 36,3% der Bevölkerung zwischen 55 und 64 Jahren erwerbstätig.

Auswirkung der Überalterung der Bevölkerung auf die Beschäftigung

Die Überalterung der Bevölkerung wird sich nachhaltig auf den Arbeitsmarkt auswirken, wenn die erste Generation geburtenstarker Jahrgänge das Rentenalter erreicht. In den meisten Mitgliedstaaten wird das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) bis zum Jahr 2012 zum Stillstand kommen. Dieser Rückgang wird mehrere Jahrzehnte dauern. Von dieser Entwicklung werden sämtliche Mitgliedstaaten betroffen sein, wobei die Intensität und der Beginn des Rückgangs jedoch sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene schwanken werden. Die Auswirkungen eines Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung auf das Arbeitskräfteangebot und die Wirtschaft könnte man unter anderem ausgleichen, indem man die Beschäftigungsquote der Erwerbsfähigen einschließlich der älteren Arbeitskräfte erhöhte.

15 Millionen Beschäftigte sind 55 bis 64 Jahre alt

EU-weit gehören 40% der Bevölkerung, die dem Rentenalter (55-64 Jahre) nahe sind, der Erwerbsbevölkerung an (d. h., sie haben oder suchen einen Arbeitsplatz). Bei den Männern ist die Quote mit 52% deutlich höher als bei den Frauen (29%). Etwas mehr als ein Drittel (36%) der Personen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren haben eine Arbeit. Bei weitem am höchsten ist dieser Prozentsatz in Schweden (63%), und in Dänemark, Portugal und dem Vereinigten Königreich beträgt er rund 50%. Am anderen Ende der Skala befinden sich Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und Österreich, wo weniger als 30% der älteren Menschen arbeiten. In der gesamten Union haben Männer (47% im EU-Durchschnitt) eher eine Arbeit als Frauen (26%).

In Portugal hohe Beschäftigungsquote in der Gruppe der über 65jährigen

Ein genauerer Blick auf die einzelnen Altersgruppen zeigt weitere Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten: die Beschäftigungsquote in der Altersgruppe der 55-59jährigen liegt im Durchschnitt bei 50%, wobei die Werte von rund 35% in Belgien und Italien bis zu 76% in Schweden reichen. In der Gruppe

der 60-64jährigen sind nur 22% erwerbstätig. Am niedrigsten ist die Quote mit rund 10% in Belgien, Frankreich, Luxemburg und Österreich, am höchsten mit über 40% in Portugal und Schweden. EU-weit haben 6% der Personen im Alter zwischen 65 und 69 Jahren einen Arbeitsplatz. In Dänemark, Griechenland, Irland, Schweden und dem Vereinigten Königreich sind es rund 10%. Ein Sonderfall ist Portugal, wo mehr als ein Viertel der 65-69jährigen und ein Fünftel der 70-74jährigen immer noch erwerbstätig ist.

Ältere Menschen gehen häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nach

In der gesamten Union gehen 20% der erwerbstätigen Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren einer Teilzeitbeschäftigung nach, womit der Anteil der Teilzeitarbeiter in dieser Altersgruppe etwas höher ist als in jener der 15-64jährigen (17%). Die größte Lücke zwischen den Generationen klafft im Vereinigten Königreich (31% gegenüber 24%). Wie bei den jüngeren Beschäftigten sind auch bei den Angehörigen dieser Altersgruppe deutlich mehr Frauen (41%) als Männer (8%) teilzeitbeschäftigt.

Älteren Beschäftigten wird seltener als jüngeren eine Fortbildung zuteil

In der gesamten Union wird die Weiterbildung der Beschäftigten mit zunehmendem Alter zurückgeschraubt: EU-weit sinkt der Anteil der Beschäftigten, die an Schulungen teilnehmen, von 8,1% bei den 30-39jährigen auf 4,5% bei den 50-59jährigen. Am kleinsten ist die Lücke zwischen den Generationen in den drei nordischen Mitgliedstaaten - Länder mit einer generell hohen Beteiligung an Fortbildungsmahnen.

In diesen Ländern beteiligen sich zwischen 14 und 18% der Beschäftigten zwischen 50 und 59 Jahren an Schulungen.

Grundsatzklärung

In den beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 - Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit (Nr. 4) heißt es, jeder Mitgliedstaat werde „eine Politik des "aktiven Alterns" auf den Weg ... bringen, die U.a. auf die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, auf lebenslanges Lernen und auf die Einführung flexibler Arbeitsmodelle abstellt. Älteren Arbeitskräften soll dadurch ermöglicht werden, länger erwerbstätig zu bleiben.“

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE).

Definitionen der Erwerbs- und Beschäftigungsquote siehe Beschäftigung (1.3).

Literaturhinweise

- „Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union - Ergebnisse, 1998“. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 1999“, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales
- „Bericht Beschäftigungsquoten 1998“, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales.
- „Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersbarrieren in der Erwerbstätigkeit - Forschungsbericht“, 1998. Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

Überalterung der Erwerbsbevölkerung (1.1), Beschäftigung (1.3), Arbeitslosigkeit (1.5)

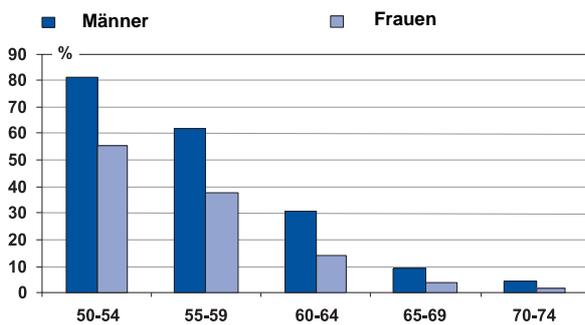
Schlüsselindikator

Beschäftigungsquote 55-64 Jahre

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1998	36.3	22.5	50.4	37.7	39.1	35.0	28.3	41.6	27.4	25.0	33.0	28.0	50.5	35.7	62.7	48.3
Beschäftigte 55-64 Jahre, 1998 (1000)	15164	234	269	4320	506	1469	1523	126	1869	10	493	241	541	188	574	2800

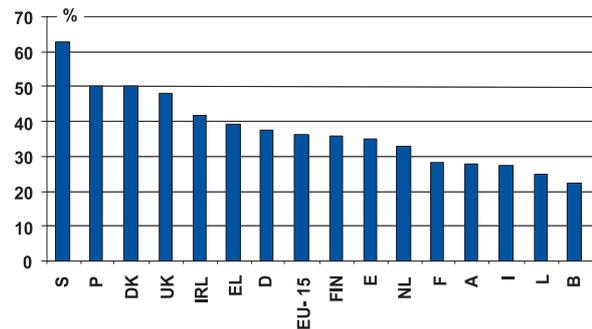
Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Beschäftigungsquoten nach Altersgruppen und Geschlecht, EU-15, 1998



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Beschäftigungsquoten der 55-64 jährigen, 1998



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

5 ARBEITSLOSIGKEIT

Im Jahr 1998 sank die Gesamtzahl der Arbeitslosen in EU-15 zum ersten Mal seit 1992 unter 17 Millionen. Diese Zahl entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,9%, verglichen mit 4,5% in den Vereinigten Staaten und 4,1% in Japan.

Jüngste Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote in der EU stieg zwischen 1992 und 1994 deutlich von 9,2% auf 11,1%. Um diesen Wert bewegte sie sich bis 1998; dann ging die Quote beträchtlich zurück, nämlich von 10,6% auf 9,9%. Der jüngste Trend zu sinkenden Arbeitslosenzahlen kann in unterschiedlichem Ausmaß in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Belgiens, Italiens und Luxemburgs (praktisch keine Veränderung), Österreichs (geringfügiger Anstieg bei insgesamt weiterhin niedrigem Niveau) und Griechenlands (weiterhin steigende Quote) beobachtet werden. Betrachtet man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg, nämlich seit dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in EU-15 im Jahr 1994, so zeigt sich in Dänemark, Irland, den Niederlanden, Finnland und dem Vereinigten Königreich ein Rückgang der Arbeitslosenquote um ein Drittel oder mehr.

Im Jahr 1998 war das am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffene Land Spanien mit einer Quote von 18,7%. Im Gegensatz dazu lag die Arbeitslosenquote in Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und Portugal bei 5% oder weniger. Damit wiesen diese Länder ähnliche Werte auf wie Japan (4,1%) und die Vereinigten Staaten (4,5%). In der überwiegenden Mehrzahl der Mitgliedstaaten sind Frauen (im EU-Durchschnitt 11,7%) eher von Arbeitslosigkeit betroffen

als Männer (8,6%). Irland, Schweden und insbesondere das Vereinigte Königreich (7,0% bei den Männern gegenüber 5,5% bei den Frauen) bilden die Ausnahmen.

Regionale Ungleichgewichte bei der Arbeitslosigkeit

Die nationalen Arbeitslosenquoten überdecken häufig bedeutsame regionale Ungleichgewichte innerhalb der Mitgliedstaaten. Dies gilt insbesondere für Deutschland (Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Bundesländern), Italien (zwischen Norden und Süden) und das Vereinigte Königreich (ebenfalls zwischen Norden und Süden). In Deutschland schwankte die Arbeitslosenquote im Jahr 1998 zwischen 4,7% (weniger als die Hälfte des nationalen Durchschnitts von 9,8%) in Oberbayern und 22,3% (mehr als doppelt soviel wie im Durchschnitt) in Dessau. Ähnlich verhielt es sich in Italien, wo viele Regionen im Norden des Landes (von 4 bis 6%) weitgehend von der Arbeitslosigkeit verschont blieben, während in den südlichen Regionen Kampanien und Kalabrien rund 25% der Erwerbspersonen ohne Arbeit waren. Zu den weiteren Regionen in der Union, in denen die Arbeitslosenquoten deutlich über dem nationalen Durchschnitt lagen, zählten Hainaut in Belgien, Languedoc-Roussillon in Frankreich und Itäe-Suomi in Finnland. Die Region mit der höchsten Arbeitslosenquote in Europa ist Andalusien in Spanien (29,9%).

Grundsatzserklärung

In den allgemeinen Grundsätzen der beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Präambel) heißt es: „Es müssen weiterhin anhaltend koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur dauerhaften Verbesserung des derzeitigen Beschäftigungsniveaus durchgeführt werden. In Leitlinie Nr. 3 heißt es, daß jeder Mitgliedstaat sich bemühen wird, „die Zahl der Personen, die in den Genuß aktiver Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit kommen, spürbar zu erhöhen, mit der Absicht einer effizienten Integration in den Arbeitsmarkt. Um zu bewirken, daß mehr Arbeitslosen eine

Ausbildung oder eine entsprechende Maßnahme angeboten wird, setzen sich die Mitgliedstaaten insbesondere zum Ziel, nach Maßgabe der jeweiligen Ausgangssituation eine schrittweise Annäherung an den Durchschnitt der drei in dieser Hinsicht erfolgreichsten Mitgliedstaaten zu erreichen.“ Darüber hinaus wird jeder Mitgliedstaat "seine Sozialleistungs- und Steuersysteme überprüfen und gegebenenfalls neu ausrichten, um Arbeitslosen und anderen Nichterwerbstätigen Anreize zu bieten, sich um Arbeit oder um eine Teilnahme an Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu bemühen und entsprechende Angebote wahrzunehmen, und um Arbeitgebern Anreize zu bieten, neue Arbeitsplätze zu schaffen." (Leitlinie Nr. 4).

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Vergleichsschätzungen beruhen auf der Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft (AKE).

Arbeitslose sind gemäß den von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) aufgestellten Kriterien Personen im Alter von 15 Jahren und darüber, die i) ohne Arbeit sind, ii) verfügbar sind, um innerhalb der folgenden zwei Wochen eine Arbeit aufzunehmen und iii) irgendwann in den vergangenen vier Wochen aktiv Arbeit gesucht oder eine Arbeit gefunden haben, die sie zu einem späteren Zeitpunkt beginnen werden. Die Arbeitslosenquote entspricht dem prozentualen Anteil der beschäftigungslosen Personen an der Erwerbsbevölkerung desselben Alters. Die Erwerbsbevölkerung wird als die Summe der Beschäftigten und Arbeitslosen definiert.

Die regionalen Arbeitslosenquoten beruhen auf den Schätzungen der beschäftigten und arbeitslosen Personen aufgrund der Arbeitskräfteerhebungen auf nationaler Ebene, die jeweils zu einem bestimmten Referenzdatum im April erfolgen. In einem zweiten Schritt werden die geschätzten Arbeitslosenzahlen auf die einzelnen

Regionen umgelegt, wobei die regionalen Strukturen der registrierten Arbeitslosigkeit oder die regional repräsentativen Resultate der Arbeitskräfteerhebungen herangezogen werden.

Literaturhinweise

- „Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union - Ergebnisse, 1998“, Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 1999“, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales
- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union, Wichtigste Ergebnisse, 1998“, Nr. 11/1999. (Allgemeine Statistiken): „Weiterhin große regionale Schwankungen der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union“, Nr. 5A/1999. Eurostat.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

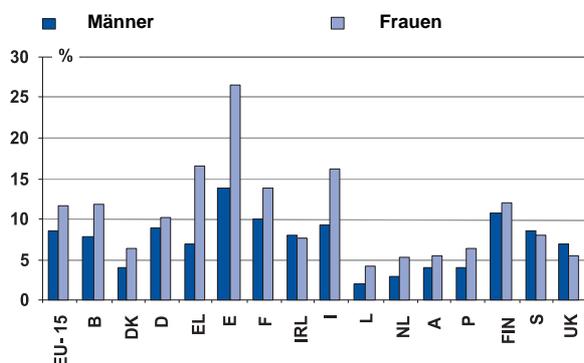
Bildungsabschlüsse (1.2), Beschäftigung (1.3), Jugendarbeitslosigkeit (1.6), Langzeitarbeitslosigkeit (1.7)

Schlüsselindikator

Arbeitslosenquote	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1998	9.9	9.5	5.1	9.4	10.7	18.7	11.7	7.8	11.9	2.8	4.0	4.7	5.1	11.4	8.3	6.3
1994	11.1	10.0	8.2	8.4	8.9	24.1	12.3	14.3	11.4	3.2	7.1	3.8	7.0	16.6	9.4	9.6
Arbeitslosigkeit, 1998 (1000)	16808	403	144	3699	475	3045	2976	126	2715	5	305	178	254	286	365	1832

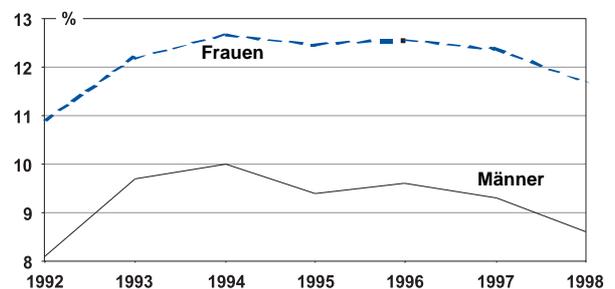
Quelle : Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Basis der Arbeitskräfteerhebung

Arbeitslosenquote nach Geschlecht, EU-15, 1998



Quelle : Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Basis der Arbeitskräfteerhebung

Arbeitslosenquote nach Geschlecht EU-15, 1992-1998



Quelle : Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Basis der Arbeitskräfteerhebung

6 JUNGENDARBEITSLOSIGKEIT

In der EU sind durchschnittlich 9,2% der jungen Menschen (im Alter von 15 bis 24) ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote (in Prozent der Erwerbspersonen) unter jungen Menschen beträgt 19,5%. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Prozentzahlen schwanken von einem Mitgliedstaat zum anderen deutlich. Während aus der ersten Zahl hervorgeht, daß nur ein relativ geringer Anteil der Jugendlichen ohne Beschäftigung ist, gibt die zweite Aufschluß über die Arbeitsmarktsituation junger Menschen (unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sie sich zum Großteil erstmals auf Arbeitssuche begeben und daß ein beträchtlicher Teil von ihnen nur eine geringe Qualifikation aufweist).

Längere Ausbildungszeiten

Aufgrund der längeren Ausbildungsdauer treten die jungen Menschen heute in einem späteren Alter in den Arbeitsmarkt ein als in der Vergangenheit. In der Union insgesamt gehen 50% der jungen Menschen erst im Alter von 22 Jahren mindestens zwölf Stunden pro Woche einer Arbeit nach. Allerdings bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Beispielsweise liegt das entsprechende Alter in Deutschland, Österreich und dem Vereinigten Königreich im Durchschnitt bei 19 Jahren.

Die Jugendarbeitslosigkeit hängt, zum einen, mit der allgemeinen Situation auf dem Arbeitsmarkt zusammen. Sie gibt aber auch Aufschluß darüber, wie gut einander die Ausbildungs- und Beschäftigungssysteme in bezug auf die Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt ergänzen und wie gut das Bildungs- und Berufsbildungssystem die jungen Menschen auf die Erwerbstätigkeit vorbereitet.

Etwa jeder zehnte Jugendliche ist beschäftigungslos

Im Jahr 1998 hatten in der Europäischen Union 4,25 Millionen Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren keine Arbeit. Das sind 9,2% der jugendlichen Bevölkerung oder 19,5% der Erwerbspersonen in dieser Altersgruppe.

Die jüngste Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit deckt sich weitgehend mit der allgemeinen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Von 1992 bis 1994 stieg die

Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen stark von 18,1% auf einen Höchstwert von 22,0%. Von da an schwankte sie einige Jahre zwischen 21% und 22%, bis sie im Jahr 1998 deutlich von 21,2% auf 19,5% zurückging. Am stärksten ging die Jugendarbeitslosigkeit in diesem Zeitraum (1997-1998) in Irland (-25%) und Portugal (-30%) zurück. Gegenwärtig liegt die Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen zwischen 7% in Dänemark, Österreich und Luxemburg und 30% oder mehr in Griechenland, Spanien und Italien.

In der Union ist bei Personen unter 25 Jahren die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, fast 2,5mal so hoch wie bei Personen im Alter von 25 und darüber. Mit Ausnahme von Deutschland – wo die Quote bei jungen Menschen teilweise aufgrund des Berufsbildungssystems der Gesamtquote gleicht – liegt die Jugendarbeitslosigkeit in allen Ländern und Regionen deutlich über der Gesamtarbeitslosigkeit.

Bei weiblichen Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit relativ höher als bei männlichen

Weibliche Jugendliche (21,0%) werden eher arbeitslos als männliche (18,2%), obwohl die Kluft zwischen den Geschlechtern in dieser Altersgruppe nicht so groß ist wie bei der Bevölkerung im Alter von 25 Jahren und darüber. In Griechenland, Spanien und Italien liegt die Arbeitslosenquote unter den jungen Frauen bei rund 40%. In Deutschland und dem Vereinigten Königreich ist der Anteil der Arbeitslosen unter den jungen Männern signifikant höher als unter den jungen Frauen.

Grundsatzklärung

In den beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 heißt es: „Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ... werden sich die Mitgliedstaaten verstärkt bemühen, präventive Strategien auszuarbeiten, die ... auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit abzielen.“ In Leitlinie Nr. 1 heißt es, daß die Mitgliedstaaten sicherstellen werden, daß „allen arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit ein

Arbeitsplatz vermittelt oder ein Neuanfang in Form einer Ausbildung, einer Umschulung, eines Praktikums oder einer anderen die Beschäftigungsfähigkeit fördernden Maßnahme ermöglicht“ wird.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE).

Die Definition der Arbeitslosigkeit entspricht jener der IAO. Definition siehe Arbeitslosigkeit (1.5). Das Verhältnis Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung entspricht dem prozentualen Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Die Jugendarbeitslosenquote ist der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren an der Erwerbsbevölkerung derselben Altersgruppe.

Literaturhinweise

- „Arbeitskräfteerhebung - Ergebnisse 1998“, Eurostat.
- „Jugend in der Europäischen Union: von der Schule zum Berufsleben“, 1997. Eurostat.

- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen):“Von der Schule ins Berufsleben: Fakten zur Jugendarbeitslosigkeit“, Nr. 13/1998. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 1999“, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales

Hinweise auf andere relevante Bereiche

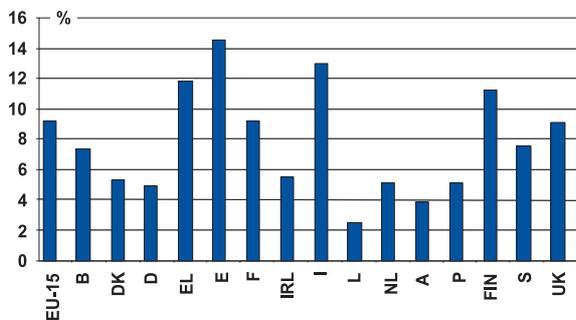
Bildungsabschlüsse (1.2), Beschäftigung (1.3), Arbeitslosigkeit (1.5), Langzeitarbeitslosigkeit (1.7)

Schlüsselindikator

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung																
1998	9.2	7.4	5.3	4.9	11.8	14.5	9.1	5.6	13.0	2.5	5.1	3.8	5.1	11.2	7.5	9.1
1994	10.8	8.7	7.8	4.7	10.2	19.4	10.7	10.6	12.8	3.3	6.9	3.4*	6.8	14.7*	10.6*	11.2
Jugendarbeitslosenquote																
1998	19.5	22.1	7.4	9.8	29.8	35.3	26.6	11.5	33.8	6.9	7.8	6.6	10.6	23.5	16.7	13.6
1994	22.0	24.2	11.0	8.7	27.7	45.0	29.0	22.8	32.3	7.3	11.4	5.7	15.1	34.0	22.0	17.0

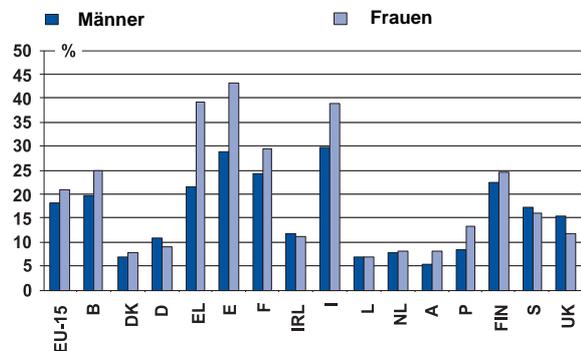
Quelle : Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Basis der Arbeitskräfteerhebung

Verhältnis Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung (15-24 Jahre), 1998



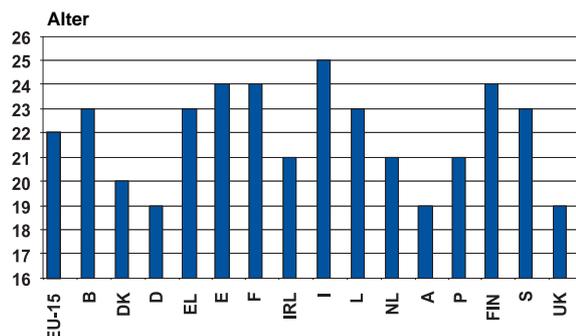
Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Jugendarbeitslosenquoten (15-24 Jahre) nach Geschlecht, 1998



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Alter, in dem die Beschäftigungsquote (1) von 50% von 1998 erreicht wird



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

(1) Gezählt werden Beschäftigte, die mindestens 12 Stunden pro Woche arbeiten

7 LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT

Im Jahr 1998 waren in EU-15 4,8% der Erwerbsbevölkerung von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Das bedeutet, daß 47% der beschäftigungslosen Personen seit mindestens einem Jahr arbeitslos waren.

Die Hälfte der Arbeitslosen haben seit mindestens 12 Monaten keinen Arbeitsplatz

Im Jahr 1998 lag die Langzeitarbeitslosenquote EU-weit bei 4,8%. In Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und dem Vereinigten Königreich waren 2% oder weniger der Erwerbsbevölkerung betroffen. Im Gegensatz dazu waren in Spanien 9,4% und in Italien 7,1% der Erwerbspersonen seit zumindest einem Jahr arbeitslos.

Setzt man die Langzeitarbeitslosigkeit in Beziehung zur Gesamtarbeitslosigkeit, so zeigt sich, daß knapp die Hälfte der Beschäftigungslosen seit mindestens zwölf Monaten auf Arbeitssuche war. In den nordischen Mitgliedstaaten sowie in Luxemburg, Österreich und dem Vereinigten Königreich ist dieser Anteil von 27 bis 38% geringer, während er in Belgien und Italien rund 60% beträgt.

Frauen sind eher von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer

EU-weit sind arbeitslose Frauen (49%) geringfügig stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer (46%). In Dänemark, Griechenland, Spanien und Österreich hingegen tragen beschäftigungslose Frauen ein sehr viel größeres Risiko als Männer, länger als zwölf Monate ohne Arbeit zu bleiben. Im Gegensatz dazu findet in Irland, Finnland und dem Vereinigten Königreich ein größerer Prozentsatz der arbeitslosen Männer längere Zeit keinen neuen Arbeitsplatz.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit bleibt stabil ...

Die Langzeitarbeitslosenquote in der EU sank im Zeitraum von 1994 bis 1998 mehr oder weniger im Gleichklang mit der Gesamtarbeitslosenquote. Die Folge war, daß der prozentuale Anteil der Personen, die mindestens zwölf Monate ohne Arbeit waren, in der Union insgesamt relativ stabil blieb. Allerdings wurde in Deutschland ein beträchtlicher Anstieg beobachtet, während der Anteil der Langzeitarbeitslosen im Vereinigten Königreich von 45% im Jahr 1994 auf 33% im Jahr 1998 zurückging.

... obwohl der Anteil unter den jungen Menschen gesunken ist

Die Quote der Langzeitarbeitslosigkeit unter Jugendlichen (in dieser Gruppe wird bereits ab einer Arbeitslosigkeit von sechs Monaten von Langzeitarbeitslosigkeit gesprochen) lag im Jahr 1998 bei 11,2%, was einem deutlichen Rückgang gegenüber 1994 (13,9%) entspricht. In Griechenland, Spanien und Italien sind die jungen Menschen besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen (mehr als 20% der Erwerbspersonen), was in diesen drei Ländern auch für Personen im Alter von 25 und darüber gilt.

Im Zeitraum zwischen 1994 und 1998 sank die Langzeitarbeitslosenquote bei den jungen Menschen schneller als die gesamte Jugendarbeitslosigkeit. Die Folge war, daß der Anteil der Langzeitarbeitslosen verringert werden konnte. Heute sind rund 57% der arbeitslosen jungen Menschen seit sechs oder mehr Monaten ohne Arbeit. In Griechenland und Italien sind über 70% der jugendlichen Arbeitslosen betroffen, während es in Dänemark und in Finnland weniger als 20% sind.

Grundsatzklärung

In den beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Einleitung zu Nr. 1) heißt es: „Zur Bekämpfung der ... Langzeitarbeitslosigkeit werden sich die Mitgliedstaaten verstärkt bemühen, präventive Strategien auszuarbeiten, die ... auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit abzielen.“

Die Mitgliedstaaten werden sicherstellen, daß „allen arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz vermittelt oder ein Neuanfang in Form einer Ausbildung, einer Umschulung, eines Praktikums oder einer anderen die Beschäftigungsfähigkeit fördernden Maßnahme ermöglicht“ wird (Leitlinie Nr. 1), und daß „arbeitslosen Erwachsenen innerhalb von zwölf Monaten nach Eintritt

der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz vermittelt, ein Neuanfang in Form einer Ausbildung, einer Umschulung, eines Praktikums oder einer anderen die Beschäftigungsfähigkeit fördernden Maßnahme ermöglicht oder eine individuelle Berufsberatung angeboten wird, wobei eine effektive Eingliederung in den Arbeitsmarkt anzustreben ist“ (Leitlinie Nr. 2).

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE).

Die Definition von Arbeitslosigkeit entspricht jener der IAO. Definition siehe Arbeitslosigkeit (1.5). Arbeitslose werden zu den Langzeitarbeitslosen gezählt, wenn sie mindestens zwölf Monate lang ohne Beschäftigung sind. Für die Altersgruppe der 15-24jährigen wurde die Schwelle auf sechs Monate herabgesetzt. Die Langzeitarbeitslosenquote wird berechnet, indem man die Zahl der seit zwölf oder mehr Monaten arbeitslosen Personen durch die Erwerbspersonen in derselben Altersgruppe dividiert und das Ergebnis mit 100 multi-

pliziert. Die Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit werden auch im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitslosen dargestellt.

Literaturhinweise

- „Arbeitskräfteerhebung - Ergebnisse 1998“, Eurostat.
- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen):“Dynamische Indikatoren zur Erwerbssituation, insbesondere zur Arbeitslosigkeit: 1. Profile und Entwicklung“, Nr. 17/1999.
- „Dynamische Indikatoren zur Erwerbssituation, insbesondere zur Arbeitslosigkeit: 2. Erwerbsstatus nach Zugehörigkeitsdauer“, Nr. 18/1999. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 1999“, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales

Hinweise auf andere relevante Bereiche

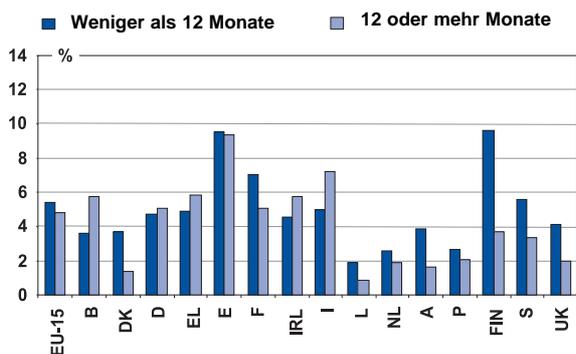
Bildungsabschlüsse (1.2), Beschäftigung (1.3), Arbeitslosigkeit (1.5), Jugendarbeitslosigkeit (1.6)

Schlüsselindikator

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate und länger)																
1998	4.8	5.7	1.4	5.0	5.9	9.4	5.1	5.7*	7.1	0.9	1.9	1.6	2.1	3.6	3.3	2.0
1994	5.4	5.6	2.6	3.8	4.5	12.8	4.7	9.1	6.9	1.0	3.1	:	2.8	:	:	4.4
Anteil der 12 oder mehr Monate arbeitslosen Personen and der Zahl sämtlicher Arbeitsloser, 1998	47	62	27	52	55	50	42	56*	59	31	42	29	44	28	37	33
Langzeitarbeitslosigkeit der Jugendlichen (6 Monate oder länger)																
1998	11.2	13.8	1.4	4.9	21.8	23.1	13.2	9.8*	25.9	3.4	5.2	2.5	5.0	5.6	6.5	4.2
1994	13.9	14.9	3.3	4.4	20.1	32.1	13.8	16.2	25.6	3.8	6.4	:	5.8	:	:	9.0
Anteil der 6 oder mehr Monate arbeitslosen Jugendlichen and der Zahl sämtlicher Arbeitsloser, 1998	57	68	19	50	73	65	50	61*	77	53	59	33	53	16	37	34

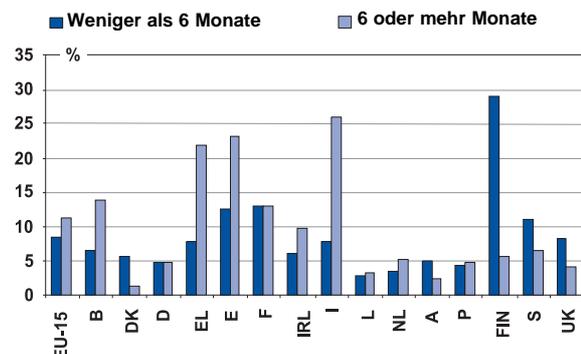
Anmerkung : Für A, FIN und S stehen keine Daten über die Langzeitarbeitslosigkeit aus der Arbeitskräfteerhebung 1994 zur Verfügung. Daten für IRL aus dem Jahr 1997
 Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Arbeitslosenquoten nach Dauer, 1998



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Jugendarbeitslosenquoten nach Dauer, 1998



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

8 AUSGABEN FÜR DEN SOZIALSCHUTZ

Im Jahr 1996 entsprachen die Ausgaben für den Sozialschutz in der EU 28,7% des BIP. Im Jahr 1990 hatte dieser Anteil noch bei 25,4% gelegen. Am höchsten waren die entsprechenden Quoten in den drei nordischen Mitgliedstaaten (32-35%), während die Ausgaben in Griechenland, Spanien, Irland und Portugal im Verhältnis am geringsten waren (19-23%). Trotz dieser Ungleichgewichte ist in der EU eine Angleichung der Sozialschutzausgaben zu verzeichnen, da die größten Zuwächse in den letzten Jahren in den Ländern mit den niedrigsten Ausgaben beobachtet wurden.

Erheblicher Anstieg von 1990 bis 1993, dann Stabilisierung

Im Jahr 1990 machten die Gesamtausgaben für den Sozialschutz in der Union 25,4% des BIP aus. Bis 1996 stieg diese Quote auf 28,7%. Der Anstieg war in der gesamten Union mit Ausnahme der Niederlande und Irlands zu beobachten, wo der Prozentsatz in diesem Zeitraum geringfügig sank. Die EU-weite Zunahme fand im wesentlichen im Zeitraum zwischen 1990 und 1993 statt und war in erster Linie auf eine Verlangsamung des BIP-Wachstums und steigende Arbeitslosenzahlen zurückzuführen. Zwischen 1993 und 1996 gingen die Ausgaben geringfügig zurück, eine Entwicklung, die insbesondere in Schweden (-3,8 Prozentpunkte), Finnland (-3,3 Prozentpunkte) und den Niederlanden (-2,8 Prozentpunkte) zu beobachten war; diese drei Länder zählten allesamt zu jenen, in denen die Ausgaben im Jahr 1993 noch besonders hoch gewesen waren.

Gedrosselter Anstieg der realen Ausgaben

Die realen Ausgaben für den Sozialschutz (d. h. gemessen zu konstanten Preisen pro Kopf der Bevölkerung) stiegen im Zeitraum von 1990 bis 1993 in EU-15 jährlich real um 4%. Besonders deutlich fiel der Anstieg in Portugal aus (13% pro Jahr). Im Gegensatz dazu lag die jährliche Wachstumsrate für EU-15 in den drei letzten Jahren, für die Daten vorliegen (1993-1996), lediglich bei rund 1%. Nur in Griechenland und Deutschland stiegen die realen Ausgaben. Besonders auffällig war die Verlangsamung der Wachstumsrate in Italien und dem Vereinigten Königreich. In den Niederlanden, in Spanien und in Schweden gingen die realen Ausgaben zwischen 1993 und 1996 sogar zurück.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern treten deutlicher zutage, wenn die Ausgaben als Pro-Kopf-KKS ausgedrückt werden

Wenn der Sozialschutz als KKS pro Einwohner ausgedrückt wird, treten die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten

noch deutlicher zutage: so betrug das Verhältnis zwischen Luxemburg (dem Land mit den höchsten Ausgaben) und Portugal (dem Land mit den niedrigsten Ausgaben) im Jahr 1999 3,3 zu 1. Dies entspricht allerdings einer Verringerung der im Jahr 1990 beobachteten Differenz, als das Verhältnis noch 3,7 zu 1 betragen hatte. Die Unterschiede zwischen den Ländern spiegeln die unterschiedlichen Gegebenheiten in bezug auf soziale Sicherungssysteme, demographischen Wandel, Arbeitslosigkeit und andere soziale, institutionelle und wirtschaftliche Faktoren wider.

Zwei Muster in der Finanzierung des Sozialschutzes

Auf EU-Ebene werden die sozialen Netze in erster Linie mit den Sozialbeiträgen (von Arbeitgebern und Arbeitnehmern), die im Jahr 1996 63,5% zu den Gesamteinnahmen beitrugen, sowie mit staatlichen Beiträgen finanziert, die aus Steuergeldern stammen (31,4%). Der europäische Durchschnitt überdeckt allerdings beträchtliche Unterschiede in der Finanzierungsstruktur zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Sozialversicherungsbeiträge spielen in Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien und den Niederlanden eine größere Rolle. Im Gegensatz dazu wird das soziale Netz in Dänemark, Irland sowie – in geringerem Maß – in Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich vorwiegend mit Steuergeldern finanziert.

Geringfügiger Anstieg der allgemeinen staatlichen Beiträge

Der Anteil der allgemeinen staatlichen Beiträge zur gesamten Finanzierung stieg in EU-15 zwischen 1990 und 1996 um 2,6%. Die größten Zuwächse wurden in Portugal und dem Vereinigten Königreich beobachtet. Hingegen sank der Staatsbeitrag in Dänemark und den Niederlanden deutlich. Im Jahr 1996 wurden nur 16,4% des niederländischen Sozialschutzes mit allgemeinen staatlichen Beiträgen finanziert. Der Anteil der Sozialbeiträge an den Gesamteinnahmen sank zwischen 1990 und 1996 in EU-15 geringfügig von 65,0% auf 63,5%.

Grundsatzklärung

Im Vertrag von Amsterdam heißt es in Art. 2, daß die Aufgabe der Gemeinschaft darin besteht, „in der ganzen

Gemeinschaft ... ein hohes Maß an sozialem Schutz ... zu fördern.“

Am 14. Juli nahm die Kommission eine Mitteilung (KOM(99)347 über eine EU-weite Strategie zur Modernisierung des Sozialschutzes an. In der Mitteilung wird ein Plan zu gemeinsamen Überlegungen zu vier Hauptzielen festgelegt: dafür zu sorgen, daß Arbeit sich lohnt und ein sicheres Einkommen bietet, die Renten zu sichern und die Rentensysteme langfristig finanzierbar zu machen, die soziale Eingliederung zu fördern und eine hohen Qualitätsansprüchen genügende und langfristig finanzierbare Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus wurden die Vorschläge der Kommission in die Entschließung des Rates vom November 1999 aufgenommen.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

Sozialschutz sind alle Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen, um die Lasten privater Haushalte und Einzelpersonen zu decken, die ihnen durch eine genau festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, sofern diese wieder eine Vereinbarung auf Gegenseitigkeit erfordern noch im Rahmen individueller Vereinbarungen erfolgen. Die Risiken oder Bedürfnisse, die den Sozialschutz begründen können, werden vereinbarungsgemäss in acht Funktionen des "Sozialschutzes" klassiert. Siehe Altersversorgung (1.9). Ausgenommen sind alle Versicherungen, die von Personen oder Haushalten ausschließlich im eigenen Interesse aus privater Initiative abgeschlossen werden. Die Daten über die Ausgaben für

den Sozialschutz werden ohne Abzug von Steuern oder anderen Zwangsabgaben ermittelt, die auf Sozialleistungen erhoben werden. Die Daten für Griechenland sind ebenso provisorisch wie jene, die im Jahr 1996 für Belgien, Deutschland, Spanien, Italien, die Niederlande, Portugal, Finnland und das Vereinigte Königreich erhoben wurden. Die Kaufkraftparitäten (KKP) wandeln die nationalen Währungseinheiten in eine gemeinsame Referenzeinheit um, den Kaufkraftstandard (KKS). Mit dieser Einheit kann in sämtlichen Mitgliedstaaten in einem gegebenen Jahr dieselbe Menge von Gütern und Dienstleistungen erworben werden.

Literaturhinweise

- „Ausgaben und Einnahmen des Sozialschutzes: Europäische Union, Island und Norwegen - 1980-96“, 1999. Eurostat.
- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Sozialschutz in der Europäischen Union, Island und Norwegen“, Nr. 5/1999. Eurostat.
- Methodik: „ESSOSS-Handbuch 1996“, Eurostat.
- „Sozialschutz in Europa 1997“, 1998. „Sozialschutz in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – Situation am 1. Januar 1998 und Entwicklung“, 1998. Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

Altersversorgung (1.9), Einkommensverteilung (1.10)

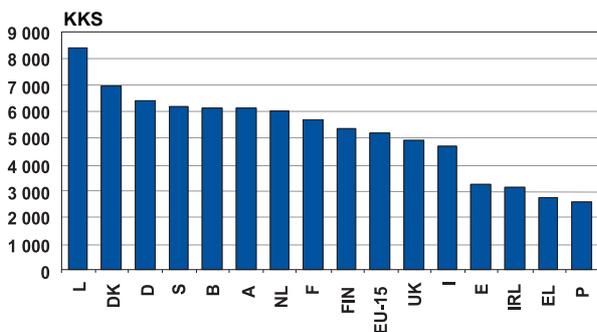
Schlüsselindikator

Ausgaben für den Sozialschutz in Prozent des BIP

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1996	28.7	30.0	33.6	30.5	23.3	22.4	30.8	18.9	24.8	26.2	30.9	29.5	21.6	32.1	34.8	27.7
1993	29.0	29.0	33.5	29.1	22.0	24.4	31.2	20.8	26.0	25.2	33.7	29.0	21.0	35.4	38.6	28.8
1990	25.4	26.8	30.3	25.4	22.7	20.4	27.7	19.1	24.1	23.5	32.5	26.7	15.5	25.5	32.9	23.1

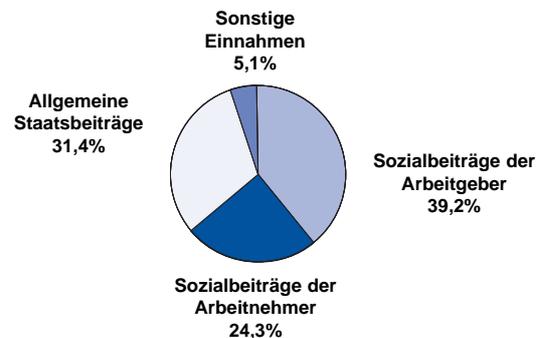
Quelle : Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

Ausgaben für den Sozialschutz pro Einwohner, 1996



Quelle : Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

Einnahmen des Sozialschutzes nach Typ, EU-15, 1996



Quelle : Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

9

ALTERSVERSORGUNG

Im Jahr 1996 entfiel in den meisten Mitgliedstaaten der größte Teil der Ausgaben für den Sozialschutz auf die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Dies galt insbesondere für Italien (wo dieser Bereich 66% der Gesamtleistungen gegenüber 45% im EU-Durchschnitt ausmachte). EU-weit stiegen die Leistungen der Altersversorgungs- und Hinterbliebenenfunktionen real um 17% während des Zeitraums 1990-1996.

Auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung entfällt der größte Teil der Leistungen

In den meisten Mitgliedstaaten macht die Alters- und Hinterbliebenenversorgung den größten Posten in den Ausgaben für den Sozialschutz aus (im EU-Durchschnitt entfielen im Jahr 1996 darauf 44,8% der Gesamtleistungen oder 12,3% des BIP). Dies galt insbesondere für Italien, wo für diese beiden Funktionen 65,9% der gesamten Sozialleistungen aufgewandt wurden. In Irland hingegen entfielen lediglich 26,1% der Leistungen auf Altersversorgung und Hinterbliebenenrenten gemeinsam. Tatsächlich ist Irland das „jüngste“ Land in der EU: Im Jahr 1996 waren 33% der irischen Bevölkerung weniger als 20 Jahre alt (24% im EU-Durchschnitt), während nur 11% über 65 Jahre alt waren (in EU-15 durchschnittlich 16%). Daher überrascht es nicht, daß die Ausgaben für Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Irland niedrig sind, während die Ausgaben für Familien- und Kinderbeihilfen mit einem Anteil von 12,8% zu den höchsten in der Union zählen.

In Irland, den Niederlanden, Portugal und Finnland fließt der größte Teil der Sozialleistungen in die Funktionen Krankheit/Gesundheitsversorgung/Invalidität/Gebrechen. Auch was das relative Gewicht der Arbeitslosenunterstützung anbelangt, gibt es wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Auf die entsprechenden Sozialleistungen entfielen in Irland, Belgien und Spanien über 14% der Gesamtleistungen, während es in Italien weniger als 2% waren. Auf Familie/Kinder entfielen im Jahr 1996 in EU-15 7,9% aller Sozialleistungen. Doch während in Dänemark, Irland, Luxemburg und Finnland mehr als 12% der Sozialleistungen in diese Bereiche flossen, waren es in Spanien, Italien und den Niederlanden weniger als 5%.

Die Struktur der Ausgaben für Sozialleistungen änderte sich zwischen 1990 und 1996

Zwischen 1990 und 1996 wuchsen die verschiedenen Arten der Sozialleistungen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Die Abweichungen beruhen auf veränderten Erfordernissen sowie auf Änderungen der

Gesetzgebung zum Sozialschutz. Insgesamt stiegen die Leistungen im Zeitraum zwischen 1990 und 1996 real um 18%.

Die Ausgaben für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung nahmen um 17% zu, während ihr Anteil an den Gesamtleistungen von 45,7% im Jahr 1990 auf 44,8% im Jahr 1996 zurückging wegen der merklichen Zunahme der anderen Funktionen. Besonders deutlich fiel der Rückgang in Deutschland und Irland aus. In Italien, wo die Ausgaben für diese Funktionen bereits 1990 hoch gewesen waren, stiegen sie schneller als in der übrigen Union, wodurch der Anteil der beiden Bereiche an den Gesamtleistungen in diesem Sechsjahreszeitraum um 6 Prozentpunkte anwuchs. Eine Reihe von Ländern haben angesichts der Tatsache, daß die Erwerbsbevölkerung stetig altert, begonnen, ihre Rentensysteme zu reformieren. Die Wirkungen dieser Eingriffe werden im Lauf der Zeit zutage treten.

Die Ausgaben für Krankheit/Gesundheitsversorgung/Invalidität/Gebrechen machten im Jahr 1996 in EU-15 einen geringeren Teil der Sozialleistungen aus als sechs Jahre zuvor. Infolge der Bemühungen zur Senkung der Kosten in diesen Bereichen fiel ihr Anteil an den Ausgaben in fast allen Mitgliedstaaten.

Der Trend in der Entwicklung der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung kann zum Teil mit dem unterschiedlichen Niveau der Arbeitslosigkeit erklärt werden. Doch in dem seit 1993 verzeichneten geringfügigen Rückgang spiegeln sich auch die in mehreren Ländern – z.B. in Dänemark, Spanien und Frankreich – vorgenommenen Reformen der Unterstützungssysteme wider. Im Jahr 1996 war wieder ein realer Anstieg der Leistungen für die Arbeitslosenunterstützung zu beobachten, was zum Teil auf die Durchführung neuer Arbeitsmarktrichtlinien zurückzuführen war.

Der Anteil der Ausgaben für Familien an den Gesamtleistungen stieg zwischen 1990 und 1996 in EU-15 von 7,6% auf 7,9%. Besonders deutlich fiel dieser Anstieg (real +21% zwischen 1990 und 1996) im Jahr 1996 aus, als Deutschland Reformen durchführte und das System der Familienunterstützung erweiterte.

Grundsaterklärung

Siehe Ausgaben für den Sozialschutz (1.8).

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

Siehe Ausgaben für den Sozialschutz (1.8). Die Sozialleistungen werden in folgende acht Bereiche (Funktionen) unterteilt: Krankheit/Gesundheitsversorgung, Invalidität/Gebrechen, Alter, Hinterbliebene, Familie/Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen, soziale Ausgrenzung, die keiner anderen Kategorie zugeordnet werden kann (n.a.z.). Die Altersversorgung beinhaltet Leistungen zur Deckung altersbedingter Risiken: Verlust des Einkommens, unzureichendes Einkommen, Abhängigkeit bei der Bewältigung täglicher Aufgaben, reduzierte Beteiligung am sozialen Leben und so weiter. Die medizinische Versorgung älterer Personen ist nicht berücksichtigt (sie wird dem Bereich Krankheit/Gesundheitsversorgung zugerechnet). Es ist nicht immer leicht, eine Sozialleistung richtig zuzuordnen. In den meisten Mitgliedstaaten der EU besteht eine starke Interdependenz zwischen den drei Bereichen Altersversorgung, Hinterbliebene und Invalidität. Um die Daten EU-weit besser vergleichen zu können, wurden die Bereiche Altersversorgung und Hinterbliebene zusammengefaßt.

Literaturhinweise

- „Ausgaben und Einnahmen des Sozialschutzes: Europäische Union, Island und Norwegen – 1980-96“, 1999. Eurostat.
- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Sozialschutz in der Europäischen Union, Island und Norwegen“, Nr. 5/1999. „Sozialleistungen und ihre Umverteilungseffekte in der EU“, Nr. 13/1999. Eurostat.
- Methodik: „ESSOSS-Handbuch 1996“, 1996. Eurostat.
- „Sozialschutz in Europa 1997“, 1998. Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales.
- „Social protection for dependency in old age in the 15 EU Member States and Norway“ (Sozialschutz für Altersabhängigkeit in den 15 EU-Mitgliedstaaten und Norwegen), 1998. Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

Überalterung der Erwerbsbevölkerung (1,1), Ausgaben für den Sozialschutz (1.8)

Schlüsselindikator

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Prozent der gesamten Sozialleistungen																
1996	44.8	43.2	38.9	41.1	49.0	45.3	43.5	26.1	65.9	43.4	38.5	48.5	43.3	33.9	38.9	40.1
1990	45.7	40.4	36.7	45.8	50.9	42.9	42.7	30.5	59.6	45.8	37.4	50.0	43.1	33.8	:	42.5

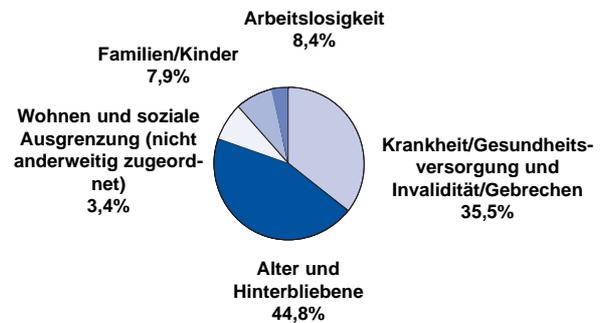
Quelle : Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

Sozialleistungen pro Einwohner, zu konstanten Preisen, EU-15, 1990-1996 (index 1990 = 100)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Alter und Hinterbliebene	100	101	107	109	112	114	117
Krankheit/Gesundheitsversorgung und Invalidität	100	103	109	110	111	113	115
Arbeitslosigkeit	100	121	136	151	143	134	138
Familien/Kinder	100	103	110	113	111	112	121
Wohnen u. soz. Ausgrenzung (nicht anderw. zugeordnet)	100	99	110	121	126	130	130
Gesamtleistungen	100	104	110	113	114	115	118

Quelle : Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

Sozialleistungen nach Funktionsgruppen in Prozent der Gesamtleistungen, EU-15, 1996



Quelle : Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

10

EINKOMMENSVERTEILUNG

Auf EU-Ebene erzielten im Jahr 1994 die ärmsten 20% der Bevölkerung lediglich 8% des Gesamteinkommens, während auf die reichsten 20% fast 40% des Gesamteinkommens entfielen, d. h. fünfmal soviel (in diesem Zusammenhang wird vom Anteilsverhältnis S80/S20 gesprochen). Am kleinsten ist diese Lücke zwischen den wohlhabendsten und ärmsten Personen in Finnland (Verhältniszahl 3,1) und Dänemark (3,2), am größten in Portugal (7,2).

Über 70% der Personen erhalten Sozialleistungen, obwohl diese lediglich 26% des Äquivalenzeinkommens ausmachen

Im Jahr 1994 lag der Medianwert des Äquivalenz-Nettojahreseinkommens in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten bei rund 11 000-13 000 KKS. Allerdings besteht das Nord-/Süd-Gefälle weiter: in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal liegt das Einkommensniveau deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Einen Sonderfall stellt Luxemburg dar, wo das Einkommensniveau außergewöhnlich hoch ist.

Im Durchschnitt werden 70% dieses Einkommens mit Arbeit (Beschäftigung und selbständige Tätigkeit), rund 25% mit Renten und anderen Sozialleistungen und die übrigen 5% aus Kapitalerträgen und anderen privaten Einkommensquellen erzielt. Obwohl der prozentuale Anteil der Sozialleistungen am Äquivalenzeinkommen nicht hoch ist, profitieren 73% der EU-Bürger direkt oder indirekt (d. h. über andere Mitglieder des Haushaltes) von solchen Transferleistungen. Der prozentuale Anteil der Begünstigten schwankt zwischen nur 50% in Italien und 90% in Belgien.

Im EU-Durchschnitt entspricht das Äquivalenzeinkommen von in Haushalten von Rentenbeziehern lebenden Personen, jenem der Gesamtbevölkerung. Überdurchschnittlich hoch ist es in Frankreich, Italien, den Niederlanden und vor allem in Irland. Die Sozialtransfers mit Ausnahme der Renten sind in der gesamten Union – wenn auch in unterschiedlichem Maß – auf die Haushalte mit niedrigem Einkommen konzentriert. Wie diese Leistungen den Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen verändern, ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich.

Haushalte mit einem Erwachsenen und solche mit drei oder mehr Kindern haben häufiger ein niedrigeres Äquivalenzeinkommen

Im allgemeinen erzielen Alleinstehende ein geringeres mittleres Äquivalenzeinkommen (88% des nationalen

Medianwerts) als Haushalte, die sich aus zwei oder mehr Erwachsenen zusammensetzen. In sämtlichen Mitgliedstaaten verfügen alleinlebende Männer über ein höheres Medianeinkommen als alleinlebende Frauen. Die am deutlichsten benachteiligten Gruppen sind Frauen im Alter ab 65 (75%) sowie Alleinerziehende (72%).

Die am Medianeinkommen gemessen wohlhabendste Gruppe bilden Paare unter 65 Jahren ohne unterhaltsberechtigte Kinder (127%). Der Medianwert des Äquivalenzeinkommens sinkt mit steigender Zahl unterhaltsberechtigter Kinder: Das Medianeinkommen von Paaren mit drei oder mehr unterhaltsberechtigten Kindern liegt bei 81%, während der Wert bei Paaren mit nur einem unterhaltsberechtigten Kind 114% beträgt.

Ein Blick auf die Unterschiede zwischen den Altersgruppen zeigt, daß ältere Menschen (ab 65 Jahre) das niedrigste Medianeinkommen aufweisen (89%). Über das geringste Einkommen verfügt diese Gruppe in Griechenland, Portugal und dem Vereinigten Königreich (jeweils weniger als 75% des nationalen Medianwerts). Der entsprechende Wert für ältere Personen in Spanien, Frankreich, Italien und Luxemburg liegt hingegen bei rund 95%

Die Einkommensverteilung kann auch anhand der Verteilung des Gesamteinkommens auf verschiedene Bevölkerungsschichten analysiert werden, die dem Einkommen entsprechend definiert werden. EU-weit erzielen die ärmsten 20% der Bevölkerung 8% des Gesamteinkommens, während auf die reichsten 20% fast 40% des Einkommens entfallen. Diese Zahlen werden im Anteilsverhältnis S80/S20 ausgedrückt, das den Anteil der oberen 20% in Beziehung zu dem der unteren 20% setzt. Dieses Verhältnis liegt in den südlichen Mitgliedstaaten generell über dem EU-Durchschnitt von 5,0 (am höchsten ist sie in Portugal mit 7,2). Allerdings gehören auch Irland und das Vereinigte Königreich in diese Gruppe. Am anderen Ende der Skala befinden sich die nordischen Mitgliedstaaten, insbesondere Finnland (3,1) und Dänemark (3,2).

Grundsatzklärung

Im Vertrag von Amsterdam (Art. 2) heißt es: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, ... die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität ... zu fördern.“ In Art. 3 heißt es, die Tätigkeit der Gemeinschaft umfasse unter anderem „die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts“.

Im Sozialen Aktionsprogramm 1998-2000 heißt es: „Trotz des Erfolgs des europäischen Sozialmodells sind Armut und soziale Ausgrenzung innerhalb der EU nach wie vor von großer Bedeutung.“ "Staatliche Maßnahmen spielen" bei der Verwirklichung einer Gesellschaft, die keine Ausgrenzung zuläßt". "Dies soll über Einkommensumverteilung und Verringerung der Armut" erreicht werden.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP), Welle 2. Die Einkommensdaten beziehen sich auf das Kalenderjahr 1994. Finnland und Schweden: nationale Quellen.

Dieser Analyse liegt ein rein monetäres Konzept zugrunde. Unterstellte Mieten sowie Naturalleistungen werden nicht berücksichtigt. Um beim Vergleich der Einkommensniveaus den Unterschieden in Bezug auf Haushaltsgröße und -zusammensetzung Rechnung zu tragen, wird das Gesamteinkommen eines Haushalts durch seine ‚Äquivalenzgröße‘ geteilt, die anhand der modifizierten OECD-Äquivalenzskala berechnet wird. In dieser Skala werden der erste im Haushalt lebende Erwachsene

mit 1,0, der zweite sowie jede weitere Person im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet.

Um das Anteilsverhältnis zu berechnen, werden die Personen zunächst aufgrund ihres Äquivalenzeinkommens einer Kategorie zugeordnet und anschließend in 5 Gruppen gleicher Größe unterteilt, die als Quintile bezeichnet werden. S80/S20 gibt den Anteil der oberen 20% im Verhältnis zu jenem der unteren 20% wieder.

Die Kaufkraftparitäten (KKP) wandeln die nationalen Währungseinheiten in eine gemeinsame Referenzeinheit um, den Kaufkraftstandard (KKS). Mit dieser Einheit kann in einem gegebenen Jahr in sämtlichen Mitgliedstaaten dieselbe Menge von Gütern und Dienstleistungen erworben werden.

In den Daten für EU-15 sind Finnland und Schweden nicht berücksichtigt, da für diese beiden Länder keine Daten aus dem ECHP zur Verfügung standen (Welle 2).

Literaturhinweise

- „Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft: Ausgewählte Indikatoren aus der Welle 1995“, 1999. Eurostat.
- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Sozialleistungen und ihre Umverteilungseffekte in der EU“, Nr. 13/1999. Eurostat.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

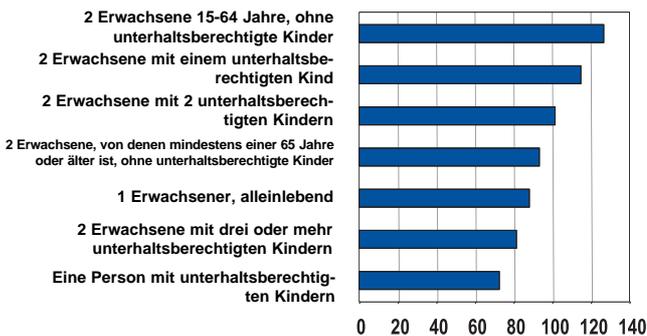
Ausgaben für den Sozialschutz (1.8), Haushalte mit niedrigem Einkommen (1.11)

Schlüsselindikator

Anteilsverhältnis S80/S20 (1)	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1994	5.0	4.6	3.2	4.9	6.2	5.4	4.5	6.0	5.3	4.8	3.9	4.7	7.2	3.1	4.5	5.5

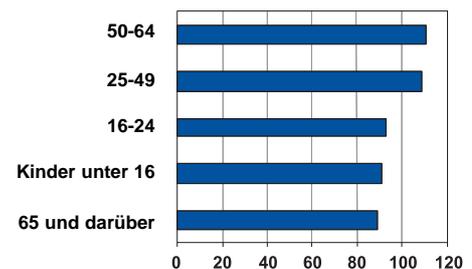
(1) Der Anteil der reichsten 20% der Bevölkerung am nationalen Gesamteinkommen gegenüber dem der ärmsten 20%
 Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft; FIN, S - nationalen Quellen

Medianwert des Äquivalenzeinkommens aller Personen nach Haushaltstyp (indexiert gesamt = 100), EU-15, 1994



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

Medianwert des Äquivalenzeinkommens aller Personen nach Alter (indexiert gesamt = 100), EU-15, 1994



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

11

HAUSHALTE MIT NIEDRIGEM EINKOMMEN

Im Jahr 1994 verfügten 18% der Bevölkerung der EU über ein Äquivalenzeinkommen, das weniger als 60% des nationalen Medianwertes entsprach. Am größten war diese Gruppe in Griechenland, Irland, Portugal und dem Vereinigten Königreich, am kleinsten in Dänemark, den Niederlanden und Finnland.

Mehr als ein Drittel der Alleinerziehenden haben ein ‚niedriges Einkommen‘

Im Jahr 1994 verfügten rund 18% der EU-Bürger über ein Äquivalenzeinkommen, das weniger als 60% des nationalen Medianwertes entsprach (und damit unter der ‚Armutsgrenze‘ lag). Relativ hoch war der Anteil der Personen mit einem niedrigen Einkommen mit 20-24% in Griechenland, Irland, Portugal und dem Vereinigten Königreich, während er in Dänemark, den Niederlanden und Finnland (9-11%) am geringsten war.

Auf EU-Ebene können drei Arten von Haushalten mit überdurchschnittlichen ‚Armutsniveaus‘ in Zusammenhang gebracht werden: Alleinerziehende mit unterhaltsberechtigten Kindern (36%), Paare mit drei oder mehr unterhaltsberechtigten Kindern (27%) und allein lebende Personen (23%), insbesondere Frauen (26%). In Irland und dem Vereinigten Königreich verfügen über 50% der Alleinerziehenden über ein ‚niedriges Einkommen‘. Auf nationaler Ebene weisen auch andere Haushaltsarten ein besonders hohes Armutsrisiko auf: So haben in Griechenland und Portugal mehr als 40% der älteren Paare ein Einkommen, das weniger als 60% des Medianeinkommens ausmacht.

Frauen leben eher als Männer, Kinder eher als Erwachsene in Haushalten mit niedrigen Einkommen

In der gesamten Union sind Frauen etwas häufiger ‚arm‘ als Männer (19% gegenüber 17% im EU-Durchschnitt). Größer ist die Kluft zwischen den Geschlechtern bei allein lebenden Personen, insbesondere bei älteren Menschen.

Der Anteil der in Haushalten mit niedrigem Einkommen lebenden Kinder (unter 16 Jahren) ist mit 21% höher als jener der Gesamtbevölkerung (18%). Besonders schlecht scheint die Situation von Kindern in Irland (28% gegenüber 21%) und dem Vereinigten Königreich (28% gegenüber 20%) zu sein. Hingegen tragen Kinder in Dänemark (6% gegenüber 11%) und Griechenland (16% gegenüber 21%) ein deutlich geringeres Risiko, in einem ‚armen‘ Haushalt zu leben.

Arbeitslose sind besonders gefährdet

Durchschnittlich 38% der Arbeitslosen haben ein niedriges Einkommen. Im Vereinigten Königreich liegt dieser Anteil bei beinahe 50%. In Irland und dem Vereinigten Königreich haben sie fast siebenmal häufiger ein geringes Einkommen als Personen mit einem Arbeitsplatz, während dieses Verhältnis in Österreich und Portugal bei 2 zu 1 liegt. In der Union insgesamt zählen 10% der Personen mit einem Arbeitsplatz zur Kategorie der ‚Armen‘.

Rund 19% der EU-Bürger im Ruhestand haben ein Einkommen, das weniger als 60% des nationalen Medianwertes ausmacht. Dänemark weist mit 21% zwar nicht die höchste Quote auf, doch der Anteil der älteren Menschen an den ‚Armen‘ ist fast doppelt so hoch wie der Anteil der Gesamtbevölkerung (11%). In der EU insgesamt hat jede vierte nicht erwerbstätige Person (ohne Berücksichtigung der Personen im Ruhestand) ein niedriges Einkommen. Das Bild ist in allen Mitgliedstaaten relativ einheitlich.

Durch die Sozialleistungen als Renten verringert sich überall der Anteil der ‚Armen‘ – jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. In Griechenland, Italien und Portugal sind die Rückgänge am geringsten, zwischen 7 und 15%. In allen anderen Ländern sinkt der Anteil der Armen um mindestens 25%, in Dänemark und den Niederlanden sogar um etwa 60%. Diese beiden Länder weisen nach Einrechnung der Sozialleistungen die niedrigste ‚Armutquote‘ auf. Irland und das Vereinigte Königreich verzeichnen sowohl vor als auch nach dem Transfer von Sozialleistungen einen hohen Prozentsatz von Personen mit niedrigem Äquivalenzeinkommen. Jedoch nach dem Transfer von Leistungen ist allerdings Portugal das Land mit dem höchsten Anteil an ‚Armen‘. Der Anteil der ‚Armen‘ liegt in Italien trotz der geringen Auswirkungen der Leistungen nahe beim EU-Durchschnitt, weil dieses Land vor Einrechnung der Sozialleistungen die niedrigste Armutsquote aufweist.

Grundsatzzerklärung

In Art. 136 des Vertrags von Amsterdam wird die ‚Bekämpfung von Ausgrenzungen‘ als eines von sechs Zielen der europäischen Sozialpolitik genannt. In Art. 137 Absatz 1 wird die Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen als einer jener Bereiche angeführt, in denen die Tätigkeit der Mitgliedstaaten durch Gemeinschaftsaktionen unterstützt und ergänzt werden soll. Art. 137 Absatz 2 definiert den Handlungsrahmen auf Gemeinschaftsebene; demnach wird der Rat zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten durch Initiativen fördern, welche „die Verbesserung des Wissensstandes, die Entwicklung des Austausches von Informationen und bewährten Verfahren, die Förderung innovativer Ansätze und die Bewertung von Erfahrungen zum Ziel haben“.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP), Welle 2. Die Einkommensdaten beziehen sich auf das Kalenderjahr 1994. Finnland: nationale Quelle.

Niedriges Einkommen (oder relative monetäre Armut) wird gemessen, indem man ermittelt, wie groß die Bevölkerungsgruppe mit einem Äquivalenzeinkommen

von weniger als 60% des Medianwerts des Äquivalenzeinkommens in einem Land ist. Siehe Einkommensverteilung (1.10) für eine Erläuterung des Einkommenskonzepts und eine Definition des Äquivalenzeinkommens.

Zu den unterhaltsberechtigten Kindern zählen alle Kinder bis zum Alter von 15 Jahren zuzüglich aller Personen bis zum Alter von 25 Jahren, die nicht erwerbstätig sind (zumeist, weil sie sich in einer Ausbildung befinden) und mit mindestens einem Elternteil leben.

In den Daten für EU-15 sind Finnland und Schweden nicht berücksichtigt, da für diese beiden Länder keine Daten aus dem ECHP vorlagen (Welle 2).

Literaturhinweise

- „Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft: ausgewählte Indikatoren aus der Welle 1995“, 1999. Eurostat.
- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Niedrige Einkommen und niedrige Löhne auf Haushaltsebene (EU-12)“, Nr. 6/1998. „Soziale Ausgrenzung in den EU-Mitgliedstaaten“, Nr. 1/2000. Eurostat.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

Beschäftigung (1.3), Ausgaben für den Sozialschutz (1.8), Einkommensverteilung (1.10)

Schlüsselindikator

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Prozentualer Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 60% des nationalen Medianwerts																
1994	18	18	11	18	21	19	16	21	19	14	10	17	24	9*	:	20
60% des Medianwerts des Jahreseinkommens (KKS)	6340	7560	7759	7422	4268	4544	7025	5447	5228	11219	6583	7404	3790	7263*	:	6715

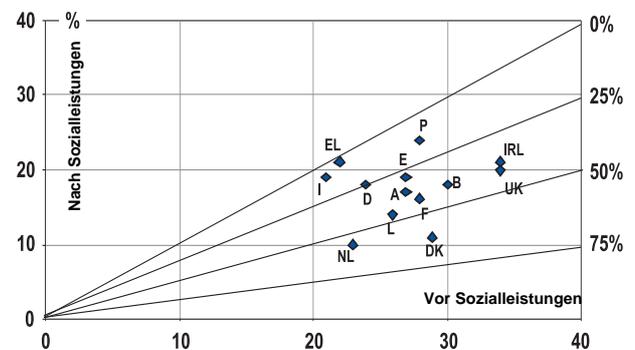
Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft. FIN : nationale Quelle

Bevölkerung mit niedrigem Einkommen nach Haushaltstyp, EU-15, 1994



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

Prozentsatz der Personen mit niedrigem Einkommen vor und nach dem Transfer von anderen Sozialleistungen außer Renten, 1994



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

12

BESCHÄFTIGUNG DER FRAUEN

Im Jahr 1998 hatten in der Union 51,2% der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren eine Beschäftigung. Der entsprechende Prozentsatz ist bei Männern deutlich höher (70,8%), doch die Kluft zwischen den Geschlechtern verringert sich langsam. In den drei nordischen Ländern ist der Anteil der Erwerbstätigen unter den Frauen fast ebenso hoch wie unter den Männern.

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt weiterhin benachteiligt

Trotz des Fortschritts während der letzten Jahre ist es für Frauen immer noch problematisch, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, die berufliche Karriere zu verfolgen, einen angemessenen Verdienst zu erzielen und das berufliche mit dem familiären Leben in Einklang zu bringen. Obwohl die im letzten Jahrzehnt netto neu geschaffenen Arbeitsplätze praktisch alle mit Frauen besetzt wurden, konnte dieser Beschäftigungszuwachs nicht mit der wachsenden Zahl von Frauen Schritt halten, die arbeiten wollen. Die Folge ist, daß die Arbeitslosigkeit unter Frauen viel höher ist als unter Männern. Obwohl die Frauen rund 43% der Erwerbsbevölkerung der EU bilden, stellen sie sogar etwas mehr als die Hälfte der Arbeitslosen. Die Beschäftigungsquoten der Frauen liegen durchwegs unter jenen der Männer. Dazu kommt, daß viele Frauen einer Teilzeitarbeit nachgehen.

Wachsende Präsenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Die Kombination von steigender Bildung und geänderten Einstellungen hat zur Folge, daß sich der Anteil der arbeitenden Frauen dem der Männer annähert – zwischen 1988 und 1998 stieg die Beschäftigungsquote unter den Frauen im erwerbsfähigen Alter von 45% auf 51%, während diese Quote bei den Männern von 74% auf 71% sank. Doch obwohl sie geringer wird, ist die Kluft in der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedstaaten weiterhin groß. In Finnland und Schweden liegt die Quote der Frauen immer noch bei rund 90% der Quote der Männer, obwohl die Zahl der arbeitenden Frauen in diesen Ländern in den letzten Jahren relativ gesehen gesunken ist. In praktisch allen Mitgliedstaaten ist die Differenz zwischen den Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern in der jüngeren Generation geringer als in der älteren.

EU-weit ist die Frauenbeschäftigung im wachsenden Dienstleistungssektor konzentriert (in dem 80% aller beschäftigten Frauen gegenüber 55% der arbeitenden Männer tätig sind), weshalb Frauen ein geringeres Risiko als Männer tragen, den Arbeitsplatz zu verlieren. Männer sind unverhältnismäßig stark in der Landwirtschaft und der Industrie vertreten, wo in letzter Zeit umfangreiche Umstrukturierungen stattfinden. Die Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt kann die Wahlmöglichkeiten von Frauen einschränken, die in den Arbeitsmarkt eintreten oder

eintreten werden. In den ‚Spitzenjobs‘ sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert: nur 6% der berufstätigen Frauen insgesamt haben Führungspositionen inne, dem gegenüber stehen 10% der Männer.

Generell läßt sich feststellen, daß Mütter im Alter zwischen 25 und 49 Jahren mit zumindest einem Kleinkind (0-5 Jahre) mit geringerer Wahrscheinlichkeit (53%) eine Beschäftigung haben als kinderlose Frauen desselben Alters (67%). Besonders groß ist die Lücke zwischen diesen beiden Gruppen von Frauen in Deutschland und dem Vereinigten Königreich. Im Gegensatz dazu sind die Quoten in Belgien und Portugal in beiden Gruppen fast gleich hoch. Die Unterschiede zwischen den Ländern beruhen auf dem unterschiedlichen Maß an Diskriminierung, dem Umfang der Vorrichtungen zur Kinderbetreuung, dem Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen, der Steuergesetzgebung, der Sozialfürsorgeunterstützung, der Einstellung gegenüber Frauen insgesamt usw.

Jede dritte beschäftigte Frau geht einer Teilzeitarbeit nach

In der Union insgesamt haben 33% der beschäftigten Frauen eine Teilzeitarbeit, während es bei den Männern lediglich 6% sind. Besonders verbreitet ist die weibliche Teilzeitarbeit in den Niederlanden (68%), dem Vereinigten Königreich (45%) und Schweden (39%). Vollzeitbeschäftigte Frauen haben in allen Mitgliedstaaten eine kürzere Arbeitszeit als Männer, obwohl die Differenz in den Niederlanden, in Österreich und Schweden weniger als eine Stunde beträgt. Im Gegensatz dazu arbeiten die Männer im Vereinigten Königreich 5 Stunden länger.

Verhältnismaßig mehr Frauen als Männer sind arbeitslos

Im Jahr 1998 war die Arbeitslosenquote der Frauen in den meisten Ländern der Union höher als die der Männer und lag im Durchschnitt bei 11,7% gegenüber 8,6% bei den Männern. In Belgien, Dänemark, Spanien, Italien, den Niederlanden und Portugal ist die Quote der Frauen zwischen 55% und 92% höher als jene der Männer. In Luxemburg und Griechenland tragen erwerbstätige Frauen ein mehr als doppelt so hohes Risiko wie Männer, arbeitslos zu werden. In einer günstigeren Situation befinden sich die Frauen in Irland, Schweden und vor allem im Vereinigten Königreich, wo die Quote der Frauen 20% unter der der Männer liegt.

Grundsatzklärung

Im Vertrag von Amsterdam (Art. 137) heißt es „die Gemeinschaft werde die Aktivitäten der Mitgliedstaaten unterstützen und ergänzen, die dazu dienen, für Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz“ zu sorgen.

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Nr. 19) heißt es: „Die Mitgliedstaaten werden sich bemühen, die Diskrepanz zwischen den Arbeitslosenquoten bei Frauen und Männern zu verringern, indem sie aktiv auf ein höheres Beschäftigungsniveau bei den Frauen und auf die Herstellung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in allen Wirtschaftsbereichen und allen Berufen hinarbeiten.“ Um die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu fördern, werden die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner "eine familienfreundliche Politik erarbeiten, umsetzen und praktisch durchführen und dabei u. a. die Bereitstellung bezahlbarer, leicht zugänglicher und qualitativ hochwertiger Angebote für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Personen sowie Erziehungsurlaub und sonstige Möglichkeiten einer vorübergehenden Arbeitsbefreiung vorsehen." (Nr. 20).

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE).

Definitionen von Erwerbstätigkeit, Beschäftigung sowie Arbeitslosenquoten und Vollzeit-/Teilzeitarbeit findet der Leser in Beschäftigung (1.3) und Arbeitslosigkeit (1.5).

Literaturhinweise

- „Arbeitskräfteerhebung - Ergebnisse 1998“. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 1999“. „Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union - Jahresbericht 1998“. „Zeitschrift: Chancengleichheit“, Quartalsbericht. Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

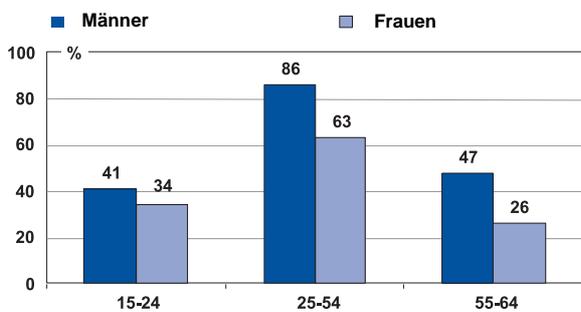
Einkommen von Männern und Frauen (1.13)

Schlüsselindikator

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Beschäftigungsquote der Frauen, 15-64 Jahre																
1998	51.2	47.5	70.3	55.6	39.6	34.8	52.9	48.2	36.7	45.6	58.9	59.0	58.1	60.5	66.4	63.2
1995	49.7	45.4	67.0	55.3	38.0	31.2	52.0	41.3	35.6	42.2	53.2	59.2	54.3	58.1	72.4	61.4
1988	45*	38.4	70.9	49.5	37.2	28.1	50.2	32.9	35.3	40.5	43.4	:	51.2	:	:	58.3

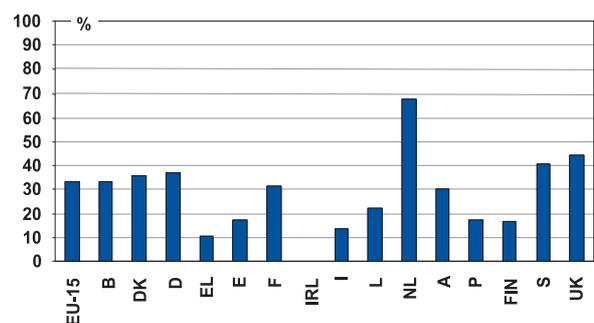
Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Beschäftigungsquote nach Alter und Geschlecht EU-15, 1998



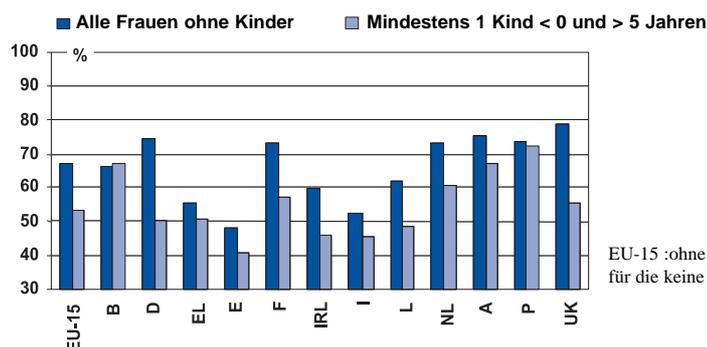
Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Prozent der beschäftigten Frauen, die einer Teilzeitarbeit nachgehen, 1998



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

Beschäftigungsquote der 25-49 jährigen Frauen mit und ohne Kinder, 1998



EU-15 :ohne die drei nordischen Mitgliedstaaten, für die keine Daten vorliegen

Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung

13

EINKOMMEN VON MÄNNERN UND FRAUEN

Im Jahr 1995 lag das monatliche Bruttoeinkommen der Frauen in der EU um durchschnittlich 26% unter dem der Männer. Am geringsten sind die Unterschiede in Belgien, Dänemark sowie in Luxemburg und Schweden. Obwohl man nicht grundsätzlich sagen kann, ob Frauen für gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden, ist der Schluß zulässig, daß Frauen in schlechter bezahlten Positionen arbeiten.

In keinem Mitgliedstaat übersteigen die Einkommen der Frauen 84% der Einkommen der Männer

Im Jahr 1995 belief sich das monatliche Bruttoeinkommen einer Frau in der EU auf durchschnittlich 74% des Einkommens eines Mannes. In Belgien, Dänemark, Luxemburg und Schweden erreichten die Durchschnittsgehälter der Frauen 84% jener der Männer. In Irland und dem Vereinigten Königreich hingegen erreichten Frauen nur 70% des Einkommens von Männern. Diese Diskrepanzen dürften in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Durchschnittseinkommen von zwei Beschäftigtengruppen verglichen wurden, die sehr unterschiedliche Charakteristika aufweisen. Erstens gehen Frauen und Männer nicht den gleichen Tätigkeiten nach. In der Beobachtungsgruppe sind 38% der Frauen, aber nur 12% der Männer, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, Büroangestellte, während 48% der Männer eine manuelle Tätigkeit ausüben oder Maschinen bedienen, eine Tätigkeit, der nur 19% der Frauen nachgehen. Das Durchschnittsgehalt von Arbeitern ist höher als das von Büroangestellten. Zweitens sind erwerbstätige Frauen im Schnitt jünger: 36% sind unter 30, während nur 24% der erwerbstätigen Männer dieser Altersgruppe angehören. Die Folge ist, daß Frauen im Durchschnitt ein geringeres Dienstalter haben und weniger Gelegenheit erhalten, in Führungspositionen aufzusteigen. Dies hat selbstverständlich Auswirkungen auf ihr durchschnittliches Gehaltsniveau. Drittens sind die Kenntnisse von Frauen generell geringer als die von Männern, was wiederum bedeutet, daß sie mit größerer Wahrscheinlichkeit weniger verdienen werden. Dazu kommt, daß Frauen mit geringerer Wahrscheinlichkeit als Männer eine Fachausbildung absolviert haben, die ein höheres Durchschnittsgehalt ermöglicht als eine allgemeinere höhere Schulbildung.

Grundsatzklärung

Im Vertrag von Amsterdam (Art. 141) heißt es: „Jeder Mitgliedstaat stellt die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicher. Unter „Entgelt“ im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in

Gehaltsunterschiede nach Tätigkeit

Am geringsten sind die Unterschiede in den Gehaltsniveaus in traditionellen „weiblichen“ Tätigkeiten (z.B. Büroangestellte, Dienstleistungsangestellte, Verkaufsan-gestellte), in denen die Zahl der Frauen häufig jene der Männer übertrifft. In Tätigkeiten, für die eine technische Ausbildung erforderlich ist (wie Handwerksberufe und verwandte Tätigkeiten), sind die Einkommensunterschiede überdurchschnittlich hoch.

Ein Generationeneffekt?

Ein Vergleich der ungleichen Verdienststrukturen nach Altersgruppen zeigt, daß die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen mit dem Alter rasch größer werden. Dies ist im wesentlichen auf die Beschäftigungsstruktur zurückzuführen: Ältere Frauen gehen überdurchschnittlich oft schlechter bezahlten Bürotätigkeiten nach. Dies kann allerdings auch damit erklärt werden, daß manche ältere Frauen recht lange Berufspausen aufweisen, womit die Gehaltsunterschiede größer werden. Diese Alterskluft ist in Griechenland und dem Vereinigten Königreich bei weitem am größten.

Ein Ausbildungseffekt ?

Insgesamt scheinen die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen mit steigendem Ausbildungsniveau zu wachsen, obwohl das Bild in der Europäischen Union keineswegs einheitlich ist. In Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Italien und den Niederlanden besteht die größte Differenz bei den Gehältern zwischen den am besten qualifizierten Frauen und ihren männlichen Kollegen. In Griechenland und Irland ist das Gegenteil der Fall. In den übrigen Mitgliedstaaten scheint das Ausbildungsniveau nur sehr geringen Einfluß auf die Gehaltsunterschiede zu haben.

Sachleistungen bezahlt. Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet:

- (a) daß das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird;
- (b) daß für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Nr. 19) heißt es: „Sie (die Mitgliedstaaten) werden geeignete Maßnahmen treffen, um die Anwendung des Grundsatzes

des gleichen Entgelts für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit sicherzustellen und eine Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu erreichen.“

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Verdienststrukturstatistik.

In den Lohn- und Gehaltsdaten sind weibliche und männliche Vollzeitbeschäftigte in allen Erwerbstätigkeiten erfaßt; ausgenommen sind Selbständige und Arbeitnehmer, die in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten arbeiten, sowie Personen, die in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei, öffentliche Verwaltung und Militär, Bildungs- und Gesundheitswesen, Sozialarbeit und sonstige Arbeit in Gemeinschafts- und Sozialeinrichtungen, soziale und persönliche Dienstleistungen, private Haushalte oder extraterritoriale Organisationen tätig sind (dazu kommen einige nationale Ausnahmen). Der Erhebungsbereich der Studie ist nicht ideal geeignet, um die Einkommenssituation der Frauen zu untersuchen, da einige Sektoren, in denen die Frauen eine Mehrheit der Beschäftigten stellen, nicht erfaßt sind: Gesundheits- und Bildungswesen und persönliche

Dienstleistungen. In diesen Bereichen dürften die Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern etwas weniger bedeutsam sein, doch gleichzeitig sind die Durchschnittsgehälter geringer, was wiederum den Gesamtdurchschnitt der Einkommen von Frauen senken würde. Personen in der Ausbildung sind nicht berücksichtigt, da ihre niedrigeren Gehälter das Gesamtbild verzerren würden. Die vorliegenden Durchschnittszahlen für EU-15 wurden ermittelt, indem die Gehälter mit der Zahl der Beschäftigten in den Mitgliedstaaten gewichtet wurden.

Literaturhinweise

- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Löhne und Gehälter der Frauen in der EU“, Nr. 6/1999. Eurostat.
- „Sozialporträt Europas“, 1998. Eurostat.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

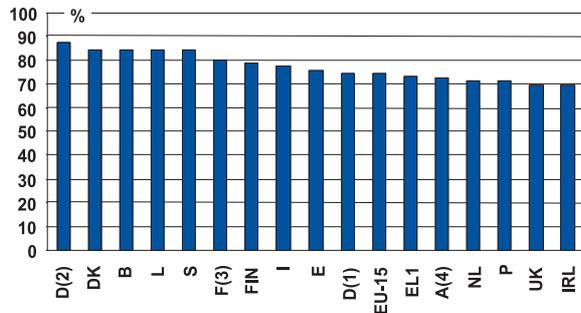
Beschäftigungslage der Frauen (1.12)

Schlüsselindikator

	EU15	B	DK	D (1)	D (2)	EL	E	F (3)	IRL	I	L	NL	A (4)	P	FIN	S	UK
Bruttomonatseinkommen von Frauen in Prozent des Einkommens von Männern (5)																	
1995	74	84	84	74	87	73	76	80	70	77	84	71	73	71	78	84	70

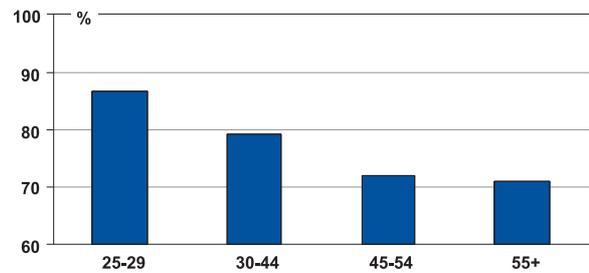
(1) Alte Bundesländer (2) Neue Bundesländer (3) 1994 (4) 1996 (5) Löhne und Gehälter aus Vollzeitarbeit, Zuschläge unberücksichtigt
Quelle : Eurostat - Einkommensstatistik

Monatseinkommen von Frauen in Prozent der Einkommen von Männern, 1995



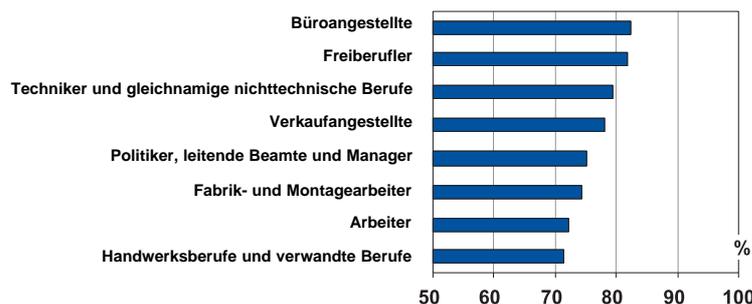
Quelle: Eurostat - Statistik zur Verdienststruktur

Monatseinkommen von Frauen in Prozent der Einkommen von Männern nach Altersgruppen, EU-15, 1995



Quelle: Eurostat - Statistik zur Verdienststruktur

Monatseinkommen von Frauen in Prozent der Einkommen von Männern in ausgewählten Berufsgruppen, EU-15, 1995



Quelle: Eurostat - Statistik zur Verdienststruktur

14

LEBENSERWARTUNG UND GESUNDHEITSPERSPEKTIVEN

Die Lebenserwartung in der Europäischen Union steigt weiter und liegt gegenwärtig bei 80,8 Jahren bei Frauen und 74,5 bei Männern. Frauen leben im Durchschnitt 62 Jahre ohne jede Behinderung und 74 Jahre ohne schwerwiegende Behinderung. Bei Männern liegen die entsprechenden Aussichten bei 60 beziehungsweise 69 Jahren.

Die Lebenserwartung steigt weiter

In den vergangenen 50 Jahren ist die Lebenserwartung von Männern und Frauen stetig gestiegen, nämlich um rund 10 Jahre bei beiden Geschlechtern. In der gesamten Union leben Frauen länger als Männer. Im Jahr 1998 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen in EU-15 80,8 Jahre und jene von Männern 74,5 Jahre. Eurostat schätzt, daß die Lebenserwartung bis zum Jahr 2020 auf 84 (Frauen) beziehungsweise 78 Jahre (Männer) steigen wird. In Frankreich ist die Lebenserwartung weiblicher Neugeborener fast 8 Jahre höher als die männlicher Neugeborener, während die Differenz im Vereinigten Königreich rund 5 Jahre beträgt. Die Lebenserwartung steigt in sämtlichen Mitgliedstaaten der Union, wenn auch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Die südlichen Mitgliedstaaten haben große Fortschritte in dem Bemühen gemacht, die Lücke zum Norden zu schließen. Seit 1960 ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Portugal um 10,5 (Männer) beziehungsweise 12 Jahre (Frauen) gestiegen, während der Anstieg in Dänemark lediglich 3,2 beziehungsweise 4,1 Jahre betrug.

Die Europäer leben im Durchschnitt rund 60 Jahre ohne jede Behinderung

Bei den Gesundheitsperspektiven werden mehrere Indikatoren zusammengefaßt, die Daten über Sterblichkeit und Behinderungen/Erkrankungen enthalten. Im vorliegenden Bericht wird die Lebenserwartung ohne (schwere) Behinderung herangezogen. Auf EU-Ebene leben Frauen im Schnitt 62 Jahre ohne jede Behinderung und 74 Jahre ohne schwere Behinderung. Die entsprechenden Aussichten für Männer liegen bei 60 und 69 Jahren. EU-weit leidet jede vierte Person im Alter von 16 Jahren und darüber (und jeder zweite ältere Mensch) an einer chronischen Beeinträchtigung der körperlichen oder geistigen Gesundheit, an einer Krankheit oder Behinderung. 36% dieser Personen (42% der älteren Menschen) erklären, infolge derartiger Probleme in ihren täglichen Aktivitäten eingeschränkt zu sein.

Deutlicher Rückgang der Säuglingssterbe

Die Fortschritte in der medizinischen Forschung und Versorgung haben auch eine drastische Verringerung der Säuglingssterbe in EU-15 ermöglicht. Kamen im Jahr 1970 auf 1000 Lebendgeburten noch 23 Todesfälle, so ging diese Rate bis 1997 auf 5 Fälle pro 1000 Lebendgeburten zurück. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind praktisch verschwunden.

Die Gesundheitsausgaben machen 8% des BIP aus

Im Jahr 1997 machten die Gesamtausgaben für die Gesundheitsversorgung in der EU im Durchschnitt 8% des BIP aus. Deutschland und Frankreich gaben am meisten aus (10%), obwohl sie immer noch weit hinter den USA (14%) lagen. Im Laufe des letzten Jahrzehnts stieg der prozentuale Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP in der Mehrheit der Mitgliedstaaten. Die deutlichsten Anstiege waren in Griechenland, Spanien und Portugal zu beobachten, wo das Ausgangsniveau relativ niedrig war.

Fast jeder vierte ältere Mensch bezeichnet seinen Gesundheitszustand als ‚schlecht‘

EU-weit betrachten rund 9% der Erwachsenen (im Alter von 16 Jahren und darüber) ihren Gesundheitszustand als ‚schlecht‘ oder ‚sehr schlecht‘. 65% sind der Meinung, bei ‚guter‘ oder ‚sehr guter‘ Gesundheit zu sein, während die übrigen 26% ihren Gesundheitszustand als mäßig bezeichnen. Der Prozentsatz der Personen, die sich der Kategorie ‚(sehr) schlecht‘ zuordnen, nimmt mit steigendem Alter zu: fast jeder vierte ältere Mensch bezeichnet seinen Gesundheitszustand als schlecht. In allen Altersgruppen betrachten Frauen ihren Gesundheitszustand eher als Männer als ‚(sehr) schlecht‘. Dieses Muster ist mit ein oder zwei geringfügigen Abweichungen in sämtlichen Mitgliedstaaten zu beobachten. Überall in der Union erklären Personen mit hohem Einkommen eher als Personen mit niedrigem Einkommen, bei guter Gesundheit zu sein.

Grundsatzerklärung

Im Vertrag von Amsterdam (Titel XIII Gesundheit, Art. 152) heißt es: „Die Tätigkeit der Gemeinschaft ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet. Sie umfaßt die Bekämpfung der weitverbreiteten schweren Krankheiten; dabei werden die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert.“

In Art. 1 des Aktionsprogramms der Gemeinschaft für Gesundheitsberichterstattung (Beschluß Nr. 1400/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 1997) heißt es: „Ziel dieses Programms ist es, zur Einrichtung eines gemeinschaftlichen Gesundheitsberichterstattungssystems beizutragen, das es ermöglicht, a) den Gesundheitszustand sowie die Gesundheitstrends und –determinanten in der gesamten Gemeinschaft zu messen ...“

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Bevölkerungsstatistik und Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP). OECD Gesundheitsdaten, 1998.

Die Kindersterblichkeitsrate wird definiert als Zahl der Kleinkinder, die im ersten Lebensjahr sterben, geteilt durch die Zahl der Lebendgeburten (pro 1000 Lebendgeburten).

Die Lebenserwartung bei der Geburt entspricht der Zahl der Jahre, die eine Person leben würde, wenn die in einem bestimmten Kalenderjahr oder Zeitraum ermittelten altersspezifischen Sterblichkeitsraten weiterhin Gültigkeit hätten. Die Lebenserwartung ohne Behinderung wird anhand der Sullivan-Methode berechnet, welche die Sterblichkeitsdaten und Zahlen zur Verbreitung von Behinderungen aus dem ECHP heranzieht. Die Daten zum subjektiven Gesundheitszustand beruhen auf einer Frage, die im Rahmen des ECHP an private Haushalte gerichtet wird. Bei der Gesamtbevölkerung (insbesondere bei der im Alter von 65 und mehr Jahren) könnte der prozentuale Anteil der Personen, die ihren Gesundheitszustand als (sehr) schlecht betrachten, noch etwas höher sein, da eine beträchtliche Zahl von Personen zur Langzeitpflege in Heimen oder Institutionen untergebracht ist.

Literaturhinweise

- „Key Figures on Health“ (Schlüsselzahlen über Gesundheit), 2000. Eurostat.
- „Bevölkerungsstatistik“, Ausgaben 1998 und 1999. Eurostat.
- „Sozialporträt Europas“, 1998, Eurostat.
- „Die gesundheitliche Situation der Frauen in der Europäischen Gemeinschaft“, 1997, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales.

Hinweise auf andere relevante Bereiche

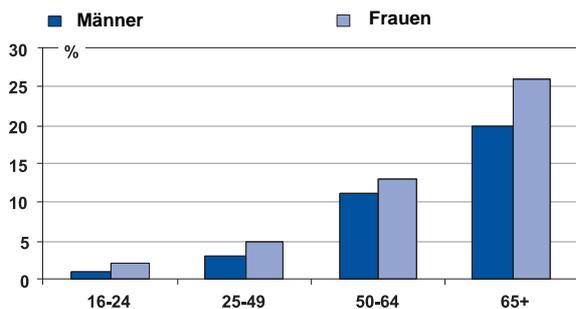
Überalterung der Erwerbsbevölkerung (1.1)

Schlüsselindikator

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Lebenserwartung, 1998																
Männer	74.5	74.1	73.6	74.1	75.5	74.4	74.6	73.4	74.9	74.1	75.1	74.6	71.7	73.5	76.7	74.6
Frauen	80.8	80.6	78.5	80.4	80.8	81.7	82.2	78.6	81.3	79.8	80.5	80.8	78.8	80.8	81.8	79.6
Lebenserwartung ohne Behinderung 1994																
Männer	60	60	61	57	63	62	60	61	60	59	59	:	55	:	:	59
Frauen	62	61	61	60	65	64	65	64	61	61	59	:	57	:	:	61

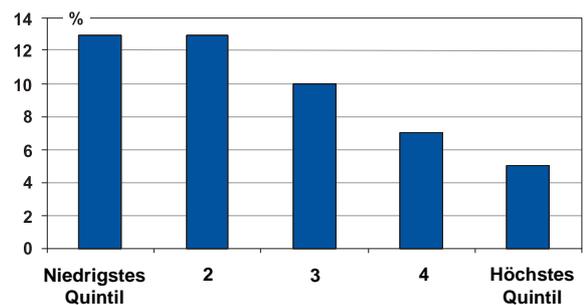
Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik und Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

Anteil der Personen die den eigenen Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht bezeichnen, nach Alter und Geschlecht, EU-15, 1995



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

Anteil der Personen die den eigenen Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht bezeichnen, nach Einkommensniveau, EU-15, 1995



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

15

ARBEITSUNFÄLLE

Im Jahr 1996 erlitten rund 4,2% der Arbeitskräfte in der EU einen Arbeitsunfall (der eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hatte). Den höchsten Anteil an den Arbeitsunfällen hat das Baugewerbe (8,0%).

Jüngere Arbeitskräfte erleiden häufiger Unfälle

Im Jahr 1996 ereigneten sich in der Union rund 4,8 Millionen Arbeitsunfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hatten. Dies entspricht einer Quote von 4 229 Arbeitsunfällen pro 100 000 Beschäftigten; anders ausgedrückt, wurden 4,2% aller Arbeitskräfte Opfer eines Unfalls am Arbeitsplatz. In EU-15 wurden 5 549 tödliche Unfälle registriert. In diesen Zahlen sind fast 90% der Erwerbstätigen Beschäftigten in der Union erfaßt.

Mit Ausnahme von Griechenland, Irland, Österreich und Schweden sinkt die Unfallhäufigkeit in allen Mitgliedstaaten. Die Zahl der tödlichen Unfälle nimmt mit steigendem Alter beträchtlich zu.

Die meisten Unfälle ereignen sich im Baugewerbe

Die Anteile schwanken selbstverständlich abhängig von der jeweiligen Tätigkeit sowie von Alter und Geschlecht der Arbeitskräfte. Am häufigsten sind Unfälle im Baugewerbe: Dort führen 8 023 Arbeitsunfälle zu einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen, und es ereignen sich rund 13 tödliche Unfälle pro 100 000 Arbeitskräfte – das sind 2mal beziehungsweise 2,5mal mehr als im Durchschnitt. Überdurchschnittlich viele Unfälle ereignen sich auch in der Landwirtschaft und im Transportsektor sowie in einigen Sektoren des verarbeitenden Gewerbes: Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken, Holz, Glas, Keramik und Baumaterialien sowie Metallerzeugung und Herstellung von Metallerzeugnissen.

Männer erleiden eher Unfälle als Frauen

Bei Männern ist die Wahrscheinlichkeit eines Arbeitsunfalls (mit einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen) fast dreimal und die Wahrscheinlichkeit eines tödlichen Unfalls fast zehnmal so hoch wie bei Frauen: 5 458 Unfällen und 7,7 tödlichen Unfällen pro 100 000 männlichen Arbeitskräften stehen 1 924 Unfälle beziehungsweise 0,8 tödliche Unfälle bei Frauen gegenüber. Dieses Verhältnis ist damit zu erklären, daß die von Männern ausgeführten Arbeiten und ihre Tätigkeitsbereiche höhere Risiken bergen als die der Frauen. Dazu kommt, daß relativ mehr Frauen einer Teilzeitarbeit nachgehen, was ihr Risiko ebenfalls verringern dürfte.

Sinkende Unfallrate

Für vier Mitgliedstaaten steht eine vergleichbare Zeitreihe zur Verfügung. Die Resultate geben Hinweise auf den allgemeinen Trend in der Entwicklung der Arbeitsunfälle in der Union von 1990 bis 1997. In Deutschland (-25%), Spanien (-5%) und Frankreich (-16%) ging die Zahl der Arbeitsunfälle pro 100 000 Beschäftigte zwischen 1990 und 1997 deutlich zurück (in den Zahlen für Deutschland sind die Jahre 1991-97 berücksichtigt). Die entgegengesetzte Entwicklung war in Dänemark zu beobachten, wo die Zahl der Arbeitsunfälle im selben Zeitraum um 17% stieg. Für Frankreich und Deutschland liegen auch über einen langen Zeitraum Daten vor: In beiden Ländern ging die Unfallhäufigkeit in den letzten vierzig Jahren deutlich zurück (-60%).

Grundsatzklärung

Im Vertrag von Amsterdam (Art. 137) heißt es, die Gemeinschaft werde die Maßnahmen unterstützen und ergänzen, die der „Verbesserung ... der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer“ dienen.

In Art. 140 ist ergänzend festgehalten, die Kommission werde „die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten“ fördern und "die Abstimmung ihres Vorgehens in allen unter dieses Kapitel fallenden Bereichen der Sozialpolitik" erleichtern, "insbesondere auf dem Gebiet ... der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten".

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Europäische Arbeitsunfallstatistik.

In den Daten sind fast 90% der Beschäftigten in der Union berücksichtigt. Es wurden nur jene Arbeitsunfälle erfaßt, die zu einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen führten. Die Quoten wurden für neun Wirtschaftsbereiche (die Abschnitte von NACE Rev. 1) berechnet. In den Daten für Irland und das Vereinigte Königreich sind Arbeitsunfälle im Straßenverkehr nicht berücksichtigt.

Literaturhinweise

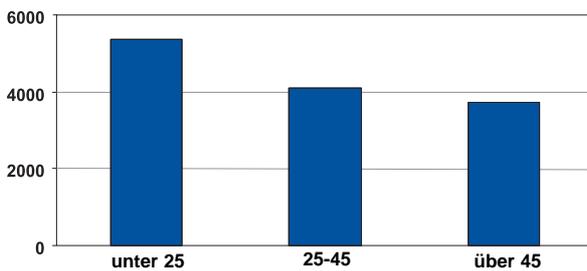
- Statistik kurzgefaßt (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Arbeitsunfälle in der Europäischen Union im Jahr 1994“, Nr. 2/1998, Eurostat.
- „Sozialporträt Europas“, 1998, Eurostat.
- „Europäische Statistik über Arbeitsunfälle – Methodologie“, Ausgabe 1998, Eurostat.
- „Ungesicherte Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union“, 1999 Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Schlüsselindikator

	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Arbeitsunfälle (1) pro 100 000 Beschäftigte, 1996																
Gesamt	4229	5059	2704	5098	3783	6736	4964	1494	4179	4741	4251	4554	7214	3372	1217	1550
Altersgruppe unter 25	5405	9127	2701	6844	3733	8491	7796	1159	5458	6524	6861	4812	8913	4566	1160	1560
Altersgruppe 45 und darüber	3735	3666	2440	4276	4242	5449	4279	1650	4238	3869	2850	6028	6379	3004	1232	1486

(1) Berücksichtigt wurden nur jene Arbeitsunfälle, die zu mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit führten.
Quelle : Eurostat - Arbeitsunfallstatistik

Arbeitsunfälle nach Altersgruppe, EU-15, 1996

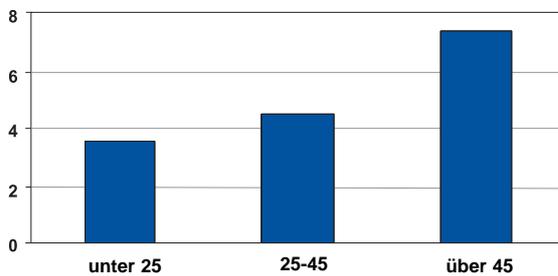


Arbeitsunfälle nach Wirtschaftszweig, EU-15, 1996



Quelle : Eurostat - Arbeitsunfallstatistik

Tödliche Arbeitsunfälle nach Altersgruppe, EU-15, 1995



Quelle : Eurostat - Arbeitsunfallstatistik

ABSCHNITT 2

DIE WICHTIGSTEN SOZIALEN ENTWICKLUNGEN

2.1. BEVÖLKERUNGSTRENDS UND ZUGEHÖRIGE THEMEN

Das vorliegende Kapitel beschäftigt sich mit den Trends und ihren Auswirkungen in den Bereichen demographische Veränderungen, Familienstruktur im Wandel und unterschiedliche Haushaltstypen sowie Erwerbsquoten von Männern und Frauen.

Kurz zusammengefasst,

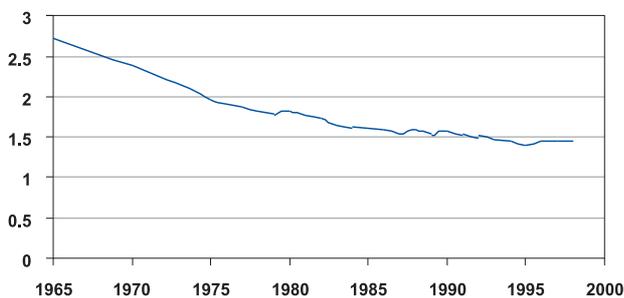
- hat die höhere Lebenserwartung in Kombination mit einem signifikanten Rückgang der Fruchtbarkeit im Verlauf der letzten dreißig Jahre zu einem raschen Übergang hin zu einer starken Überalterung der Bevölkerung geführt, die nach demographischen Extrapolationen noch mehrere Jahrzehnte hindurch andauern wird. Der Trend zur **Überalterung der Bevölkerung** wird für alle Generationen und die meisten Bereiche wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen. Seine Bedeutung für die Sozialwirtschaft, und zwar sowohl bezüglich des Angebots an als auch der Nachfrage nach sozialer Unterstützung, wird im Laufe der nächsten Jahrzehnte weiter steigen, weil die zahlenstarke Babyboomgeneration sich mittlerweile dem Pensionsalter nähert. Außerdem wächst die Gruppe der Menschen ab 80 schneller als jede andere Altersgruppe. Für das nächste Jahrzehnt ist eine Zunahme dieser Altersgruppe um 36% prognostiziert. Dieser Trend trägt zu einem Ansteigen der Nachfrage nach Sozialdiensten bei.
- **waren auch die Veränderungen bei den Haushaltstypen und in der Familiengröße und -struktur** deutlich spürbar. Es werden weniger Ehen geschlossen, und diese in einem höheren Lebensalter. Scheidungen sind häufiger als in der Vergangenheit. Die Fruchtbarkeitsziffer betrug im EU-Durchschnitt 1998 nur noch 1,45 Kinder pro Frau. Sie zählt damit zu den niedrigsten der Welt. Diese Veränderungen zeigen eine Abkehr vom bisherigen Modell des verheirateten Paares mit Kindern in Richtung kleinerer und sich häufig ändernder Haushaltsformen wie kinderlose Paare, Einpersonenhaushalte und Alleinerzieherfamilien. Die neuen Haushaltsstrukturen scheinen in den meisten Fällen stärker von einer sozialen Unterstützung von außen abhängig zu sein.
- **stellt auch die zunehmende Beteiligung der Frauen am wirtschaftlichen und sozialen Leben** eine signifikante Entwicklung dar, die in engem Zusammenhang mit den oben erwähnten Trends zu sehen ist. In den letzten drei Jahrzehnten haben sich die Bildungs- und Beschäftigungsmuster von Männern und Frauen stärker angeglichen. Heute treten mehr Frauen ins Berufsleben ein und erwerben sich so vermehrt einen Anspruch auf eigene Sozialleistungen. Trotzdem übernehmen Frauen innerhalb der Familien nach wie vor den Großteil der Betreuungsaufgaben. Es sind diese Betreuungsaufgaben, die in Zukunft voraussichtlich die Nachfrage nach Sozialdiensten erhöhen werden.

2.1.1 Le vieillissement de la population

Zur Jahrtausendwende ist die EU-Bevölkerung mit einem beschleunigten Überalterungsprozeß konfrontiert, der durch folgende Trends gekennzeichnet ist:

- **Die Lebenserwartung steigt:** Im Jahr 1998 betrug die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt 80,8 Jahre bei Frauen und 74,5 Jahre bei Männern, wodurch sich ein höherer Frauenanteil im älteren Bevölkerungssegment ergibt.
- **Die Fruchtbarkeit ist rückläufig:** Bei einem Durchschnitt von 1,45 Kindern pro Frau im Jahr 1998 war die Fruchtbarkeitsziffer in Europa zusammen mit der von Japan die niedrigste der Welt, wobei allerdings Unterschiede zwischen den nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten bestehen.

Fruchtbarkeitsziffer insgesamt (Kinder pro Frau)
EU-15, 1965 - 1995

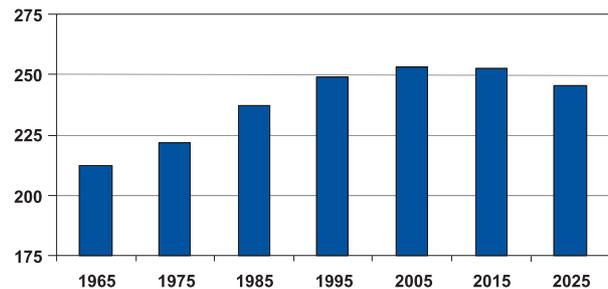


Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

- **Weniger Menschen unter 15:** Die Zahl junger Menschen ist im Verlauf der letzten dreißig Jahre um ein Fünftel zurückgegangen, und nach den Extrapolationen der statistischen Daten von Eurostat wird dieser Trend auch zu Beginn des nächsten Jahrhunderts anhalten.
- **Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird immer älter...:** Die spärlicher nachrückende junge Generation und die vermehrte Zahl von Menschen über 50 (zunehmend kommen nun die Babyboomer in dieses Alter) werden diesen Trend in Zukunft noch verstärken.
- **...und in Zukunft wird diese Bevölkerungsgruppe zahlenmäßig abnehmen:** Die nun einsetzende Pensionierung der Babyboomer zusammen mit dem rückläufigen Zustrom junger Menschen wird diese

Bevölkerungsgruppe ab etwa 2010 schrumpfen lassen.

Erwerbstätige, EU-15, 1965 - 1995



Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

- **Wachstum der Bevölkerungsgruppe ab 65...:** Der Anteil der älteren Menschen ist in der EU rasch gestiegen (Menschen ab 65: 10,6% der Gesamtbevölkerung 1960, 15,9% 1998). Dieser Trend wird in den ersten Jahrzehnten des nächsten Jahrhunderts eine noch wichtigere Rolle spielen, weil dann auch die Babyboomer in diese Altersgruppe fallen.

Der Prozeß des Fruchtbarkeitsrückgangs begann in den sechziger Jahren, zuerst in den nordischen und ein Jahrzehnt später auch in den mediterranen Mitgliedstaaten. Die nordischen Mitgliedstaaten haben allerdings ab Mitte der achtziger Jahre bis Anfang der neunziger Jahre einen neuerlichen Fruchtbarkeitsanstieg erlebt. Heute findet man die niedrigsten Fruchtbarkeitsziffern in den mediterranen Mitgliedstaaten, wobei Spanien und Italien mit weniger als 1,2 Kindern pro Frau hier an unterster Stelle liegen. Dies impliziert, daß in den südlichen Mitgliedstaaten eine raschere Überalterung stattfindet als in den nördlichen.

- **...und ein immer rascher wachsender Anteil der sehr alten Menschen:** Die Zunahme der Menschen über 80 Jahren war der deutlichste Trend im Zuge der Bevölkerungsüberalterung. Extrapolationen zeigen, daß ihre Gesamtzahl im nächsten Jahrzehnt um ein Drittel steigen wird.

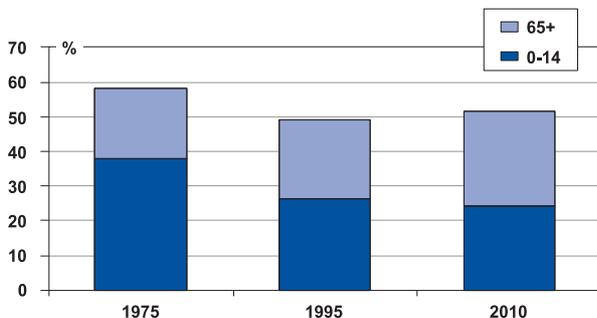
Jüngste Trends in der Bevölkerungsbewegung und Urbanisierung zeigen, daß die Migrationsmuster je nach Alter und Stadium des Lebenszyklus variieren. Als eine Folge dieser altersspezifischen Migrationsmuster läßt sich der Überalterungsprozeß durch Bevölkerungsbewegungen in vielen Regionen mildern oder verstärken. Daher können Angebot und Nachfrage nach Pflegeeinrichtungen auch durch Migrationsbewegungen beeinflusst werden. Dabei handelt es sich um Faktoren, die bei der Einschätzung der zukünftigen Bereitstellung von Sozialdiensten nicht ignoriert werden dürfen.

Folgen dieser Entwicklung

Im folgenden sind die wichtigsten demographischen Folgewirkungen der oben beschriebenen Trends angeführt:

a) Zunahme der "abhängigen" Bevölkerung: Das Verhältnis der Bevölkerungsgruppen zwischen 0 und 14 sowie ab 65 Jahren zur Bevölkerungsgruppe im Alter von 15 bis 64 (unter einem rein demographischen Gesichtspunkt zumeist als "Gesamtbelastungsquotient" bezeichnet) ist infolge des Fruchtbarkeitsrückgangs in der EU von 58%

Junge und ältere Bevölkerungsgruppen im Verhältnis zu den 15-64jährigen, EU-15, 1975, 1995 et 2010



Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

Mitte der siebziger Jahre auf 49% Mitte der neunziger Jahre zurückgegangen (der Rückgang junger "abhängiger" Menschen war größer als die Zunahme "abhängiger" alter Menschen). Dieses Verhältnis wird jedoch voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten steigen, weil dann die Babyboomer einen verstärkten Überalterungsprozeß auslösen werden.

Σ Mehr alte und weniger junge Menschen: In der Vergangenheit machte die jüngere Bevölkerung den Großteil der "Abhängigen" aus, während die meisten "Abhängigen" im einundzwanzigsten

Jahrhundert infolge der höheren Lebenserwartung, vor allem der Frauen, ältere Menschen sein werden.

b) Entwicklung potentieller informeller Betreuungseinrichtungen: In Anbetracht der beiden Hauptbetreuungskategorien, also der Kinderbetreuung und der Betreuung alter Menschen, muß der potentielle Umfang informeller Betreuungseinrichtungen berücksichtigt werden.

- Bezüglich der Betreuungseinrichtungen für die rückläufige Zahl jüngerer Menschen ist es wahrscheinlich, daß der Druck auf die Generationen der Eltern und Großeltern nachlassen wird.
- Dagegen muß die informelle Betreuung älterer Menschen stärker berücksichtigt werden. In den meisten Mitgliedstaaten wird sich die Gruppe der Menschen ab 80 in den nächsten zwanzig Jahren noch auf eine größere Anzahl von Kindern stützen können (durchschnittlich über 2 Kinder pro altem Menschen).

Der demographische Trend in Richtung einer steigenden Zahl älterer Menschen, vor allem ab 80 und darüber, in Kombination mit einem Rückgang der durchschnittlichen Dauer des Arbeitslebens infolge längerer Ausbildungszeiten und erzwungener Pensionierung, haben zu einem potentiellen neuen Druck auf die Beziehungen zwischen den Generationen geführt, und in der Folge kann auch die Gewährleistung der Pensionen sowie der Pflege- und Gesundheitssysteme zunehmend unter Druck geraten.

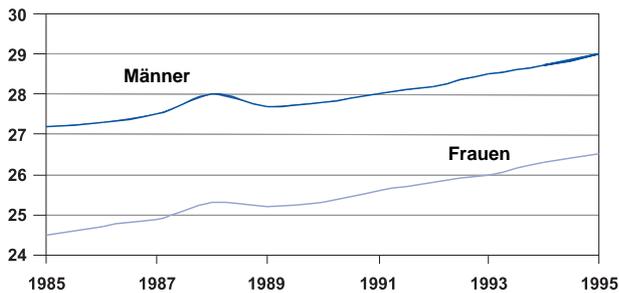
2.1.2 Änderungen im Verhalten

Im Wandel befindliche Haushalts- und Familienmuster

Die Struktur der Familien ist in den EU-Mitgliedstaaten infolge der Änderungen bei den Verhaltensmustern im Zusammenhang mit Heirat, Familiengründung und Familienauflösung einem Wandel unterworfen:

- **Weniger und spätere Ehen:** Überall in der EU sind die Eheschließungsraten rückläufig und haben 1998 einen Stand von 5,1 pro 1000 gegenüber 7,9 im Jahr 1960 erreicht. Zugleich wird das Eheschließungsalter immer höher.

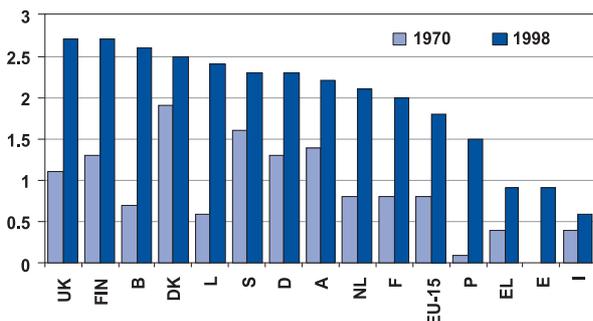
Durchschnittsalter bei erster Eheschließung, EU-15, 1985 - 1995



Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

- **Höhere Scheidungshäufigkeit:** Ehen halten immer seltener, und die Scheidungsraten sind bereits relativ hoch, vor allem in den nordischen Mitgliedstaaten und im Vereinigten Königreich.
- **Häufigeres Zusammenleben unverheirateter Paare...:** Das Zusammenleben unverheirateter

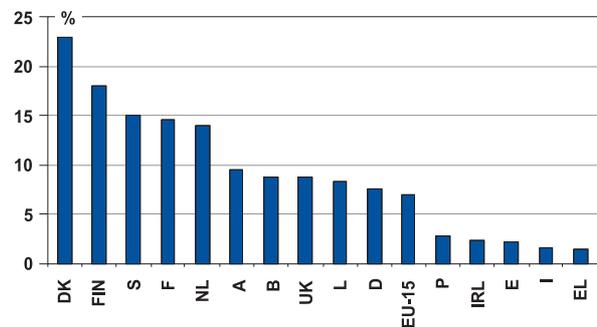
Scheidungen pro 1000, 1970 und 1998



Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

Paare ist in den nordischen Mitgliedstaaten weit verbreitet und betrifft etwa eines von vier Paaren, wobei es vor allem unter den jüngeren Bevölkerungsgruppen häufig anzutreffen ist. Auch in den mediterranen Mitgliedstaaten ist ein Anstieg der unverheiratet zusammenwohnenden Paare zu verzeichnen, ihre Zahl ist jedoch noch nicht von großer Bedeutung.

Prozentsatz der Personen, die (als Paare) zusammenleben, 1995



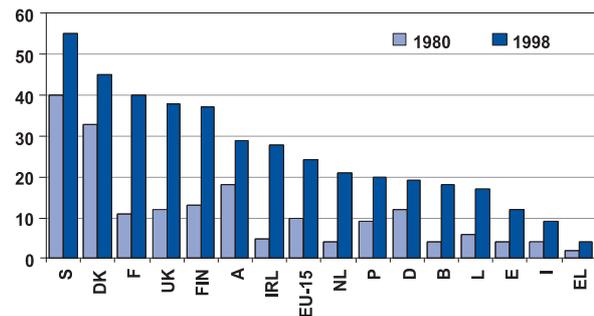
Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

- **...und in der Folge mehr außereheliche Geburten:** Eine von vier Geburten in der EU entfällt derzeit auf unverheiratete Paare, wobei es hier allerdings beträchtliche Unterschiede zwischen den nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten gibt.

Und das sind die wichtigsten Haushaltstrends:

- **Mehr, aber kleinere Haushalte:** Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat abgenommen, die absolute Zahl der Haushalte zugenommen. Mehr Menschen

Prozentsatz der Außerehelichen Lebendgeburten, 1980 und 1998



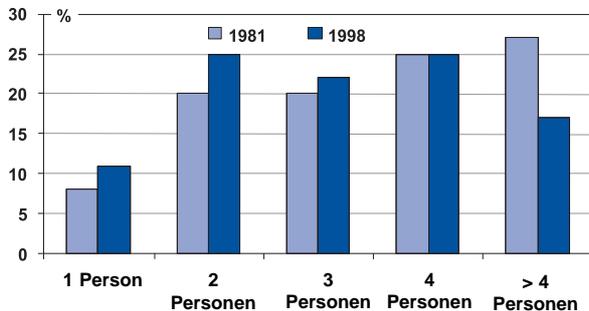
Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

leben heute in kleineren Haushalten, während der Anteil jener, die in Vier- und Mehrpersonenhaushalten leben, rückläufig ist.

Ergebnisse dieser Trends sind ein zunehmender Wandel der Haushaltsform, eine Verringerung der Haushaltsgröße und alternative Familienformen sowie die immer häufiger werdenden Nicht-Familienhaushalte, wobei hier allerdings beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten auftreten (Nord-Süd-Kluft)

- **Die typische Kernfamilie ist nach wie vor die Regel:** In den EU-Mitgliedstaaten ist die aus einem Paar mit Kindern bestehende Familie weiterhin die häufigste Haushaltsform (55% der Bürger der Union leben in solchen Haushalten), doch ihre Bedeutung nimmt langsam ab. Der Anteil der kinderlosen Paare hingegen steigt (1995: 19%).
- **Anstieg der Alleinerzieher-Haushalte:** 1995 lebten 7% der EU-Bevölkerung in Familien mit nur einem Elternteil, in den meisten Fällen (90%) war es die Mutter.

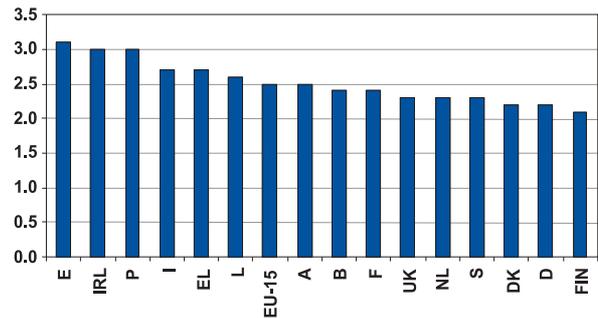
Bevölkerung nach Haushaltsgröße, EU-15, 1981 und 1998



Quelle Eurostat - Volkszählung (1981) und Arbeitserhebung (1998)

- **Immer weniger erweiterte Haushalte:** Zahl und relative Bedeutung der Haushalte, die aus einer Kernfamilie plus einem oder mehreren weiteren Menschen (beispielsweise den Großeltern) oder aus zwei oder mehr Familien bestehen, nehmen graduell ab, sind jedoch in den mediterranen Mitgliedstaaten nach wie vor sehr wichtig.
- **Zunahme der Einpersonenhaushalte:** Zunehmend mehr Erwachsene, vor allem ältere Menschen, leben in Einpersonenhaushalten. 1995 entfielen 11% der Menschen EU-weit auf diesen Haushaltstyp, was 26% aller Haushalte entspricht. Der Anteil der Menschen, die allein leben, erhöht sich mit dem Alter (10% der Menschen zwischen 20 und 64 leben

Durchschnittliche Haushaltsgröße, 1998



Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

allein, 28% in der Altersgruppe der 65-79jährigen und 45% in der Altersgruppe ab 85). Daher spielt die Alterung der Bevölkerung eine bedeutende Rolle bei der Zunahme der Einpersonenhaushalte.

Gibt es Unterschiede in den Familienmustern der einzelnen EU-Mitgliedstaaten?

Obwohl die Tendenz zur Auflösung der Haushalte, zur Individualisierung und geringeren Abhängigkeit von der Familie allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsam ist, kann die Situation der Haushalte/Familien keineswegs als homogen bezeichnet werden. Die unterschiedlichen Gesellschaftsmodelle behalten wichtige Unterschiede in der Art und Weise bei, wie die Familie oder die Gemeinschaft den Rahmen der Lebensbedingungen definiert:

- Die konventionellsten Familienmuster und Haushaltsformen finden wir in den **südlichen Mitgliedstaaten und in Irland**. In diesen Mitgliedstaaten liegt die Scheidungsrate niedriger und das Zusammenleben unverheirateter Paare und uneheliche Geburten sind seltener. Auch die Haushaltsform wechselt nicht so oft, und die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt über dem europäischen Durchschnitt, nämlich zwischen 3,1 bis 3,4 Personen pro Haushalt. Einpersonenhaushalte machen nur etwa ein Zehntel (zwischen 8,7% in Portugal und 13,5% in Irland) der gesamten Zahl der Haushalte aus, während der Anteil der Vier- und Mehrpersonenhaushalte über 40% beträgt. Dies infolge des hohen Anteils jüngerer Menschen zwischen 16 und 30, die noch bei ihren Eltern leben (in Italien bis zu zwei Drittel), und infolge der Zahl von Dreigenerationenhaushalten (am häufigsten in Griechenland mit über 20% aller Haushalte). Andererseits haben hier Haushalte mit einem kinderlosen Paar oder Alleinerzieherhaushalte nur geringe Bedeutung.

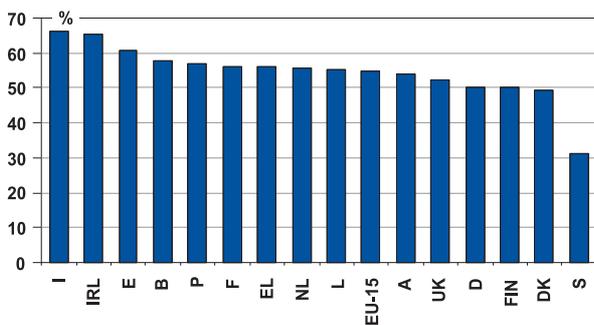
Schließlich weisen die mediterranen Mitgliedstaaten auch den geringsten Anteil der Sozialleistungen für Familien/Kinder an den insgesamt erbrachten Sozialleistungen auf: 2% in Spanien, 3,6% in Italien, 5,6% in Portugal, 8,3% in Griechenland, verglichen mit einem EU-Durchschnitt von 8% im Jahr 1996. Dies läßt darauf schließen, daß nach wie vor viele Funktionen (vor allem die Betreuungsarbeit) von der Familie übernommen werden.

- Die nordischen Mitgliedstaaten entwickeln sich dagegen in Richtung eines Übergangs hin zu den neuen und kleineren Haushaltstypen. Diese Länder sind durch einen hohen Anteil von Einpersonenhaushalten (zwischen 29 und 31% der gesamten Haushalte) und nur 20% Vier- und Mehrpersonenhaushalte gekennzeichnet. Die nordischen Mitgliedstaaten zeigen auch den geringsten Anteil von Kindern im Alter zwischen 16 und 30, die noch bei ihren Eltern wohnen (zwischen 24% und 34%) – zugleich mit einem höheren Anteil an Haushalten kinderloser Paare – und den geringsten Anteil an Dreigenerationenhaushalten (3%). Die Veränderungen in den Haushaltsformen gehen auf die hohen Scheidungsraten zurück (mehr als 4 von 10 Ehen, die 1980 geschlossen

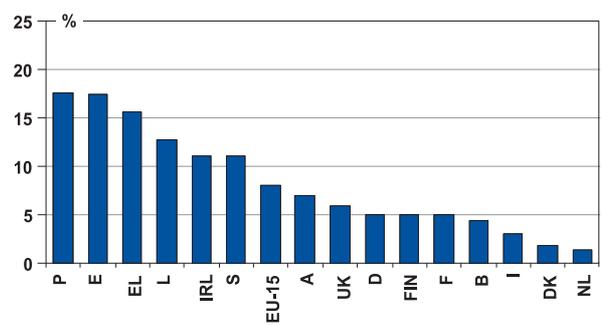
wurden, werden voraussichtlich geschieden werden, verglichen mit 2 aus 10 für 1960 geschlossene Ehen). In der Folge ist die relative Bedeutung der Alleinerzieherhaushalte groß, während der aus einem Paar mit Kindern bestehende Haushalt weniger verbreitet ist. Das Zusammenleben unverheirateter Paare ist sehr häufig, und etwa die Hälfte aller Geburten entfällt auf nicht verheiratete Eltern. Schließlich ist bei den nordischen Mitgliedstaaten auch eine signifikante Entwicklung ihrer interventionistischen Familienpolitik festzustellen: familien/kinderbezogene Sozialleistungen machen über 10% der gesamten Sozialleistungen aus.

- In den anderen EU-Mitgliedstaaten sind die Haushalte bezüglich der Entwicklung neuer Familienmuster und unterschiedlicher familienfreundlicher öffentlicher Einrichtungen sowie politischer Strategien zwischen diesen beiden "Extremen" angesiedelt. Verschiedene Kombinationen aus finanzieller Familienförderung, Kinderbetreuungseinrichtungen, Möglichkeiten eines Elternurlaubs, familienfreundlichen steuerpolitischen Maßnahmen, zeitlich günstigen Schulmodellen, Einkommens-Basissubventionen etc. bestimmen die einzelnen nationalen Modelle.

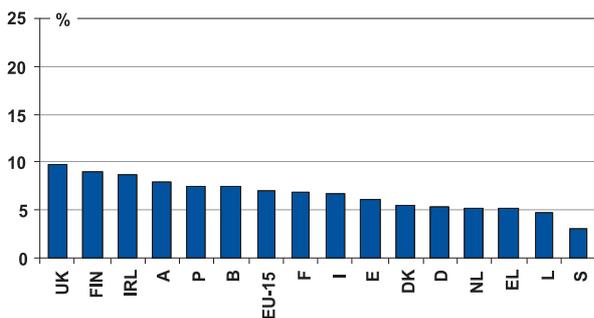
Prozentsatz der Menschen, die in aus einem Paar mit Kindern bestehenden Haushalten leben, Daten 1995



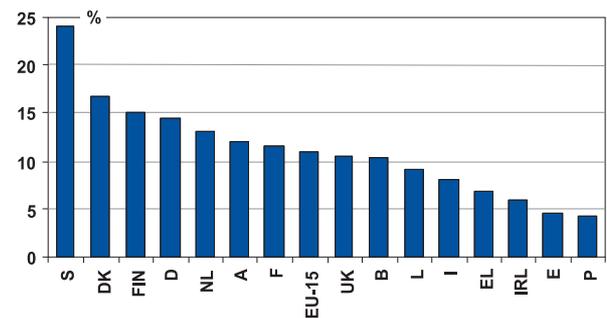
Prozentsatz der Menschen, die in erweiterten Haushalten leben, Daten 1995



Prozentsatz der Menschen, die in Alleinerzieherhaushalten leben, Daten 1995



Prozentsatz der Menschen, die in Einpersonenhaushalten leben, Daten 1995



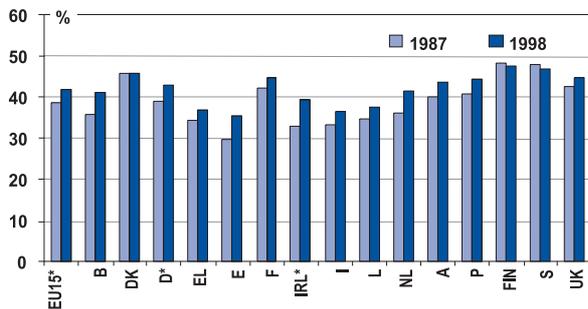
Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt und Wandel in der Beziehung der Geschlechter

In den vergangenen dreißig Jahren haben sich die männlichen und weiblichen Muster von Schul- und Berufsbildung und Arbeitslosigkeit einigermaßen angenähert. Und das sind die wichtigsten Charakteristika dieser Entwicklung:

- **Steigendes Ausbildungsniveau der Frauen:** Mitte der neunziger Jahre übertrafen die Frauen die Männer sowohl in der Sekundarstufe II (103 Frauen /100 Männer in der Gemeinschaft der 15) als auch im Tertiärbereich (104 Frauen/100 Männer).

Beschäftigungsanteil der Frauen 1987 et 1998



(*) BRD 1987, D 1998. IRL 1997 anstatt 1998

Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

- **Rückläufige Beteiligung der Männer am Arbeitsmarkt:** Die Verlängerung der Ausbildungszeit für junge Menschen und der Trend während der letzten beiden Jahrzehnte in Richtung eines immer früheren Ausstiegs aus dem Arbeitsmarkt haben die männliche Präsenz auf dem Arbeitsmarkt deutlich verringert.

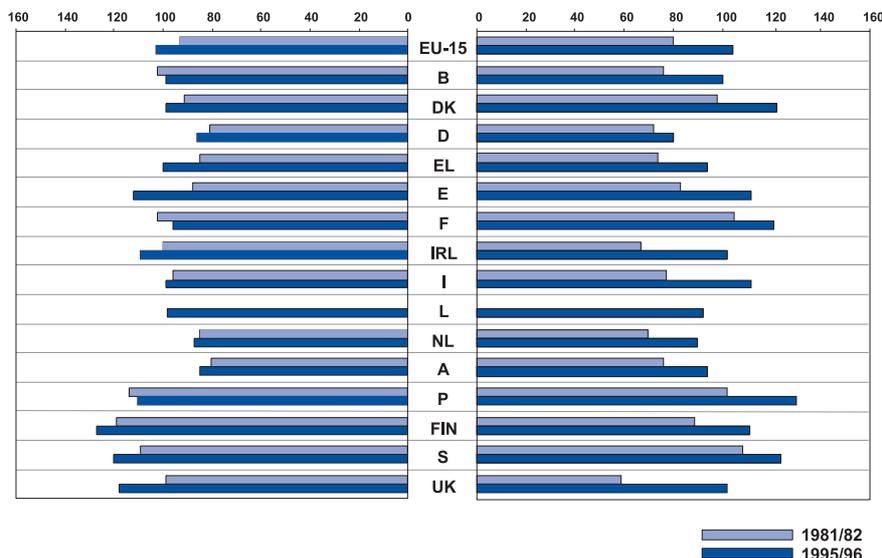
- **Zunehmende Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt, ...:** Die Erwerbsquoten der Frauen sind zwischen Mitte der achtziger und Mitte der neunziger Jahre angestiegen, während die der Männer rückläufig waren, wodurch sich die Erwerbsquoten beider Geschlechter einander angenähert haben. Zwischen 1987 und 1997 entfielen EU-weit 90% der zusätzlichen Beschäftigung auf Frauen. Somit ist ihr Beschäftigungsanteil im selben Zeitraum um beinahe 3 Prozentpunkte von 39% auf 42% gestiegen.

Ist die Zahl minderjähriger Kinder für die Erwerbsquoten der Frauen bestimmend?

Die weibliche Berufstätigkeit scheint immer weniger von der Zahl der minderjährigen Kinder abzuhängen, doch es gibt hier trotzdem nach wie vor Unterschiede: Wir verzeichnen eine beträchtliche Abnahme der Erwerbsquoten wegen eines oder mehrerer minderjähriger Kinder im Alter von 0-5 Jahren in Mitgliedstaaten wie Deutschland, Frankreich und im Vereinigten Königreich. Dagegen bleiben die Erwerbsquoten für Frauen in Belgien und Portugal insgesamt relativ stabil. Siehe weibliche Beschäftigung (1.12).

- **...die bei der jüngeren Generation stärker ins Gewicht fällt:** Der Unterschied bei den Erwerbsquoten zwischen Männern und Frauen ist bei der jüngeren Generation geringer. Daher wird die Beschäftigung unter den Frauen, wenn erst die besser ausgebildeten, jüngeren Frauen auf den Arbeitsmarkt drängen, weiterhin steigen.

Trends bei der Beteiligung von Frauen an Bildungsgängen der Sekundarstufe II und im Tertiärbereich pro 100 Männer, 1981/82 und 1995/96



Quelle : Eurostat - UOE (Unesco, OECD, Eurostat) Fragebögen zur Schulbildung

- **... aber zwischen den EU-Mitgliedstaaten bestehen wesentliche Unterschiede:** Während sich in den nördlichen Mitgliedstaaten die weiblichen Erwerbsquoten denen der Männer beinahe angeglichen haben – vor allem in Finnland (6,1 Prozentpunkte Unterschied) und Schweden (6,5 Prozentpunkte)–, bleibt ein Gefälle vor allem in Griechenland, Spanien, Irland, Italien und Luxemburg bestehen (rund 30 Prozentpunkte).
- **Zukünftige Trends weiblicher Berufstätigkeit:** Die gegenwärtigen Trends zeigen an, daß die Erwerbsquoten der Frauen weiterhin steigen könnten. Die sich schließende Kluft zwischen jungen Frauen und jungen Männern hinsichtlich ihrer Einbindung in den Arbeitsmarkt sollte sich zusätzlich in Form eines Generationeneffekts bei der weiblichen Berufstätigkeit auswirken, die in Zukunft mit der männlichen Schritt halten wird. Diese Entwicklung wird wahrscheinlich durch das von der jüngeren Generation erreichte höhere Ausbildungsniveau noch verstärkt.

Trotz der erzielten Fortschritte bleiben Unterschiede zwischen der Berufstätigkeit von Männern und Frauen bestehen: Die zunehmende weibliche Beteiligung am Arbeitsmarkt bedeutet nicht, daß die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bereits völlig abgeschafft werden konnte. Konkret verzeichnen wir folgende Situation:

- **Eine geringere Erwerbsquote von Frauen beim selben Ausbildungsniveau:** Frauen mit demselben Ausbildungsniveau wie Männer wiesen in der Altersgruppe zwischen 25 und 39 durchgehend geringere Erwerbsquoten auf, vor allem in Griechenland, Irland und Italien, wobei in den höheren Altersgruppen die Disparitäten noch größer sind.
- **Weibliche Beschäftigungsmuster wiesen eine geringere Kontinuität auf:** Ein bedeutsamer Prozentsatz der Frauen verläßt den Arbeitsmarkt auch weiterhin, wenn sich Kinder einstellen, allerdings kehren viele Frauen zurück, sobald die Kinder größer geworden sind.
- **Höhere weibliche Arbeitslosigkeit:** In den meisten EU-Mitgliedstaaten (außer in Irland, Schweden und im Vereinigten Königreich) besteht für Frauen ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden, als für Männer.
- **Mehr Frauen in Teilzeitjobs:** Frauen arbeiten viel häufiger als Männer in Teilzeitjobs, aber auch hier variieren die Daten deutlich von einem Mitgliedstaat zum anderen (68% in den Niederlanden gegenüber 11% in Griechenland).
- Ein höherer Frauenanteil findet sich in eher **atypischen Formen der Beschäftigung** wie Zeitarbeit, Familienarbeit, Heimarbeit und inoffiziellen Tätigkeiten.

...und auch zu Hause bleibt die Ungleichheit bestehen

Das vermehrte Engagement der Frauen in der Erwerbsarbeit war nicht durch eine ins Gewicht fallende Neuverteilung der Arbeit im Haushalt begleitet, wobei Frauen in allen außer den nordischen Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich (siehe Statistik-Anhang) über 80% der Aufgaben im Haushalt übernehmen. Die Ungleichheiten in der Behandlung der Geschlechter und in der Aufteilung der Aufgaben zwischen Männern und Frauen sind in Griechenland, Spanien, Irland, Italien und Luxemburg am deutlichsten, während sie in den nordischen Mitgliedstaaten weniger bedeutsam zu sein scheinen.

Folgen

Nachstehend einige Folgen des Wandels in den Familien/Haushalten und der neuen Beziehung zwischen den Geschlechtern für die Bereitstellung sozialer Unterstützung:

- **Die neuen Haushaltstypen könnten den Familienzusammenhalt schwächen ...:** Die Zunahme kleinerer und häufig wechselnder Haushaltsformen könnte die innerfamiliären Solidaritätsnetze schwächen und Betreuungsarbeit innerhalb der Familie schwieriger gestalten.
- **... und zu einer steigenden Nachfrage nach Sozialdiensten führen:** Eine signifikante Zahl alleinerziehender Eltern und Einpersonenhaushalte verfügen nur über geringe Einkommen und eingeschränkte familiäre Unterstützung und hängen daher von verschiedenen Formen von Sozialhilfe ab. Dies trifft vor allem für die nordischen Mitgliedstaaten zu.
- **Die neue Beziehung zwischen den Geschlechtern führt zu einer Steigerung der außerfamiliären Betreuung ...:** Da mehr Frauen im arbeitsfähigen Alter – die traditionell hauptsächlich die Betreuungsarbeit übernommen haben – einer außerhäuslichen Beschäftigung nachgehen, die sie auch beibehalten, stehen weniger Menschen zur Betreuung der von der Familie Abhängigen zur Verfügung. Daher wurde das öffentliche und private Angebot an Betreuungseinrichtungen in vielen Mitgliedstaaten erweitert, vor allem in jenen Ländern, in denen die weibliche Erwerbsquote höher ist.
- **...aber die Betreuung in der Familie spielt immer noch eine wichtige Rolle:** Überall in der EU berich-

teten beinahe 40% der Männer und über 80% der Frauen mit Kindern, die länger als 30 Stunden wöchentlich arbeiten, sie würden über 4 Stunden Kinderbetreuung täglich verrichten, und 5% der Männer und 9% der Frauen in derselben Gruppe betreuen ältere und behinderte Verwandte länger als 4 Stunden pro Tag. In den mediterranen Mitgliedstaaten, in denen die öffentliche und über

den Markt angebotene soziale Unterstützung weniger entwickelt ist, in denen noch immer die erweiterte Kernfamilie vorherrscht und die weiblichen Erwerbsquoten niedriger sind, spielt die informelle Betreuung eine wichtige Rolle.

2.1.3 Zukünftiger Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot sozialer Unterstützung

Was die Folgen betrifft, so zeigen die im zweiten Abschnitt dieses Kapitels vorgelegten Informationen, daß es in den nächsten zwanzig oder dreißig Jahren wahrscheinlich zu einer erhöhten Nachfrage nach Sozialdiensten kommen wird, was vor allem auf die einzigartige Kombination zweier Trends zurückzuführen ist. Einerseits kommt es zu einer raschen Überalterung der Bevölkerung, andererseits sind einige wichtige Verhaltenstrends in der europäischen Gesellschaft zu verzeichnen, die sich auf die Haushaltsgröße, die Familienstrukturen, die Beschäftigungssituation und die Migrationsmuster beziehen, die weitreichende Auswirkungen auf die Unterstützung durch die Familie überall in den Mitgliedstaaten haben.

Sollten die gegenwärtigen Trends anhalten, wird sich wahrscheinlich das allgemeine Ungleichgewicht zwischen Bedarf und Angebot an Unterstützung für Familien durch die wachsende Nachfrage und die Beschränkungen, denen das Angebot unterworfen ist, noch verschärfen.

Insbesondere

- **nimmt die Bevölkerungsgruppe der jungen Menschen** in der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten zahlenmäßig ab, wenn auch unterschiedlich rasch. Dieser Rückgang wird voraussichtlich in den mediterranen Mitgliedstaaten besonders drastisch ausfallen, was die Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen aller Voraussicht nach verringern wird.
- verändert sich die **Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter** signifikant. Nach mehreren Jahrzehnten des Wachstums wird die demographische Entwicklung zu einer Umkehrung dieses Trends führen. Wenn die

jüngere Generation länger im Ausbildungsprozeß bleibt und größtmäßig rasch abnimmt, wird sich ihre relative Lage bezüglich Jobs und Einkommen nach den in den letzten Jahrzehnten zu beobachtenden Einbrüchen verbessern. Der wichtigste Aspekt der Veränderungen innerhalb der Gruppe der Erwerbsfähigen ist ihre rasche Überalterung, d. h. der erhöhte Anteil von Menschen im Alter von 50 und darüber zu einer Zeit, in der die technologischen Veränderungen laufende Umschulungen erfordern. Dies unterstreicht die Bedeutung der Entwicklung des lebenslangen Lernens.

- Obwohl sich die Lebenserwartung seit den fünfziger Jahren um 8 bis 10 Jahre erhöht hat, **ist die Beteiligung älterer männlicher Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt** (60-64 Jahre) von beinahe 80% auf nur noch rund 30% zurückgegangen. Der Trend während der letzten zwanzig Jahre in Richtung eines immer früheren Ausstiegs aus dem Berufsleben hat auch die Beteiligungsquoten der männlichen Arbeitnehmer zwischen 50 und 60 drastisch verringert. Dies mag in einigen Fällen als Ergebnis des verbreiteten Wunsches nach mehr Freizeit betrachtet werden, weil die Gesellschaft und auch der einzelne immer wohlhabender werden. Doch eine Eurobarometer-Umfrage zeigt, daß zumindest 40% der Frührentner ihren Austritt aus dem Arbeitsmarkt als primär unfreiwillig betrachten und in irgendeiner Weise gern auch weiterhin erwerbstätig gewesen wären. Der Trend spiegelt insbesondere die geringen Erwerbsquoten männlicher Arbeitnehmer über einem gewissen Alter wider, das typischerweise mit Umstrukturierungsmaßnahmen assoziiert wird. Ein frühzeitiger Ausstieg aus dem Arbeitsleben war im Zeitraum 1986 bis 1997 für einen Rückgang um mehr als 6 Prozentpunkte bei der Beteiligung von Männern im Alter von 55-64 Jahren am Arbeitsmarkt verantwortlich, der im Gegensatz zu einer leichten Steigerung um 4 Prozentpunkte bei den Frauen steht, allerdings ausgehend von einem

niedrigeren Anfangsniveau. Wenn Europa die gegenwärtigen Trends zu einem frühzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben beibehält, wird die Überalterung der Erwerbsbevölkerung zu einer Arbeitskräfteknappheit und einer drastischen Belastung durch die Abhängigkeit der alten Menschen führen. Zugleich gehen Arbeitnehmer gegenwärtig um 5 bis 10 Jahre früher in Pension als ihre Eltern, während sie im Durchschnitt gesünder sind und wahrscheinlich zwischen 6 und 8 Jahren länger leben werden. Als Folge des frühen Ausstiegs aus dem Erwerbsleben und der beträchtlichen Zugewinne in der Lebenserwartung verzeichnen wir heute eine zunehmende Zahl gesünderer Menschen zwischen 60 und 70, die gern weiterhin aktiv und sozial eingebunden wären, nachdem sie ihre Berufslaufbahn beendet haben. Dieses Thema wird detailliert im letzten Kapitel des vorliegenden Abschnitts behandelt, das sich mit der sozialen Beteiligung befaßt.

- Abhängige ältere Menschen, die vor allem der Gruppe der 75jährigen und noch Älteren angehören, werden zwischen 2000 und 2010 von 9 auf 11 Millionen anwachsen, während in der Altersgruppe von 60 bis 74 kaum Veränderungen erwartet werden, so daß weiterhin eine relativ hohe Zahl potentieller informeller Betreuungspersonen für abhängige ältere Menschen zur Verfügung steht. Doch der Quotient für das Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen (den 75jährigen und Älteren und den Menschen zwischen 60 und 74 Jahren) wird sich in

den Jahrzehnten nach 2010 rasch erhöhen. Bei der Betrachtung des Themas Überalterung über das nächste Jahrzehnt hinaus muß daher viel stärker auf die 60-70jährigen geachtet werden.

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Die bestehende Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und einige der neueren Trends, wie die Verbreitung von Teilzeitjobs (die vor allem von Frauen übernommen werden), bestätigen das Fortdauern der Geschlechterrollen, wobei den Frauen der Großteil der Arbeitslast als Betreuungspersonen überlassen bleibt. Doch die steigenden zukünftigen Betreuungsanforderungen und der zunehmende Wunsch der Frauen, sich besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, können zu Spannungen zwischen Familienaufgaben und Berufstätigkeit führen. Dieses Ungleichgewicht läßt sich nur mit einem höheren Maß an Gleichstellung der Geschlechter (mit weiteren Fortschritten in der Aufteilung der Familienaufgaben zwischen Männern und Frauen) und durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer wie Frauen bewältigen. Trotzdem scheinen die neuen Haushaltsstrukturen in den meisten Fällen stärker von einer sozialen Hilfestellung von außen abhängig zu sein.

2.2. LEBENSBEDINGUNGEN

Das vorliegende Kapitel soll einige Themenkreise aus dem umfassenden Gebiet der Lebensbedingungen der Bevölkerung behandeln und dabei insbesondere jene ansprechen, die sich möglicherweise im Zusammenhang mit einem zunehmenden Bedarf an Sozialdienstleistungen ergeben könnten. Es beginnt mit einer Beschreibung der vier "Sozialfürsorgesysteme" in Europa, die nicht nur eine wesentliche Rolle bei der gegenwärtigen Verteilung und Höhe des Lebensstandards in den einzelnen Mitgliedstaaten spielen, sondern auch eine bedeutende Dimension in der Betrachtung denkbarer zukünftiger sozialer Entwicklungen eröffnen.

Das Kapitel befaßt sich konkret mit den Fragen der Verbrauchsausgaben, der Wohnsituation, des Gesundheitszustandes und der Beschäftigungssituation und schließt mit einer Betrachtung über die Bedeutung der Bildung im umfassenderen Kontext der allgemeinen Lebensbedingungen.

Kurz zusammengefaßt:

- Die Verbrauchsausgabenmuster für die EU zeigen im Vergleich zur Einkommenshöhe einige bedeutende Unterschiede bei der Verwendung des Haushaltsbudgets. Haushalte mit geringeren Einkommen setzen einen signifikant höheren Anteil ihrer Verbrauchsausgaben für Wohnen und Essen ein, nämlich etwa 52%, verglichen mit nur 35% bei Gruppen mit höheren Einkommen.
- Die allgemeine Wohnsituation hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte im allgemeinen verbessert, wobei jedoch gefährdete Gesellschaftsgruppen über ernsthafte Probleme mit der Finanzierung adäquater, ihren Bedürfnissen entsprechender Wohnungen klagen. Viele ältere Leute leben allein und haben ganz spezielle Wohnbedürfnisse, die durch den derzeitigen Wohnungsbestand nicht befriedigt werden, was einen Bedarf im Bereich der sozialen und medizinischen Betreuung schafft. Der steigende Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft könnte diese Situation noch verschärfen und zu einem zusätzlich erhöhten Betreuungsbedarf führen.
- EU-Bürger leben länger und gesünder als jemals zuvor. Doch steigende Erwartungen an das Gesundheitswesen in Kombination mit der Überalterung der Bevölkerung werden ein erhöhtes Bedürfnis nach effektiven Gesundheits- und Betreuungseinrichtungen für ältere Bevölkerungsgruppen, vor allem für Frauen, bewirken. Es gibt auch Hinweise darauf, daß in der Gesellschaft verbreitete schlechte Lebensgewohnheiten, wie zum Beispiel Rauchen oder unzweckmäßige Ernährung, weiterhin bestehen bleiben und den Gesundheitszustand des einzelnen nachteilig beeinflussen werden. Die Menschen müssen in jungen Jahren umfassend über die mit derartigen Lebensgewohnheiten einhergehenden Gesundheitsrisiken informiert werden, damit in Zukunft ein gesundes Altern gewährleistet wird.
- In den letzten Jahren stieg das Bildungsniveau in der EU konstant an. Zugleich hat sich die Konkurrenz beim Eintritt ins Arbeitsleben verschärft, so daß der Qualifikationsdruck für junge Menschen ansteigt. Gegenwärtig verläßt noch immer ein beträchtlicher Anteil der jungen Menschen das Bildungssystem ohne Sekundarschulabschluß. Diese Jugendlichen sind dann mit größeren Schwierigkeiten konfrontiert, sobald es darum geht, eine Beschäftigung zu finden und ihr Potential in die Gesellschaft einzubringen. Es handelt sich hierbei um eine Gruppe, die Gefahr läuft, ausgegrenzt zu werden, und die Hilfestellung in Form von Berufsberatung, Arbeitserfahrung und Weiterbildungsmöglichkeiten benötigt.

DIE EUROPÄISCHEN SOZIALFÜRSORGESYSTEME

Im vorliegenden Abschnitt wird das Wesen der europäischen Sozialfürsorgesysteme oder Systemgruppen erörtert. Natürlich bestehen in einzelnen Bereichen deutliche Unterschiede zwischen diesen Systemen, und wir beginnen mit einer Erläuterung dessen, wie sich die nationalen Ausformungen in einzelnen Aspekten unterscheiden können.

Von "unten" betrachtet erscheinen die Systeme der sozialen Sicherheit der Mitgliedstaaten stark unterschiedlich, ja sogar so verschieden, daß es beinahe unmöglich ist, gemeinsame Züge festzustellen, und daß der Begriff eines europäischen Sozialmodells wenig sinnvoll scheint. Jeder Staat verfolgt einen eigenen Weg der Entwicklung seines Systems mit entsprechenden Auswirkungen auf die aktuellen Strategien (und die zugehörige Politik). Nach Ansicht der Länderspezialisten überwiegt das Beharrungsvermögen gegenüber der Dynamik der Konvergenzbestrebungen ganz eindeutig. Trotzdem weisen, wie die reichhaltige Literatur über "Modelle" (oder Systeme oder Typen) des Wohlfahrtsstaates zeigt, bestimmte Länder untereinander größere Ähnlichkeiten auf als andere. Sie verfügen sogar über eine Reihe gemeinsamer institutioneller Elemente, die systematisch verbunden sind und im Laufe der Zeit eine eigene Entwicklungs-"Logik" hervorgebracht haben, die heute bezüglich Beschränkungen und Möglichkeiten die Reform-Agenda in ähnlicher Weise vorab strukturiert. Ausgehend von der erwähnten Literatur lassen sich vier verschiedene Gruppierungen von europäischen Modellen eines Wohlfahrtsstaates unterscheiden (man könnte auch sagen vier verschiedene "soziale Europa"): das skandinavische, das angelsächsische, das kontinentaleuropäische und das südeuropäische Modell. Die grundlegenden institutionellen Elemente, auf die sich diese Verteilung stützt, sind: 1) Risikoabdeckung und Zugangsberechtigung; 2) Struktur der Sozialleistungen, 3) Finanzierungsmechanismen und 4) organisatorische Gestaltung.

a) Skandinavien

In den skandinavischen Staaten gilt die soziale Sicherheit, wie weithin bekannt ist, als Bürgerrecht, es wird ein universeller Zugang

geboten, und jedermann ist berechtigt, dieselbe "Grundsicherung" gegenüber bestehenden sozialen Risiken zu genießen (die nach internationalen Standards relativ hoch ist) - wobei allerdings die Erwerbstätigen aufgrund ihrer Pflichtversicherung im Beruf Anspruch auf zusätzliche Leistungen haben. Abgesehen von großzügigen Sozialleistungen zur Einkommenserhaltung bieten die skandinavischen Systeme auch eine breite Palette an öffentlichen Sozialdiensten und aktiven Arbeitsmarktprogrammen an, die unter Männern wie Frauen hohe Beschäftigungsquoten gewährleisten. Auch im öffentlichen Sektor ist ein hoher Beschäftigungsgrad zu verzeichnen. Die allgemeine Besteuerung spielt bei der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates eine vorrangige (wenn auch nicht die ausschließliche) Rolle, und das Ausgabenniveau ist gemessen am internationalen Standard hoch. Die Sozialhilfe hat eine eher begrenzte, auffangende und integrative Funktion. Die verschiedenen Elemente des sozialen Sicherheitsnetzes sind weitgehend integriert, und die Bereitstellung von Sozialleistungen und Diensten erfolgt hauptsächlich unter der Verantwortung der (zentralen und lokalen) Behörden. Der einzige Sektor, der weitgehend aus diesem integrierten organisatorischen Rahmen ausgeklammert bleibt, ist die Arbeitslosenversicherung, die nicht formal obligatorisch ist und direkt von den Gewerkschaften organisiert wird.

b) Vereinigtes Königreich und Irland

Das zweite 'soziale Europa' basiert auf den Ideen von Beveridge und bezieht sich auf das Vereinigte Königreich und Irland. Es besteht eine weitreichende, wenn auch nicht universelle soziale Sicherheit (mit Ausnahme des Gesundheitswesens): Nichterwerbstätige Bürger und Erwerbstätige, die weniger als einen bestimmten Grenzbetrag verdienen, haben keinen Zugang zu den Leistungen der staatlichen Versicherung. Diese Versicherungsleistungen - es handelt sich um pauschalierte Sätze - sind im Vergleich zu den skandinavischen Leistungen deutlich niedriger. Dagegen werden soziale Hilfestellung und Bedürftigkeitszuschüsse in größerem Umfang angeboten. Gesundheitswesen und Sozialdienstleistungen werden über die allgemeinen Steuern finanziert, aber zusätzlich spielen auch die Beiträge eine wichtige Rolle bei der

Finanzierung von Geldleistungen. Steuer- und Ausgabenniveaus sind relativ niedrig geblieben (jedenfalls im Vergleich zu Skandinavien und Kontinentaleuropa), und dasselbe gilt auch für die Beschäftigung im öffentlichen Sektor. Wie in Skandinavien wurde auch im Vereinigten Königreich der organisatorische Rahmen des Wohlfahrtsstaates weitgehend integriert (einschließlich der Arbeitslosenversicherung) und zur Gänze der öffentlichen Verwaltung unterstellt: im Vereinigten Königreich sind die Sozialpartner nur marginal in Sozialpolitik bzw.-management eingebunden.

c) Kontinentaleuropa

Zu dieser Gruppierung gehören Deutschland, Frankreich, die Benelux-Staaten, Österreich und (außerhalb der EU) die Schweiz. Hier zeigt sich die Bismarck'sche Tradition, die auf einer Kombination aus beruflicher Position (und/oder Familienstatus) und sozialen Rechten basiert, nach wie vor deutlich, sowohl auf dem Gebiet der Einkommenserhaltung als auch auf dem Gesundheitssektor. Nur die Niederlande und die Schweiz haben diese Tradition teilweise aufgeweicht, indem sie einige universelle Schemata eingeführt haben. Die Leistungsformeln (proportional zu den Einkommen) und die Finanzierung (durch Sozialversicherungsbeiträge) spiegeln weitgehend Versicherungserwägungen wider, wenn auch nicht im streng versicherungsmathematischen Sinn, häufig mit unterschiedlichen Regeln für verschiedene Berufsgruppen. Die Ersatzbeträge sind großzügig bemessen und das Abgabenniveau ist hoch. Der berufsorientierte Ansatz manifestiert sich auch in Organisation und Management. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände nehmen aktiv an der Gestaltung der Versicherungssysteme teil und genießen eine gewisse marginale Autonomie gegenüber den Behörden - vor allem auf dem Gesundheitssektor. Die Bevölkerungsmehrheit verfügt über eine entsprechende Sozialversicherung durch individuelle und abgeleitete Rechte. Die Versicherungspflicht tritt automatisch mit dem Beginn der Erwerbstätigkeit in Kraft – obwohl in Deutschland und Österreich dazu ein gewisses Mindesteinkommen erforderlich ist. Wer in diesen Ländern durch das Sozialversicherungsnetz fällt, wird von einem relativ dicht geknüpften Netz sonstiger Sozialleistungen aufgefangen.

d) Südeuropa

Die letzte Gruppierung der Wohlfahrtsstaaten umfaßt Italien, Spanien, Portugal und Griechenland. Das Ausmaß des sozialen Schutzes ist in den genannten vier Staaten unterschiedlich: das italienische System besteht schon viel länger als die der anderen drei Länder, und das zeigt sich unter anderem an den Ausgaben- und Besteuerungsniveaus (vor allem in Portugal und Griechenland) sehr deutlich. Doch die südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten weisen eine Reihe gemeinsamer institutioneller Züge auf, die sie vom kontinentaleuropäischen Block unterscheiden. Gemeinsam haben sie etwa einen gemischten Ansatz bezüglich des Zugangs: auf dem Gebiet der Einkommenstransfers folgen sie eindeutig dem Bismarck-Modell (mit sehr großzügigen Pensionsregelungen), während sie auf dem Gebiet des Gesundheitswesens nach dem Beveridge-Modell vorgehen und universelle nationale Gesundheitsdienste eingerichtet haben (die jedoch nur in Italien und Spanien vollständig realisiert sind). Das dem Sozialversicherungssystem unterlegte soziale Sicherheitsnetz ist in diesen Ländern nicht sehr entwickelt, und Unternehmensfonds und Sozialpartner spielen eine wesentliche Rolle in der Einkommenserhaltungspolitik, aber eine sehr viel unbedeutendere Rolle im Gesundheitswesen, das weitgehend dezentralisiert ist – vor allem in Italien und Spanien. Sozialabgaben sind gebräuchlich, aber die allgemeine Besteuerung ersetzt nach und nach die Beiträge des einzelnen als Finanzierungsquelle für Gesundheits- und Sozialdienste (auch hier ist dieser Prozeß nur in Italien und Spanien vollständig abgeschlossen). Die Familie hat in Südeuropa nach wie vor eine wichtige Funktion und agiert in vielen Bereichen als "Wohlfahrtsmakler" für ihre Mitglieder.

2.2.1 Die Höhe der Verbrauchsausgaben

Die wichtigsten Indikatoren zur Messung des Lebensstandards der Haushalte sind Einkommen und Haushaltsausgaben. Im nächsten Abschnitt (2.3) wird vor allem das Einkommen zur Beschreibung des Wohlstandes der Haushalte und zur Analyse von Einkommensungleichheiten herangezogen. Der vorliegende Abschnitt untersucht die Verbrauchsausgaben überall in der EU im Jahr 1994¹ und beschäftigt sich mit den Unterschieden in den Verbrauchsmustern zwischen verschiedenen Einkommensgruppen (aufgeteilt in vier Einkommensquartile) im Hinblick auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Prioritäten der Haushalte im Verhältnis zu ihren allgemeinen Lebensbedingungen.

Die obenstehende Graphik zeigt einige signifikante Unterschiede in den Verbrauchsausgabemustern in der EU quer durch die vier Einkommensgruppen. **Die Bemerkenswertesten verzeichnen wir bei den Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnung und Transport.** Etwas über 20% der gesamten Verbrauchsausgaben im untersten Einkommensquartil (1. Quartil) werden für Nahrungsmittel aufgewendet, im Gegensatz zu nur etwa 12% im obersten (dem 4.) Einkommensquartil. Diese Ergebnisse sind nicht überraschend, weil Nahrung ein menschliches Grundbedürfnis ist.

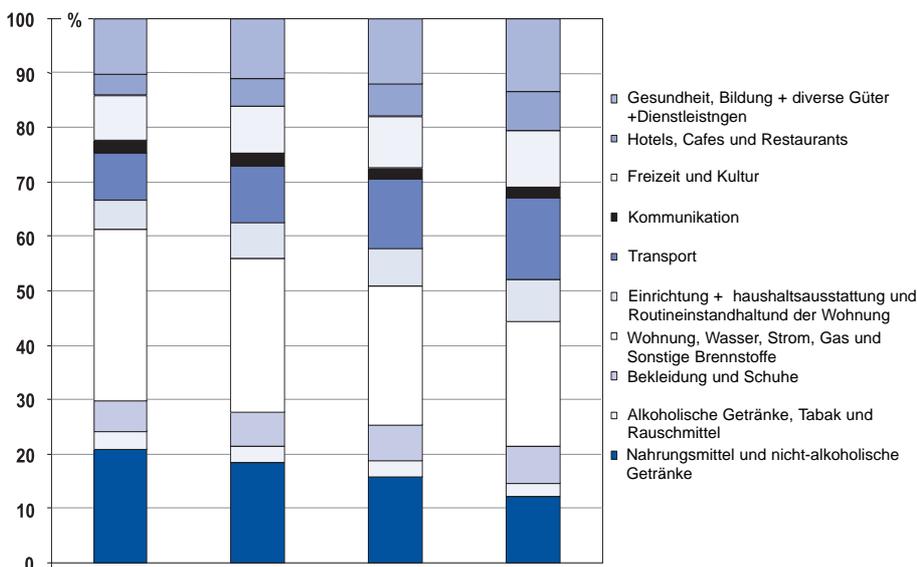
Ein weiterer Unterschied zeigt sich im Verbrauchsausgabemuster bei Wohnungen. **In der EU fließen beinahe 33% der Ausgaben des untersten**

Quartils in die Wohnung, verglichen mit 23% im obersten Quartil. Dies zeigt in gewissem Maße die relativ hohen Kosten adäquater Wohnungen für die unteren Einkommensgruppen. Trotzdem bestehen auch hier einige signifikante Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Im Vereinigten Königreich betragen die zugehörigen Zahlen 40% und 21%, während der Anteil in Luxemburg quer durch die vier Einkommensquartile zwischen 28% und 29% liegt.

Folglich **gibt die untere Einkommensgruppe beträchtlich weniger für Transport, Freizeit, Hotels / Restaurants, Gesundheit / Bildung und die diversen anderen Kategorien aus.**

Die Ausgaben für Transport, Freizeit und Hotels/Restaurants werden zumeist mit bestimmten Arten der Einbindung in die Gesellschaft, z.B. mit beschäftigungsbezogenen Aktivitäten oder einer Mitgliedschaft in Clubs, assoziiert, so daß man annehmen könnte, daß die Haushalte der unteren Einkommensgruppen infolge ihres beschränkten Budgets möglicherweise weniger Möglichkeiten des sozialen Umgangs mit anderen Menschen haben. Ausgaben für Gesundheit und Bildung sind im Zusammenhang mit dem Bedürfnis nach Sozialdiensten von besonderer Relevanz. Die Informationen zeigen, daß **die unterste Einkommensgruppe weniger als 10% ihrer gesamten Verbrauchsausgaben für Gesundheit/Bildung (und diverse) Dienste aufwendet, die höchste Einkommensgruppe jedoch 13%.** Es ist interessant festzustellen, daß das oberste Einkommensquartil in absoluten Zahlen ein beinahe 3,5mal höheres Verbrauchsausgabenniveau aufweist als das unterste Quartil. Angesichts der Tatsache, daß zu dieser letztgenannten Ausgabenkategorie Dienste gehören, die als essentielle Faktoren für das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen betrachtet werden (Gesundheit und Bildung), kann dieser Umstand in gewissem Maße die relative Abhängigkeit der unteren Einkommensgruppen von den vom Staat angebotenen Sozialdiensten anzeigen.

Verbrauchsausgaben insgesamt nach Einkommensquartilen, EU-15, 1994, in Prozent



Quelle : Eurostat - Erhebung über Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, 1994

¹ EU-15 ohne Österreich

2.2.2 Die Wohnsituation

Die Wohnsituation ist einer der wichtigsten Indikatoren für den Lebensstandard. Sie spielt auch eine wichtige Rolle für das wirtschaftliche Verhalten, sowohl was den Konsum als auch was die Beteiligung am Arbeitsmarkt betrifft. Obwohl sich die Wohnbedingungen in der EU in den letzten Jahrzehnten im allgemeinen verbessert haben und nur 18% der EU-Haushalte angeben, mit ihrer Wohnsituation unzufrieden zu sein (ECHP 1995), bestehen nach wie vor einige Probleme. Die Analyse des Wohnungsmarktes und des Wohnungsbestandes in den Mitgliedstaaten zeigt, daß nach wie vor viele Menschen in unzureichenden Wohnungen leben und nicht über einen erschwinglichen Zugang zu einer adäquaten Wohnung verfügen oder im Extremfall sogar obdachlos sind.

Konkreter ausgedrückt,

- **sind sozial gefährdete Gruppen am stärksten betroffen: ... von der fehlenden Grundausstattung ihrer Wohnungen ...:** Im Durchschnitt fehlt nur 5% der Haushalte eines oder mehrere der grundlegenden Ausstattungsmerkmale (Innentoilette, fließendes Warmwasser und ein Wannen- oder Brausebad), doch die Situation stellt sich für Haushalte mit älteren Personen, vor allem jenen, die allein leben, schlechter dar.
- **... von einer Überbelegung ihrer Wohnungen ...:** Der Prozentsatz von Menschen, die in überbelegten Wohnungen (mehr als eine Person pro Raum) wohnen, beträgt in der EU 18%, jedoch Arbeitslose, Haushalte mit niedrigen Einkommen und Haushalte mit drei und mehr Kindern leiden überdurchschnittlich unter dem Überbelegungsproblem.
- **...und von anderen Wohnungsproblemen:** 17% der Haushalte berichten über drei oder mehr Wohnungsprobleme im Zusammenhang mit Lärm, unzureichendem natürlichem Licht, Schmutz, einer unzureichenden Heizungssituation, Vandalismus etc., doch dieser Prozentsatz liegt in Haushalten mit einem alleinerziehenden Elternteil mit minderjährigen Kindern und bei einkommensschwachen Haushalten höher.
- **Beinahe ein Viertel aller EU-Haushalte berichtet über eine "schwere" finanzielle Belastung durch die Wohnungskosten,** doch auch dieser Prozentsatz liegt unter den einkommensschwachen Haushalten (39%), bei Alleinerziehern mit minderjährigen Kindern (37%) und bei Paaren mit drei und mehr minderjährigen Kindern (30%) viel höher.

- **Rund 4% der Wohnungseigentümer mit laufenden Darlehen oder Hypotheken und 9% der Mieter waren 1994 mit ihren Zahlungen im Rückstand.** Außerdem lagen 5% der EU-Haushalte im Rückstand mit den Zahlungen der Betriebskosten. Griechenland (30%) verzeichnet hier den bei weitem höchsten Anteil.
- **Die Sicherheit in der eigenen Wohnung** ist für beinahe ein Fünftel der europäischen Haushalte ein Thema. 18% der europäischen Haushalte berichten über Vorfälle im Zusammenhang mit Verbrechen oder Vandalismus, wobei Spanien, Frankreich, Portugal, die Niederlande und das Vereinigte Königreich hier an vorderster Stelle stehen.

Die Wohnsituation der älteren Bürger

Die Mehrheit der älteren Bevölkerung der Union (Menschen ab 65) lebt entweder allein (32%) oder mit einem Partner (51%) in landesüblichen Wohnungen. Weitere 13% leben mit einem Verwandten oder mit Freunden im gemeinsamen Haushalt. Nur 4% leben in einem Heim oder einer ähnlichen Einrichtung.

Trotzdem können die älteren Bürger nicht als einheitliche Altersgruppe betrachtet werden. Während nur 28% der 65-79jährigen allein leben, steigt dieser Prozentsatz unter den sehr alten (ab 80 Jahren) auf 45% an. Darüber hinaus leben bis zu 10% der "sehr Alten" in Heimen oder Institutionen, verglichen mit nur 2% der Altersgruppe zwischen 65 und 79.

Es bestehen auch bedeutende Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, was die Wohnsituation der älteren Bevölkerung betrifft. In Dänemark und Schweden leben etwa über 60% der "sehr Alten" allein, während es in Spanien und Portugal nur rund 20% sind. In den beiden letztgenannten Ländern leben etwa 40% der "sehr Alten" in der Großfamilie, zumeist mit ihren Kindern oder anderen Verwandten.

Die folgenden Schlußfolgerungen basieren auf den Informationen über ältere Menschen, die allein oder mit einem Partner leben. Hier sind daher alte Menschen, die bei ihren Kindern leben, sowie jene, die in Heimen oder Einrichtungen untergebracht sind, nicht berücksichtigt.

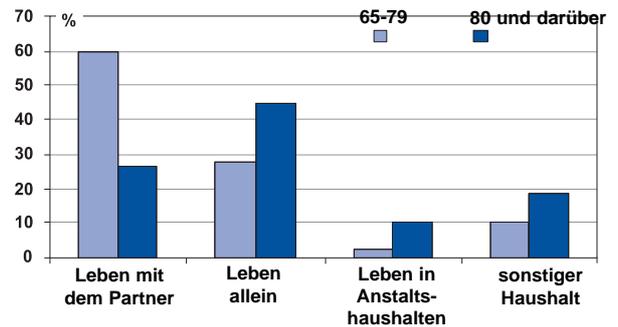
Allein lebende ältere Menschen sind seltener als ältere Paare Wohnungseigentümer ... In den meisten Mitgliedstaaten entspricht der Prozentsatz der

Wohnungseigentümer unter den älteren Menschen dem Bevölkerungsdurchschnitt. Eine erwähnenswerte Ausnahme bilden hier die Niederlande, wo nur 30% der Haushalte mit älteren Bewohnern Wohnungseigentümer sind, im Gegensatz zum allgemeinen Durchschnitt von 50%. Es gibt jedoch in allen Mitgliedstaaten mehr Wohnungseigentümer unter älteren Paaren (der EU-Durchschnitt beträgt 68%) als unter allein lebenden älteren Menschen (der EU-Durchschnitt liegt bei 50%). Diese Kluft besteht speziell in Dänemark (mit einem Faktor von über 2), in Deutschland, den Niederlanden und Österreich.

Den älteren Menschen fehlt es häufiger an der Wohnungs-Grundausrüstung ...: Auf die gesamte Union bezogen müssen nur 5% der Haushalte ohne folgende Grundausrüstung in ihren Wohnungen auskommen: Bad oder Dusche, Innentoilette und fließendes Warmwasser. Im Vergleich dazu fehlt zumindest eines dieser Grundausrüstungsmerkmale in 9% der Haushalte mit älteren Bewohnern. Ältere Menschen, die allein leben, scheinen besonders betroffen (EU-Durchschnitt von 12%), wobei ein größerer Anteil (16-21%) in Belgien, Frankreich, Irland und Österreich auf zumindest eines dieser Grundausrüstungsmerkmale verzichten muß. Portugal bildet hier eine Ausnahme, weil mehr als die Hälfte dieser Bevölkerungsgruppe von dem Problem betroffen ist.

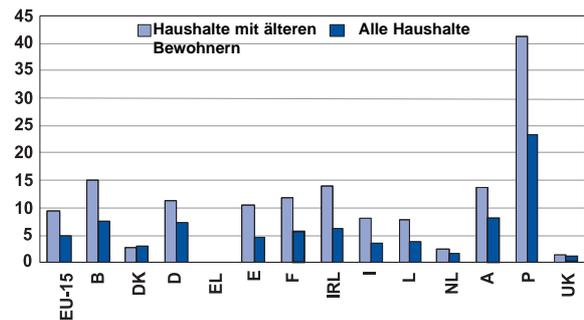
Die älteren Menschen weisen einen etwas höheren Grad der Zufriedenheit mit ihrer Wohnung auf als die jüngere Generation ... Der Anteil der älteren Menschen, die über diverse Probleme berichten (z.B. Lärm, Moder/Feuchtigkeit, Platzmangel, Schmutz) und sich mit ihren Wohnungen unzufrieden zeigen, ist im allgemeinen geringer als unter der restlichen Bevölkerung. Ausnahmen bilden hier Griechenland und Italien, wo die älteren Menschen mit ihrer Wohnsituation weniger zufrieden sind als die jüngere Generation.

Verteilung der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen, EU-15, 1995



Quelle : Eurostat - auf 1995 (Grundlinie) bezogene Haushaltsszenarien

Prozentsatz der Haushalte, denen mindestens eines von 3 Grundausrüstungsmerkmalen fehlt, EU-15, 1995



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

2.2.3 Gesundheitssituation in der EU

Der vorliegende Abschnitt befaßt sich mit der Gesundheitssituation in den Mitgliedstaaten. Die Bevölkerung war noch nie zuvor gesünder. Zugleich stehen die Gesundheitssysteme infolge der Altersstruktur der Bevölkerung vor ganz speziellen Schwierigkeiten. Außerdem haben beträchtliche Fortschritte bei neuen medizinischen Technologien in Diagnose und Behandlung die Erwartungen der europäischen Bürger bezüglich Qualität und Umfang der Gesundheitsdienste in die Höhe getrieben.

Mortalität und Morbidität

Es ist seit einigen Jahrzehnten ein konstanter Rückgang der allgemeinen Sterblichkeitsrate in allen Mitgliedstaaten zu verzeichnen, doch dieser Rückgang bezieht sich nicht gleichmäßig auf alle Altersgruppen. Die untenstehenden Diagramme zeigen, daß der Abwärtstrend bei den Sterblichkeitsraten in den letzten Jahren nicht die Menschen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren betroffen hat, wo die Rate bei Männern sogar leicht angestiegen ist und bei den Frauen nach wie vor auf demselben Niveau liegt. Diese Situation erklärt sich hauptsächlich durch eine steigende Zahl von Todesfällen durch Unfälle, Selbstmord etc. und in geringerem Ausmaß auch durch die Auswirkungen von AIDS in dieser Altersgruppe. Die nachstehenden Diagramme lassen auch erkennen, daß Männer im allgemeinen in allen Altersgruppen ein höheres Sterblichkeitsrisiko tragen als Frauen.

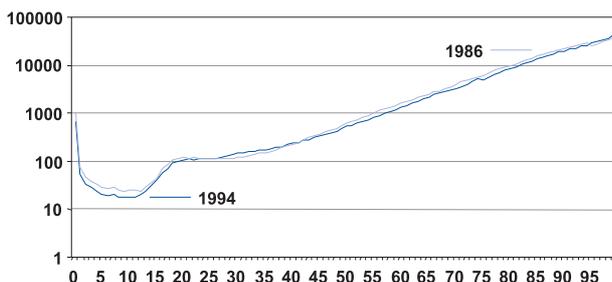
Die gegenwärtigen Hauptursachen für Todesfälle in der EU sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Erkrankungen der Atemwege, Verkehrsunfälle und AIDS, das eine neue und wachsende Bedrohung darstellt. Allerdings

- **variieren die Todesursachen signifikant mit dem Alter ...** Im Säuglingsalter und in der Kindheit sind Erkrankungen der Atemwege und Infektionskrankheiten sowie Unfälle die wichtigsten Todesursachen. Bei jungen Menschen sind es Unfälle und Selbstmorde (bis zu 43% der männlichen und 33% der weiblichen Todesfälle). Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs werden in der mittleren und oberen Altersgruppe häufiger. Rund 50% der Todesfälle der älteren Menschen (ab 65 Jahren) sind auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen zurückzuführen. Ein weiteres gewichtiges Problem unter der älteren Bevölkerung sind die Auswirkungen chronischer Geisteskrankheiten wie Alzheimer.

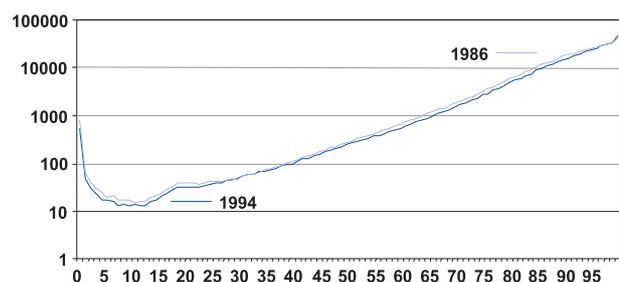
Obwohl es überall in den Mitgliedstaaten zu einer Abnahme der Sterblichkeitsraten gekommen ist, stellen einige Todesursachen nach wie vor eine große Herausforderung dar, wobei hier vor allem Krebserkrankungen zu nennen sind.

- **Krebs** ist nach den Herz-Kreislauf-Erkrankungen die zweithäufigste Todesursache in Europa. In der Altersgruppe der 35-64jährigen sind sogar 40% aller Todesfälle auf Krebs zurückzuführen, während der entsprechende Prozentsatz unter der älteren Bevölkerung bei etwa 20% liegt. Lungenkrebs, Prostatakrebs (bei Männern) und Brustkrebs (bei Frauen) sind die häufigsten Krebserkrankungen. **Der Altersfaktor spielt bei der Erkrankung an Brustkrebs eine wichtige Rolle**, weil 60% der Todesfälle nach dem 65. Geburtstag auftreten. Der Trend unter älteren Frauen ist steigend.

Sterbewahrscheinlichkeit (x 100 000 Menschen) nach Alter, Männer, EU-15, 1986 und 1994



Sterbewahrscheinlichkeit (x 100 000 Menschen) nach Alter, Frauen, EU-15, 1986 und 1994



Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik

Die Mortalitätsraten können jedoch den Gesundheitszustand einer Bevölkerung nur unzureichend beschreiben. Wir benötigen Informationen über die Zahl der Menschen, die an bestimmten Krankheiten leiden, also die Morbiditätsraten. Damit erwerben wir ein besseres Verständnis der Anforderungen an unser Gesundheitssystem. Gegenwärtig verfügen wir wegen der Unterschiede in der Erhebung der Morbiditätsdaten unter den Mitgliedstaaten nur über wenig vergleichbare Daten für die EU als ganze. Allerdings bieten die nationalen Statistiken (bezogen auf Krankenhausaufenthalte und Krankenstandstage) ein gewisses Maß an Information über die relative Bedeutung der verschiedenen Krankheiten bezogen auf die Morbiditätsraten².

- Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind die vorrangigen Ursachen für Gesundheitsprobleme. Krebs ist hingegen weniger entscheidend für die Morbidität als für die Sterblichkeit, weil es mehrere nichttödliche Krankheiten gibt, wie vor allem Erkrankungen des Muskel- und Knochenapparates und Atemwegserkrankungen, die einen starken Zusammenhang mit Lebensgewohnheiten wie exzessivem Rauchen und Trinken, mangelnder Bewegung, schlechter Ernährung, Streß und unzureichenden Arbeitsbedingungen aufweisen.
- Auch die Drogenabhängigkeit steigt. Eine wachsende Zahl von Menschen (vor allem junge Menschen) werden mit Drogenmißbrauch in Zusammenhang gebracht, der weitreichende Folgen in Form sozialer und gesundheitlicher Probleme nach sich zieht.
- Auch die Zahl der chronischen Geisteskrankheiten unter den älteren Menschen, wie etwa Alzheimer, ist im Steigen begriffen. Was die Pflegebedürftigkeit betrifft, so haben diese Erkrankungen erhebliche Auswirkungen auf den Pflegebedarf der Zukunft, insbesondere im Lichte der Überalterung der Bevölkerung.

Subjektives Gesundheitsempfinden

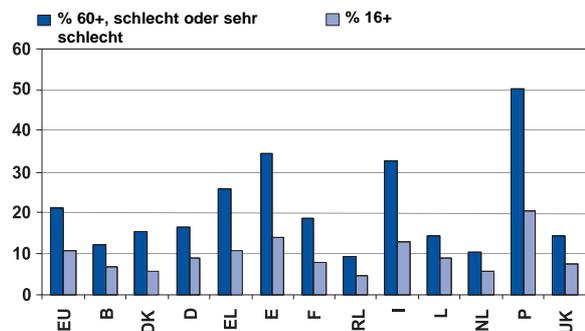
Eine wesentliche Dimension beim Thema Gesundheit ist das subjektive Gesundheitsempfinden der Menschen (siehe auch Lebenserwartungen und Gesundheitsaussichten, 1.14). Das Gefühl, nicht gesund zu sein, hat weitreichende Auswirkungen auf die Fähigkeit eines Menschen, aktiv an der Zivilgesellschaft teilzunehmen.

- **Immerhin 65% der Europäer** berichten, ihr Gesundheitszustand sei sehr gut (22%) oder gut (43%). Nur 10% der Bevölkerung bezeichnen den eigenen Gesundheitszustand als sehr schlecht (3%)

oder schlecht (7%). Zwischen den Mitgliedstaaten bestehen allerdings wesentliche Unterschiede im subjektiven Gesundheitsempfinden, wobei die Palette von 19% mit einem schlechten/sehr schlechten subjektiven Gesundheitsempfinden in Portugal bis hinunter zu nur 4% in Irland reicht. Alle südeuropäischen Mitgliedstaaten weisen ein schlechteres subjektives Gesundheitsempfinden auf. Frauen empfinden ihren Gesundheitszustand eher als schlecht als Männer.

- **Das subjektive Gesundheitsempfinden hat mit dem Alter zu tun ...** Die Mehrheit der jungen Menschen berichtet über einen sehr guten Gesundheitszustand, und nur 1% bis 2% aus dieser Altersgruppe halten den eigenen Gesundheitszustand für schlecht oder sehr schlecht. Der Anteil der Bevölkerung mit Gesundheitsproblemen nimmt mit dem Alter zu, und 21% der älteren Menschen geben an, ihr Gesundheitszustand sei schlecht oder sehr schlecht, was etwas mehr als dem doppelten Durchschnittswert aller Altersgruppen entspricht (10%).
- **...und es gibt einige interessante Unterschiede.** Wir verzeichnen geschlechtsspezifische Unterschiede beim subjektiven Gesundheitsempfinden in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Im Durchschnitt gaben 70% der männlichen und 63% der weiblichen EU-Bürger an, ihr Gesundheitszustand sei gut oder sehr gut. Am besten war das subjektive Gesundheitsempfinden in Dänemark, Irland, den Niederlanden und Österreich. Am schlechtesten war es in Portugal, wo auch der größte Unterschied zwischen den Geschlechtern zu verzeichnen ist. Nach Portugal weisen Griechenland, Italien und Luxemburg die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede auf.

Die Auswirkungen des Alters auf das subjektive Gesundheitsempfinden



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

² Europäische Kommission, Gesundheit in Europa, 1997

2.2.4 Beschäftigung und Lebensbedingungen

Die Beschäftigungssituation hat schon immer eine wesentliche Rolle bei den Lebensbedingungen gespielt. Seit Beginn der siebziger Jahre unterliegt der EU-Arbeitsmarkt einem tiefgreifenden Wandel. Dabei ist die Arbeitslosigkeit zweifellos das wichtigste Thema. Die hohen Arbeitslosenzahlen, vor allem unter den jüngeren Menschen, hatten beträchtliche Auswirkungen auf die europäische Gesellschaft. In den letzten Jahren ist der Anteil der Jugendlichen am Arbeitsmarkt noch zurückgegangen. Diese Tatsache läßt sich teilweise durch die größere Zahl junger Menschen erklären, die eine Hochschulausbildung absolvieren (siehe nächster Abschnitt 2.2.5 – Bildung). Trotzdem wird der Anteil der jungen Menschen im Laufe der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre signifikant zurückgehen. Dieser Trend wird in den mediterranen Mitgliedstaaten – Griechenland, Spanien, Italien und Portugal - sowie in Irland deutlicher ausfallen und in geringerem Maße auch in Frankreich spürbar sein. Die genannten Mitgliedstaaten werden daher voraussichtlich eine Entwicklung durchmachen, im Zuge derer sich ihr Anteil an jungen Arbeitsmarktteilnehmern an die höheren Niveaus in Nordeuropa anpassen wird. Der insgesamt zu verzeichnende zahlenmäßige Rückgang des jüngeren Bevölkerungssegments wird die Integration der Jungen in den Arbeitsmarkt möglicherweise erleichtern.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat das Bevölkerungswachstum, verstärkt durch die rasch ansteigende Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt, mit einer zahlenmäßigen Zunahme der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und der Erweiterung des Arbeitskräfteangebotes den Arbeitsmarkt wesentlich beeinflußt. Angesichts der demographischen Trends für die kommenden fünfzehn Jahre werden Frauen jedoch praktisch die einzige Wachstumsquelle für das Arbeitskräfteangebot darstellen. Auch im Falle einiger marginaler Zunahmen bei der Beteiligung der Männer infolge erwarteter Restriktionen bei den Frühpensionierungen, würden diese durch die längere Dauer der Ausbildung, die den Zutritt der jüngeren Generation zum Arbeitsmarkt weiter verzögern wird, ausgeglichen. Trotzdem bleiben Frauen in den stärker gefährdeten und schlechter bezahlten (Teilzeit- oder zeitlich begrenzten) Berufslaufbahnen auch weiterhin überrepräsentiert. Die Aussicht einer verstärkten Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt erhebt unter anderem die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Verbindungen zwischen dem

Beschäftigungsniveau und den demographischen Daten über Familien und Haushalte konnten in zahlreichen Studien nachgewiesen werden: Für viele Frauen bedeutet die Geburt eines Kindes, daß sie zu arbeiten aufhören oder eine alternative Teilzeitbeschäftigung suchen. Je nach Land kann diese Veränderung durch die Geburt eines Kindes aus einer Reihe von Gründen sogar dauerhaft sein, wobei die Palette der Einflußfaktoren hier von der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen bis zu kulturellen Faktoren reicht.

Die Trends in der demographischen Entwicklung der Familien werden zunehmend an Bedeutung gewinnen. Angesichts der steigenden Lebenserwartung findet man nicht selten drei oder vier Generationen derselben Familie; aufgrund der Überalterung wird dieses Phänomen noch häufiger vorkommen. Innerhalb der Familienstruktur ist es zumeist die Frau, die die älteren Mitglieder pflegt, wenn diese abhängig werden. In Zukunft wird sich diese Verantwortungslast wahrscheinlich noch verstärken, weil kleinere Familien auch bedeuten, daß sich die anfallenden Aufgaben auf weniger Menschen verteilen.

Eine weitere Überlegung im Zusammenhang mit der sozialen Sicherheit geht in die Richtung, daß die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten relativ gering war. Dieser Umstand sowie die Tatsache, daß Frauen im Durchschnitt 6 bis 8 Jahre länger leben als Männer, könnten dazu führen, daß eine größere Zahl armer und sozial marginalisierter alter Frauen durch die sozialen Sicherheitssysteme nur unzureichend geschützt ist.

Während der letzten fünf Jahre lagen die durchschnittlichen allgemeinen Erwerbsquoten relativ stabil um die 68% bei fallendem Niveau bei den Männern und steigendem Niveau bei den Frauen aller Altersgruppen. Diese Situation spiegelt speziell die geringeren Erwerbsquoten unter männlichen Arbeitskräften jenseits eines gewissen Alters wider, das typischerweise von Umstrukturierungsmaßnahmen in der Industrie betroffen ist. Dies wirkte sich mit einem Rückgang von über 6 Prozentpunkten bei der Erwerbsbeteiligung der Männer im Alter zwischen 55 und 64 im Zeitraum 1986-1997 aus, der im Gegensatz zu einem leichten Anstieg von 4 Prozentpunkten bei den Frauen steht, dies jedoch ausgehend von einem niedrigeren Ausgangsniveau. Auch Frühverrentungen haben sich

als eine Möglichkeit erwiesen, mehr Beschäftigung für junge Arbeitslose zu schaffen, obwohl hierzu zu sagen ist, daß die direkte Beziehung zwischen Frühpensionierungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen schwächer ist als erwartet. Vorausgesetzt, das derzeitige frühere Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt bleibt konstant, wird es mit der Überalterung der Arbeitskräfte zu einer Arbeitskräfteknappeheit und einer deutlich spürbaren Belastung durch die Abhängigkeit im Alter kommen. Heute konzentrieren sich Investitionen in Ausbildung und Personalentwicklung auf die jüngeren Bevölkerungssegmente, während die mittleren und älteren Altersgruppen mit ihren immer unzureichender werdenden Qualifikationen im Umgang mit dem Wandel allein gelassen werden und mit diesem folglich schlechter umgehen können. Im Laufe eines Arbeitslebens wächst ihr Risiko einer Marginalisierung und letztlich eines Ausschlusses vom Arbeitsmarkt. Letztlich stellen ältere Arbeiter häufig fest, daß eine frühzeitige Pensionierung die einzige Wahl ist, die ihnen bleibt.

Die steigende Zahl erwerbstätiger älterer Menschen erfordert Investitionen in ihre Fertigkeiten und Motivation. Die Arbeit in der Gemeinschaft und in Unternehmen des dritten Sektors sind ein Gebiet, auf dem ältere Menschen besonders aktiv sind. Diese Tätigkeit erfüllt häufig die Anforderungen der Förderung eines aktiven Alterns und einer stufenweisen Pensionierung. Die genannten Sektoren sollten daher den höheren Altersgruppen der arbeitenden Bevölkerung besser zugänglich gemacht werden.

Beschäftigungssituation und Menschen mit Behinderungen

Das Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) bietet wertvolle Informationen über die Besonderheiten des Arbeitsmarktes und die Probleme behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt³. In der EU gaben beinahe 5% der Menschen im arbeitsfähigen Alter (15-64 Jahre) an, in bezug auf ihre täglichen Aktivitäten schwer behindert zu sein, und 12% bezeichneten sich als teilweise behindert.

Der Anteil der Behinderten ist signifikant geringer als jener der nicht Behinderten, und es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Im Jahr 1994 befanden sich 36% der ernsthaft behinderten Männer und 63% der teilweise behinderten Männer im Arbeitsprozeß im Vergleich zu 76% der nichtbehinderten Männer im erwerbsfähigen Alter. Bei Frauen lagen die entsprechenden Zahlen bei 25% (schwer behindert) und 40% (teilweise behindert), verglichen mit 55% (wie im ECHP berichtet) der nichtbehinderten Frauen im erwerbsfähigen Alter.

³ ECHP 1994, ohne Österreich, Finnland und Schweden. Siehe auch : Beschäftigung in Europa, 1997

2.2.5 Bildung – die Grundlage sozialer Entwicklung

Die Bildung spielt eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit dem allgemeinen Lebensstandard. Abschnitt 1 (die statistischen Portraits) und dieses Kapitel zeigen viele Beispiele auf, in denen ein höherer Bildungsstand der Bürger in engem Zusammenhang mit besseren Lebensbedingungen, etwa bezüglich der Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt, der Ausbildungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und des Einkommensniveaus steht. Es erscheint klar, daß die Bildungssysteme angesichts der sich verändernden sozialen Trends im Hinblick auf die Altersstruktur der Bevölkerung, die Haushalts- und Familienstrukturen und den technologischen Fortschritt überall in der Union auf die sich entwickelnden Bedürfnisse der Gesellschaft in einem sich rasch wandelnden Umfeld reagieren müssen. Darüberhinaus machen das Altern der Bevölkerung in Verbindung mit dem Übergang zu einer auf Wissen basierenden Gesellschaft und die sich wandelnde Natur der Arbeit deutlich, wie wichtig neue Ansätze für die Entwicklung von Humanressourcen wie Altersmanagement, lebenslanges Lernen und kontinuierliche Fortbildung sind.

Das Bildungsniveau der EU-Bevölkerung hat sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte zunehmend stabilisiert, und zwar durch eine längere Pflichtschulzeit, eine breitere Palette an Unterrichtsfächern und – in letzter Zeit – die Förderung von Strategien eines lebenslangen Lernens. Trotzdem bestehen weiterhin für bestimmte Gesellschaftsgruppen Schwierigkeiten mit dem Zugang zu adäquaten Bildungseinrichtungen, vor allem in Gruppen mit niedrigen Einkommen. Diese Gruppen sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, was schlechtere Lebensbedingungen und letztlich die soziale Ausgrenzung angeht.

Bildung und Beschäftigungssituation der Jugend Unabhängig von ihrem Bildungshintergrund ist die Beteiligung der jüngeren Menschen am Arbeitsmarkt in den letzten Jahren ein wenig zurückgegangen. Bis zu einem gewissen Ausmaß läßt sich diese Tatsache durch die höhere Zahl von Jugendlichen erklären, die eine Hochschulausbildung absolvieren. Abschlüsse auf Abitur- und Hochschulniveau bleiben der beste Erfolgsindikator auf dem Arbeitsmarkt. Es ist daher von zentraler Bedeutung, daß Bildungssysteme fortlaufen verbessert werden, um junge Menschen davon abzuhalten, mit nur geringen Qualifikationen von der Schule abzuge-

hen. Und die zunehmende Wettbewerbsorientierung des Arbeitsmarktes übt tatsächlich einen steigenden Druck auf junge Menschen aus, sich umfassend zu bilden und sich marktgängige, für den Arbeitsplatz einsetzbare Fertigkeiten anzueignen.

Trotz beträchtlicher Fortschritte verlassen immer noch 22% der 18-24jährigen das Bildungssystem ohne abgeschlossene Qualifikation über die Sekundärstufe I hinaus (siehe Bildungsabschlüsse, 1.2). Dieser Gruppe drohen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung, was auf Ebene der Sozialpolitik Anlaß zu ernsthafter Sorge gibt. Zusätzlich zu den jungen Menschen sind auch andere benachteiligte Gruppen wie einkommensschwache Familien mit minderjährigen Kindern, Behinderte, Migranten und sonstige Minderheiten mit ähnlichen Risiken konfrontiert.

Diese Bevölkerungsgruppen benötigen Unterstützung auf mehreren Ebenen, die sie nur selten durch die formalen Bildungssysteme erhalten. Erstens brauchen sie die Chance, einige der „Soft Skills“ zu erwerben, die man auf dem Arbeitsplatz benötigt, etwa Kommunikationsfähigkeit, Eignung zur Teamarbeit, Führungsqualitäten und Verantwortungsgefühl. Zweitens besteht die Notwendigkeit praktischer Informationen über Berufsmöglichkeiten, die ihren Interessen und Neigungen entsprechen. Viele Menschen aus den genannten Gruppen geben an, die Berufswahl an sich würde die schwierigste Aufgabe für sie darstellen, und alle anderen Dinge würden sich nach dieser Entscheidung von selbst ordnen. Drittens ist es, um die Falle "keine Berufserfahrung, kein Job" zu vermeiden, von entscheidender Wichtigkeit, daß diesen Gruppen die Möglichkeit geboten wird, praktische Erfahrungen am Arbeitsplatz zu sammeln, indem man ihnen verschiedene Arbeitsmöglichkeiten und Aufgaben anbietet.

Ausbildung und behinderte Menschen

Im Jahr 1994 besaß ein geringerer Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter, die angaben, ganz oder teilweise behindert zu sein, ein Hochschuldiplom oder einen entsprechenden Abschluß als andere nicht-behinderte Menschen im erwerbsfähigen Alter. Die entsprechenden Werte bei den Menschen mit einer

Bildung der oberen Sekundarstufe wiesen allerdings nur geringfügige Unterschiede auf.

Von den behinderten Menschen im Erwerbsprozeß besaßen nur 13% der ernsthaft behinderten Männer und 20% der teilweise behinderten Männer ein

Universitätsdiplom oder einen entsprechenden Abschluß, verglichen mit 27% der Nichtbehinderten, die einer Arbeit nachgingen. Die entsprechenden Zahlen für Frauen betragen 15% (ernsthaft behindert) und 16% (teilweise behindert), verglichen mit 23% bei den nichtbehinderten Frauen.

2.2.6 Auswirkungen auf Angebot und Nachfrage bei den Sozialdienstleistungen

Obwohl es Hinweise darauf gibt, daß sich die Lebensbedingungen überall in der EU verbessern, weist uns eine Untersuchung sozioökonomischer Trends darauf hin, daß mehrere bemerkenswerte Entwicklungen im Gange sind, die Quellen einer steigenden Nachfrage nach Sozialdienstleistungen darstellen.

- Die Verbrauchsausgabenmuster nach Einkommenshöhe zeigen an, welche Gruppen in der Gesellschaft besonders gefährdet sind (Menschen mit niedrigem Einkommen, Arbeitslose, ältere Menschen) und möglicherweise keinen adäquaten Zugang zu Gesundheits- und Sozialdiensten haben, die sie zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards benötigen. Diese Gruppen sind häufiger von den staatlichen Diensten abhängig.
- Rasche Veränderungen in der Haushaltsstruktur und –größe haben zu größeren Ungleichheiten in der Wohnsituation geführt. Einerseits lebt eine wachsende Zahl alter Menschen in Wohnungen, die ihren konkreten Bedürfnissen nicht entsprechen. Andererseits ist es für junge Menschen mit Familie besonders schwierig, eine adäquate Wohnung zu erschwinglichen Preisen zu finden. Eine unzureichende Wohnsituation kann zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes und zu einer Beeinträchtigung der Bildungs- und Arbeitschancen der Menschen führen, was einen erhöhten Bedarf an Gesundheits- und Sozialdiensten nach sich zieht.
- Auf dem Gebiet der Gesundheits- und Pflegedienste gibt es Hinweise darauf, daß die schwächsten Gesellschaftsgruppen (z.B. die Langzeitarbeitslosen, Menschen mit speziellen Bedürfnissen, sehr alte Menschen, Minderheiten) einem höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind und daher einen erhöhten Bedarf an Gesundheits- und Pflegediensten haben. Unter diesen Kategorien stellen die "sehr Alten" (ab 80 Jahren) eine zunehmend größere Gruppe mit speziellen Bedürfnissen hinsichtlich Gesundheits- und Pflegediensten dar.
- Trotz des beträchtlichen Fortschritts beim Bildungsniveau verlassen 22% der 18-24jährigen das Bildungssystem ohne Abschluß einer Qualifikation über die Sekundarstufe I hinaus. Diese Gruppe hat ein erhöhtes Risiko der Arbeitslosigkeit und sozialen Marginalisierung angesichts der steigenden Anforderungen beim Zutritt zum Arbeitsmarkt. Es gibt auch noch andere benachteiligte Gruppen, die mit ähnlichen Risiken konfrontiert sind. Diese Bevölkerungsgruppen brauchen Unterstützung auf mehreren Ebenen, die von den formalen Bildungssystemen nur selten angeboten wird.

2.3. EINKOMMENSVERTEILUNG UND GENERATIONENKONFLIKTE

Dieses Kapitel befaßt sich mit der Einkommenshöhe und der Einkommensverteilung in den EU-Mitgliedstaaten sowie mit der Rolle der sozialen und privaten Transfers.

In Kürze:

- **Das mittlere verfügbare Einkommen** schwankte 1994 innerhalb der EU beträchtlich¹. In den meisten Mitgliedstaaten bewegte sich der KKS (Kaufkraftstandard) zwischen 11 000 und 14 000, in den vier südlichen Mitgliedstaaten lag er jedoch niedriger (7 500 bis 10 000 KKS). Luxemburg wies einen sehr hohen Wert (22 000 KKS) auf. In sechs Mitgliedstaaten, in denen 62% der EU-Bevölkerung leben, lagen die mittleren Einkommen überraschend knapp nebeneinander: sie schwankten zwischen 13 300 und 13 900 KKS.
- Griechenland, Irland und Portugal, wo die Einkommen relativ niedrig sind, wiesen **1994 die größten Unterschiede** auf. In Dänemark und in den Niederlanden waren diese Unterschiede hingegen gering. Entsprechend dem derzeitigen negativen Trend vergrößert sich die Einkommensschere in den meisten Mitgliedstaaten seit 1980 stark. Diese Entwicklung ist jedoch weder in den einzelnen Mitgliedstaaten noch im zeitlichen Verlauf einheitlich.
- Die Einkommensverteilung wird in allen Mitgliedstaaten hauptsächlich davon beeinflusst, wie die Kombination von (Netto-)Markteinkommen und Sozialleistungen aussieht. Die **Sozialleistungen** verringern die Einkommensunterschiede innerhalb der Mitgliedstaaten beträchtlich. Auf der anderen Seite vergrößern sie die Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten um fast die Hälfte. Die Höhe der Sozialleistungen und ihre umverteilende Wirkung stehen in einer positiven Korrelation zueinander, wobei davon auszugehen ist, daß ein größerer Teil des BIP (Bruttoinlandsprodukt) aufgewendet werden muß, um mehr umverteilen zu können. Aber diese Korrelation gilt nicht für alle Mitgliedstaaten. Fast überall ist eine starke Korrelation zwischen höheren verfügbaren mittleren Einkommen und einer stärkeren Umverteilung durch Sozialleistungen feststellbar. Es ist allerdings anzumerken, daß sich möglicherweise ein anderes Bild ergeben würde, wenn die Umverteilung durch Steuern und Sozialbeiträge mit einbezogen würde.
- **Private Geldtransfers**² **zwischen Haushalten** spielen vermutlich nur eine unbedeutende Rolle. Ihre Häufigkeit und die durchschnittliche Höhe der transferierten Beträge sind im Vergleich zu den Sozialleistungen gering. Private Transfers verringern die Einkommensschere ebenfalls, aber in einem geringeren Maß als die Sozialleistungen.
- **Die Umverteilungswirkung der sozialen und privaten Transferzahlungen** ist klar erkennbar. Sozialleistungen begünstigen meist ältere Personen und die Altersgruppe zwischen 50-64, während private Transfers meist Personen unter 50 zugute kommen, insbesondere der Altersgruppe zwischen 16 und 24.
- **Die Auswirkungen zukünftiger Einkommensentwicklungen auf die soziale Unterstützung** sind relativ ungewiß. Auch wenn man davon ausgeht, daß das Wirtschaftswachstum eine Verbesserung der allgemeinen Gesundheit mit sich bringen wird, werden die zu erwartende Erweiterung der Einkommensschere und der zunehmende Anteil einkommensschwacher Gruppen voraussichtlich trotzdem zu einer Verstärkung der Ungleichheit im Gesundheitsbereich und zu einer stärkeren Nachfrage nach sozialer Unterstützung führen.

¹ Einkommensanalysen für die EU-Mitgliedstaaten basieren auf dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP), das in 13 Mitgliedstaaten durchgeführt wurde. Bedauerlicherweise stehen keine gesamteuropäischen Quellen zur Verfügung, die Daten im zeitlichen Verlauf liefern würden. Das ECHP wird solche Daten jedoch in naher Zukunft erheben.

² Ausgenommen sind Geldtransfers innerhalb von Haushalten und alle 'Sachtransfers', für die keine Daten verfügbar sind.

2.3.1 Die Verteilung der Einkommen

Die Struktur der Einkommensverteilung in der EU:

- **Das mittlere verfügbare Einkommen³ betrug 1994 12 100 KKS ...:** Das mittlere verfügbare Einkommen, gemessen an der Kaufkraftparität, betrug in der EU 12 100 KKS. Das Einkommen wurde äquivalenzberechnet, d. h. in bezug auf die Unterschiede der Haushaltsgröße und auf die Skaleneffekte der Haushalte bereinigt. Siehe Einkommensverteilung (1.10).
- **... ist jedoch in den einzelnen Mitgliedstaaten verschieden hoch:** In sechs Mitgliedstaaten, in denen 62% der EU- Bevölkerung leben, lagen die Mittelwerte, die zwischen 13 300 und 13 900 KKS schwankten, überraschend eng nebeneinander. Auf der anderen Seite rangierten die südlichen Mitgliedstaaten zwischen 7 700 und 9 900 KKS, während Luxemburg einen erheblich höheren Wert aufwies (22.2). Siehe Statistischer Anhang.
- **Einkommen aus Arbeit und Sozialleistungen (d. h. erhaltene Sozialtransfers) sind die wichtigsten Komponenten:** Im Durchschnitt werden 70% des verfügbaren Einkommens aus Arbeit (Beschäftigung und selbständige Tätigkeit) erzielt, etwa 25% aus Pensionen und anderen Sozialtransfers, und die verbleibenden 5% aus Kapital und anderen privaten Quellen. In allen Mitgliedstaaten bildeten Leistungen im Zusammenhang mit der Alters- und der Hinterbliebenenversorgung den größten Teil der Sozialtransfers (14 bis 26% des verfügbaren Einkommens), einschließlich privater Altersversorgungssysteme. Die meisten anderen Arten von Sozialtransfers betragen weniger als 6% des verfügbaren Einkommens.
- **Haushalte mit einem Erwachsenen schneiden schlechter ab ...:** Auf die Union insgesamt bezogen, beträgt das Äquivalenz-Medianeinkommen eines Einpersonenhaushalts 88% des nationalen Medianeinkommens. In allen Mitgliedstaaten erzielen allein lebende Männer ein höheres Medianeinkommen als Frauen. Siehe Einkommensverteilung (1.10).
- **... als Haushalte mit mehreren Erwachsenen:** Siehe Einkommensverteilung (1.10).
- **Personen zwischen 25 und 64 erzielen die höchsten Einkommen ...:** Die Einkommen junger Menschen unter 25 (92% des nationalen Medianwerts) und älterer Personen über 65 (89%) sind weit niedriger als jene der restlichen Bevölkerung zwischen 25 und 64 (110%). Dieses Bild war nicht in allen Mitgliedstaaten einheitlich. Siehe Einkommensverteilung (1.10) und Statistischer Anhang.
- **Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bleiben erhalten:** Wie bereits erwähnt, erzielen allein lebende Frauen ein niedrigeres Medianeinkommen als Männer. Darüber hinaus liegt die Arbeitslosigkeit bei Frauen um etwa 3 Prozentpunkte höher als bei Männern. Siehe Frauenbeschäftigung (1.12). Der monatliche Stundenverdienst von Frauen liegt bei 74% des monatlichen Stundenverdienstes von Männern; siehe Einkommen von Männern und Frauen (1.13). Dies lässt sich zum Teil den Unterschieden in Beruf, Bildungsniveau, Alter und wöchentlicher Arbeitszeit zuschreiben.
- **Die Ungleichheit ist innerhalb der EU unterschiedlich hoch ...:** Wie festgestellt wurde, ist die Ungleichheit, gemessen am S80/S20-Verhältnis oder dem Gini-Koeffizienten, in Portugal am stärksten ausgeprägt. Irland und Griechenland weisen ebenfalls relativ hohe Unterschiede auf. Die niedrigsten Werte finden sich in Dänemark, den Niederlanden und Finnland. Siehe Einkommensverteilung (1.10).
- **Am unteren Ende der Verteilungskurve ...:** Die Anteile des ersten (untersten) Dezils am verfügbaren Einkommen wichen 1994 in den Ländern mit den stärksten Unterschieden um einen Faktor von mehr als zwei voneinander ab. Am niedrigsten war der Anteil in Portugal (2,1%), gefolgt von Griechenland und Italien, während er in Dänemark (4,3%) am höchsten war, gefolgt von den Niederlanden und Frankreich. Das zweite und dritte Dezil in Portugal wies auch die niedrigsten Anteile der EU auf. In Portugal wurde für die ersten drei Dezile eine Kombination des niedrigsten verfügbaren mittleren

³Das verfügbare Einkommen ist das gesamte Geldeinkommen aus (abhängiger) Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit sowie anderes privates Einkommen zuzüglich der sozialen und privaten Transfers. Nicht enthalten sind bezahlte direkte Steuern und Sozialbeiträge. Sacheinkommen wie zum Beispiel unterstellte Miete (der kalkulatorische Einkommenswert von Wohnungseigentum) ist in dieser Analyse nicht enthalten. Das verfügbare Einkommen und seine Verteilung spiegeln Unterschiede des Anteils von Einzelpersonen am Nationaleinkommen der Mitgliedstaaten sowie Unterschiede in ihrer Verfügungsgewalt über Güter und Dienstleistungen wider. Die meisten der in diesem Kapitel verwendeten Daten entstammen dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft 1995 (ECHP). Für Frankreich sind nicht alle Informationen verfügbar, und Schweden und Finnland wurden von dieser Erhebung nicht erfasst.

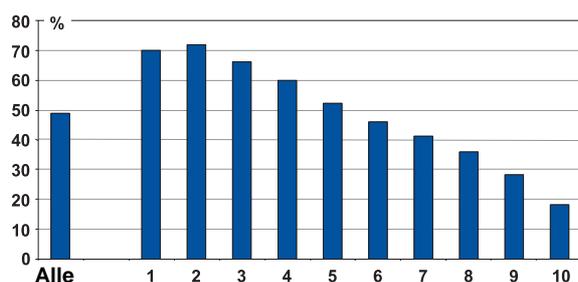
Einkommens und des geringsten Anteils des verfügbaren Einkommens festgestellt, und Griechenland folgte knapp dahinter.

- **... und am oberen:** In allen Mitgliedstaaten wiesen das siebte bis zehnte Dezil überdurchschnittliche Einkommensanteile auf. Im obersten Dezil verzeichnete Portugal den höchsten Wert (fast 28%), gefolgt von Irland (über 26%). Der geringste Anteil wurde in Dänemark (20%) festgestellt. Portugal wies auch den höchsten Wert im neunten Dezil auf. Anzumerken ist, daß diese hohen Anteile innerhalb Portugals nur eine relative Bedeutung haben. Die absoluten Einkommen in diesen Dezilen waren aufgrund des niedrigen mittleren Einkommens in diesem Land nicht besonders hoch. Tatsächlich verzeichneten sowohl Griechenland als auch Portugal 1994 in ihren höchsten Dezilen das niedrigste absolute mittlere Einkommen.
- **Der Anteil einkommenschwacher Gruppen** korreliert stark mit der allgemeinen Ungleichheit. Hohe Anteile (21-24%) finden sich in Griechenland, Irland, Portugal und dem Vereinigten Königreich, niedrige Anteile (10-14%) in Dänemark und in den Niederlanden.

Fast 50 Prozent der EU-Bürger geben an, finanzielle Schwierigkeiten zu haben ...: Das Einkommen ist ein objektives Maß für die Verfügungsgewalt über Güter und Dienstleistungen, aber es deckt sich nicht unbedingt mit der Erfahrung der Menschen. Daher ist es wichtig, die Haushalte zu fragen, ob sie Schwierigkeiten haben, mit ihrem Geld auszukommen. Rund die Hälfte der EU-Bürger lebte 1994 in Haushalten, die angaben, zumindest gewisse finanzielle Schwierigkeiten zu haben. Die größten Probleme wurden von den südlichen Mitgliedstaaten gemeldet. In Griechenland und Portugal gaben fast 80% an, ernsthafte Probleme zu haben, gefolgt von Spanien und Irland.

... und ihre Probleme scheinen mit niedrigen Einkommen verbunden zu sein: Griechenland, Portugal und Spanien weisen die niedrigsten verfügbaren

Personen in Haushalten, die Problemen haben, mit ihrem Geld auszukommen, in Dezilen (%)



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

ren mittleren Einkommen in der EU und ein relativ hohes Maß an Ungleichheit auf. Die Prozentsätze der Menschen, die angeben, in Haushalten mit finanziellen Schwierigkeiten zu leben, lagen in Griechenland und Portugal in den ersten drei bis vier Einkommensdezilen bei über 90%, was darauf schließen läßt, daß das gemessene niedrige Einkommen und die angegebenen Schwierigkeiten in einem engen Zusammenhang miteinander stehen. Andererseits sollte man den angegebenen Schwierigkeiten nicht voreilig einen absoluten Wert beimessen. Selbst in relativ wohlhabenden Mitgliedstaaten fühlten sich noch 10 bis 20% der Personen der beiden höchsten Dezile durch finanzielle Schwierigkeiten beeinträchtigt.

- **Die Ungleichheit stieg in den meisten EU-Mitgliedstaaten an ...:** Daten aus anderen Quellen, die zwar nicht für die Mitgliedstaaten untereinander, aber für die einzelnen Mitgliedstaaten im zeitlichen Verlauf vergleichbar sind, zeigen im Zeitraum 1980-1995 in den meisten Mitgliedstaaten einen Anstieg der Ungleichheit⁴. Ein Rückgang war in den Jahrzehnten vor 1980 zu beobachten.
- **... aber die in jüngster Zeit verzeichnete Verstärkung der Ungleichheit war nicht universell:** Der im Zeitraum 1980-1995 verzeichnete Anstieg der Ungleichheit war in Dänemark, den Niederlanden, in Schweden und im Vereinigten Königreich am stärksten. Ein moderater Anstieg wurde in Frankreich, Deutschland sowie in Japan und in den Vereinigten Staaten verzeichnet. In Irland und Finnland war die Veränderung vernachlässigbar, und Italien verzeichnete einen geringfügigen Rückgang. In vielen dieser Mitgliedstaaten war die Ungleichheit in den Jahrzehnten vor 1980 zurückgegangen.
- **Die ungleiche Verteilung von Vermögen...** ist aufgrund der viel schlechteren Datenverfügbarkeit weniger gut dokumentiert. Einige Studien weisen darauf hin, daß die ungleiche Verteilung des persönlichen Vermögens in Frankreich, Deutschland, Schweden und im Vereinigten Königreich Mitte der 80er Jahre in etwa vergleichbar war, während die Vereinigten Staaten einen viel höheren Wert aufwiesen und die Unterschiede in Japan viel schwächer ausgeprägt waren. In den Vereinigten Staaten war diesem hohen Wert ein starker Anstieg ab Mitte der 70er Jahre vorgegangen.
- **... ist nur zum Teil mit der Ungleichheit des Einkommens verbunden:** In den Vereinigten Staaten ist die Ungleichheit sowohl beim Vermögen als auch beim Einkommen hoch. In Frankreich, Deutschland, Schweden und im Vereinigten Königreich ist die Ungleichheit in der Verteilung des Vermögens ungefähr gleich, aber es gibt Unterschiede in der Ungleichheit der Einkommen.

⁴ Siehe Gottschalk et Smeeding, 1998

2.3.2 Sozialtransfers

Einkommen und seine Verteilung gelten als Ergebnis eines Prozesses, in dessen Verlauf Markteinkommen durch Sozialtransfers (vom Wohlfahrtsstaat) und private Transfers (durch andere Haushalte) umverteilt werden. Der Prozeß und seine Ergebnisse werden hier untersucht. Dabei wird auf die Generationenkonflikte eingegangen, vor allem was das Gleichgewicht der verschiedenen Transfers nach Alters- und sozialen Gruppen anbelangt.

Einkommenskonzepte und Transfers

In diesem Kapitel wird auf mehrere Einkommenskonzepte Bezug genommen. Alle Konzepte sind monetär, d.h., daß Sacheinkommen oder Sachtransfers nicht berücksichtigt werden. Zwischen den Einkommenskonzepten und Transfers bestehen folgende Beziehungen:

1. *Bruttomarkteinkommen*
- bezahlte Steuern und Sozialtransfers

----- =

2. *Nettomarkteinkommen*
+ erhaltene Sozialtransfers
+ erhaltene private Transfers

----- =

3. *verfügbares Einkommen*

- Das Bruttomarkteinkommen ist das gesamte Geldeinkommen aus Arbeit und Kapital.
- Das Nettomarkteinkommen ist das Markteinkommen nach Entrichtung von Steuern und Überweisung von Sozialtransfers. Steuern und Sozialabgaben werden in diesem Kapitel allerdings nicht analysiert. Dasselbe gilt für das Bruttomarkteinkommen.
- Das verfügbare Einkommen ist das Nettomarkteinkommen zuzüglich der erhaltenen sozialen und privaten Transfers. Die erhaltenen Sozialtransfers (d. h. die Sozialleistungen) bestehen in Alters- und Hinterbliebenenbezügen und anderen Sozialleistungen (Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit, Krankheit etc.). Sie können staatlicher oder privater Natur sein. Die erhaltenen privaten Transfers sind von anderen Haushalten eingegangene Geldtransfers. Das Gegenstück dieser Komponente, die Zahlungen, wird vom Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

(ECHP) nicht gemessen. Sie werden vom ECHP nicht vom Markteinkommen in Abzug gebracht.

Zusammenfassung der Betrachtung der Transfers: Es ist anzumerken, daß die erhaltenen Geldtransfers (soziale und private) gemessen und analysiert werden. Die bezahlten Sozialtransfers (Steuern und Sozialabgaben) werden nicht analysiert, sondern im Konzept des Nettomarkteinkommens berücksichtigt. Die bezahlten privaten Transfers werden weder analysiert noch berücksichtigt.

- **Sozialtransfers spielen in allen Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle:** Die EU-Ausgaben für Sozialschutz (hier als Synonym für Sozialleistungen verwendet) beliefen sich 1996 auf 29% des BIP. Die nördlichen Mitgliedstaaten verzeichneten hohe Prozentsätze, während die Werte in Irland (19%) und in den südlichen Mitgliedstaaten niedriger lagen. Wenn man die Prozentsätze der Gesamtleistungen betrachtet, machte die Alters- und Hinterbliebenenversorgung in der EU durchschnittlich 45% aus, wobei die Abweichungen zum Teil auf das unterschiedliche Alter beim Eintritt in den Ruhestand und auf Klassifizierungsprobleme zurückzuführen waren. Krankenpflege, Gesundheits- und Behindertenfürsorge bildeten mit durchschnittlich 35% den zweithöchsten Anteil (einschließlich Sachleistungen im Bereich der Gesundheitsfürsorge). Die Niederlande und Portugal verzeichneten in diesem Bereich einen viel höheren Wert (bis 45%). Der Rest entfiel auf Familien und Kinder (8%), Arbeitslosenunterstützung (8%), Wohnung und soziale Ausgrenzung (gemeinsam 3%). Siehe Ausgaben für Sozialschutz (1.8) und Altersversorgung (1.9).

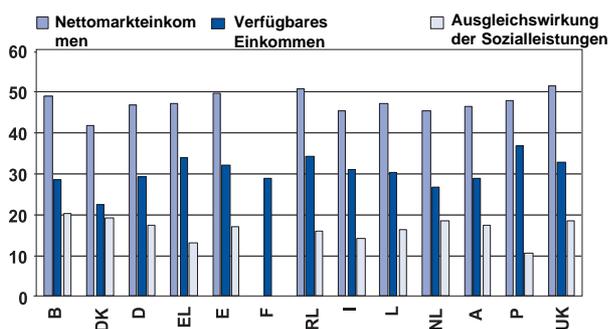
Die Rolle der Sozialtransfers könnte nur in der Umverteilung des Markteinkommens von höheren zu niedrigeren Einkommen und über den Lebenszyklus hinweg gesehen werden. Es ist aber auch wichtig zu erkennen, daß ein System von Transfers (und Steuern) noch andere Auswirkungen hat.

- **Sozialtransfers beeinflussen das Verhalten auf dem Arbeitsmarkt ...:** Ein oft diskutierter Effekt der Sozialtransfers besteht darin, daß sie in die Armutsfalle führen, d. h., daß das Markteinkommen

durch das Transfersystem umverteilt wird, was möglicherweise eine verringerte Bereitschaft zur Erzielung eines höheren Einkommens zur Folge hat.

- Sozialtransfers können auch Auswirkungen auf die **Risikobereitschaft** haben. Die Menschen sind eventuell risikofreudiger, wenn sie wissen, daß sie im Fall des Scheiterns vom System der Sozialtransfers geschützt werden. Auf der anderen Seite könnte die Möglichkeit, "Glück" zu haben, als weniger lohnend empfunden werden. Die Gesamtauswirkung der Sozialtransfers auf die Risikobereitschaft kann Folgen für das Wirtschaftswachstum und die Einkommensverteilung haben.
- Zuletzt ist anzumerken, daß die Sozialtransfers Einfluß darauf haben, inwieweit sich einzelne **privat** gegen Risiken wie Berufsunfähigkeit und Alter **versichern**. Dadurch werden Änderungen in der Sozialpolitik zum Teil kompensiert.
- **Sozialleistungen verändern auch das Markteinkommen:** Hier soll nicht versucht werden, diese Auswirkungen auf das Verhalten zu quantifizieren. Es kann jedoch festgestellt werden, daß das Markteinkommen vom Wohlfahrtsstaat beeinflusst wird. Aus diesem Grund sollte die Sozialpolitik auch der Verteilung des Markteinkommens und seiner Beziehung zur Umverteilung Rechnung tragen.
- **Die Markteinkommen nach Alter ...:** Personen zwischen 25 und 49 Jahren leben im allgemeinen in den Haushalten mit dem höchsten Nettomarkteinkommen, aber auch in den größten Haushalten. Offensichtlich werden ihre relativ hohen Nettomarkteinkommen durch den Minderungseffekt der Äquivalenzberechnung nicht vollständig kompensiert.

Ungleichheiten im Einkommen



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

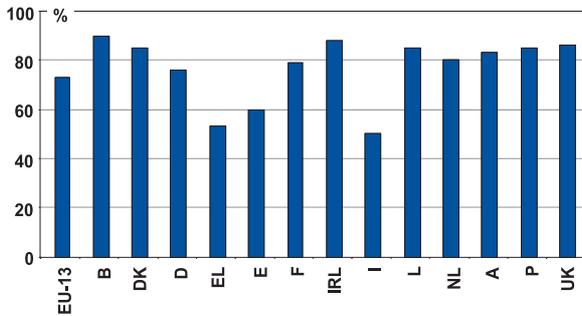
- **... unterscheiden sich vom verfügbaren Einkommen:** Beim Vergleich mit dem verfügbaren Einkommen ist das Altersmuster in der EU einheitlich, außer bei den Altersgruppen 50-64 (niedrigeres verfügbares Einkommen) und 65 und darüber (viel niedrigeres verfügbares Einkommen). Die Altersgruppe zwischen 25 und 49 verfügt in allen Mitgliedstaaten über das höchste Markteinkommen.
- **Die Verteilung des Nettomarkteinkommens ist unterschiedlich ...:** Die umverteilende Wirkung sozialer und privater Transfers auf das Markteinkommen läßt sich anhand ihrer Auswirkungen auf die Ungleichheit mit dem Gini-Koeffizienten messen. Die Ungleichheit des Markteinkommens wird hier durch ein 'Netto'-Einkommenskonzept gemessen, was bedeutet, daß direkte Steuern und Sozialabgaben bereits in Abzug gebracht wurden. Die größten Ungleichheiten im Nettomarkteinkommen wurden im Vereinigten Königreich (51,8) und in Irland (51,0) festgestellt, die geringsten in Dänemark (42,0), Italien und in den Niederlanden (beide 45,7).
- **... und die Sozialtransfers verringern die Ungleichheiten innerhalb der Mitgliedstaaten ...:** Der Umverteilungseffekt der sozialen und privaten Transfers wird in dieser Analyse nur in bezug auf erhaltene Geldleistungen erhoben. Die (möglicherweise starke) Wirkung von Steuern und Sozialbeiträgen wurde nicht berücksichtigt. Erhaltene Sozial- und Privattransfers mindern die Ungleichheit. Die Auswirkungen der Sozialleistungen auf die Ungleichheit des Einkommens variierte von -10,9 (Portugal) über -12,5 (Griechenland) und -19,4 (Dänemark) bis zu -20,4 (Belgien), während die Auswirkungen der erhaltenen privaten Transfers nur in Griechenland -0,5 überschritten (-0,9). Die privaten Transfers hatten viel geringere, aber trotzdem die Ungleichheit mindernde Auswirkungen als die Sozialleistungen, ausgenommen in Belgien und Luxemburg, wo die Auswirkungen der privaten Transfers 'neutral' sind.
- **...aber sie verstärken die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten:** Die Sozialleistungen verringern die Ungleichheit der Einkommen innerhalb der Mitgliedstaaten, aber sie verstärken die Ungleichheit der Einkommen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Unterschiede bei den Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten steigen im Entwicklungsprozeß vom Nettomarkteinkommen zum verfügbaren Einkommen von 10 auf 14,5 Prozent. Es scheint keine eindeutige Beziehung zwischen der

Ungleichheit des Nettomarkteinkommens und der Umverteilung durch die Sozialleistungen zu existieren. Die Korrelation ist sehr gering und nicht relevant. So finden sich unter den vier Mitgliedstaaten mit der größten Ungleichheit des Nettomarkteinkommens sowohl die Staaten mit den niedrigsten (Portugal) als auch die mit den höchsten (Belgien) Umverteilungswerten.

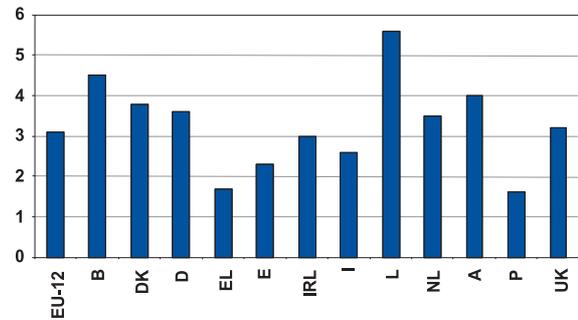
- **Die Umverteilung ist stärker, wenn die Sozialleistungen einen größeren Teil des BIP ausmachen ...:** Zwischen der Höhe der Leistungen, gemessen als Prozentsatz des BIP, und ihrem egalierenden Effekt scheint ein Zusammenhang zu bestehen. (Die Korrelation beträgt 0,68 und ist bei einem Niveau von 5% signifikant). In Portugal und Griechenland ist die Umverteilung am schwächsten ausgeprägt, und die Aufwendungen für Sozialleistungen sind relativ gering. In Dänemark hingegen ist die Umverteilung am stärksten und geht Hand in Hand mit den relativ höchsten Sozialleistungen.
- **... und ist am stärksten in den Mitgliedstaaten mit höheren mittleren Einkommen:** Ein höheres mittleres verfügbares Einkommen korreliert mit einer stärkeren Umverteilung durch Sozialleistungen, wenn man Luxemburg mit seinem hohen Durchschnittswert außer acht läßt. Die Korrelation scheint stark (0,86) und signifikant (bei einem Niveau von 1%) zu sein. Es ist jedoch anzumerken, daß Steuern und Sozialabgaben nicht berücksichtigt wurden. Auch die Kausalität dieser Beziehung ist nur schwer feststellbar. Möglicherweise bildet ein dritter gemeinsamer Faktor die zugrunde liegende Ursache.
- **Die meisten Haushalte erhalten Sozialleistungen ...:** Mehr als 70% der Personen lebten in Haushalten, die angaben, 1994 Sozialtransfers erhalten zu haben, wie zum Beispiel Leistungen in den Bereichen Arbeitslosigkeit, Alter, Alters- und Hinterbliebenenversorgung (sowohl Privat- als auch Sozialtransfers), Familie, Krankheit und Invalidität sowie Stipendien (siehe Schaubild 3). Griechenland, Spanien und Italien wiesen die niedrigsten Prozentsätze auf (50-60%), während alle anderen Mitgliedstaaten im Bereich zwischen 77 und 90% liegen.
- In fast allen Mitgliedstaaten ist eine **U-förmige Beziehung** zwischen Alter und Prozentsatz der Personen feststellbar, deren Haushalte Sozialleistungen erhielten. Dieser Prozentsatz liegt bei Kindern unter 16 bei 90%, in der Altersgruppe zwischen 25 und 64 bei 84% und in der Gruppe ab 65 bei 94%. In Griechenland, Spanien und Italien wurde die U-Form ebenfalls festgestellt, außer daß die Werte bei den Kindern niedriger waren. Dieser zuletzt genannte Unterschied läßt sich durch das geringe Maß an familienbezogenen Leistungen in diesen Ländern erklären.
- **...aber die erhaltenen Beträge unterscheiden sich nach Mitgliedstaat...:** Der durchschnittliche, soziale Äquivalenz-Nettotransfer betrug für alle Personen einschließlich Personen in Haushalten, die keine Sozialtransfers erhalten, 3 100 KKS (siehe Schaubild 4). Am niedrigsten war dieser Wert in Portugal (1,6) und Griechenland (1,7) und am höchsten in Belgien (4,5) und in Luxemburg (5,6).
- **...und nach Alter...** Die Altersverteilung zeigt, daß in allen Mitgliedstaaten eindeutig Personen von 50 Jahren und darüber begünstigt werden, wobei Personen ab 65 normalerweise das Zwei- bis Dreifache erhalten wie die Altersgruppe zwischen 50 und 64.
- **...und nach Einkommen:** Die EU-weite Verteilung der Sozialleistungen nach Dezilen zerfällt in drei Teile: im ersten Dezil waren die durchschnittlich erhaltenen Transfers relativ niedrig, in den nächsten acht Dezilen waren sie höher, aber relativ stabil, während sie im letzten Dezil erheblich höher waren. Dieses aus 'drei Ebenen' bestehende Bild ist in acht Mitgliedstaaten zu beobachten, wobei die zweite Ebene stärkere Schwankungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten aufweist. Belgien, Dänemark, Irland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich wiesen allerdings in fünf bis sieben aufeinanderfolgenden Dezilen sinkende Mittelwerte auf. Mit Ausnahme Irlands haben diese Mitgliedstaaten die Systeme mit der stärksten Umverteilung. Die Ungleichheit am unteren Verteilungsende wurde nur zum Teil gemindert, während die Ungleichheit am oberen Ende durch die erhaltenen Sozialtransfers sogar erhöht wurde. Es sollte jedoch berücksichtigt werden, daß Steuern und Sozialbeiträge in dieser Analyse nicht enthalten sind. Wenn ihre Auswirkungen zu den Auswirkungen der Sozialleistungen hinzugerechnet werden, könnte sich das Bild stärker zugunsten des niedrigsten Dezils (der niedrigsten Dezile) verschieben, da diese normalerweise weniger Sozialbeiträge zahlen als der Durchschnitt.

- Transfers sorgen für eine Umverteilung des Einkommens während der gesamten Lebenszeit...** : Welche Rolle die Transfers bei der Umverteilung des Einkommens während der Lebenszeit spielen, wurde durch die Analyse der erhaltenen durchschnittlichen Transfers nach Altersgruppe geklärt. Die Lebenseinkommen sind zum Beispiel in Schweden und in den Niederlanden um 35-45% gleichmäßiger verteilt als die Jahreseinkommen. Aber die Verteilung des Lebenseinkommens wird auch von der sozialen Sicherheit beeinflusst: In den Niederlanden mindert das Sozialsystem die Ungleichheit des Lebenseinkommens für den Jahrgang 1930 zum Beispiel um 30% und für den Jahrgang 1950 um 15%⁵.

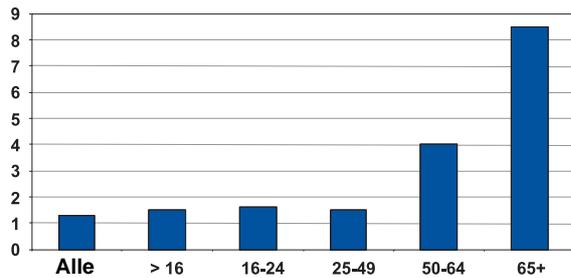
Personen in haushalten, die Sozialleistungen erhalten (in%), 1994



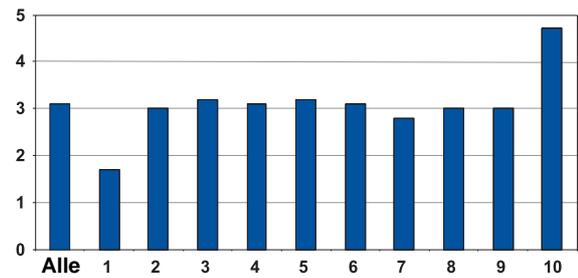
Mittlere erhaltene Äquivalenz-Sozialleistung (000 KKS), 1994



Mittlere erhaltene Äquivalenz-Sozialleistung (000 KKS) nach Alter, EU-15, 1994



Mittlere erhaltene Äquivalenz-Sozialleistung (000 KKS) nach Dezil, EU-15, 1994



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

⁵ Nelissen, 1998

2.3.3 Private Transfers

Das Markteinkommen und seine 'Korrektur' durch Sozialtransfers wurden in den vorhergehenden Teilen dieses Kapitels behandelt. Die Rolle anderer, privater Transfers kann anhand derselben Prämissen untersucht und mit den Sozialtransfers verglichen werden.

Berücksichtigt werden nur Geldtransfers zwischen lebenden Personen in verschiedenen Haushalten. Aus diesem Grund bleibt Taschengeld, das von Eltern an die zu Hause lebenden Kinder ausbezahlt wird, ebenso unberücksichtigt wie Hinterlassenschaften. Über diese Transfers gibt es kaum statistische Informationen. Ihre Auswirkungen auf Einzelpersonen sind jedoch zweifellos beträchtlich. Sachtransfers wie Unterkunft und Verpflegung werden hier ebenfalls nicht in Betracht gezogen.

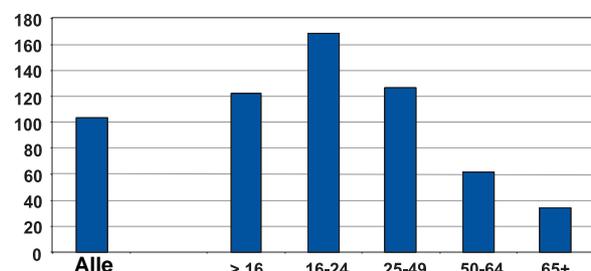
Anzumerken ist, daß in einigen Mitgliedstaaten rechtliche oder kulturelle (formale) Verpflichtungen die privaten Transfers beeinflussen. In Italien gibt es zum Beispiel ein Gesetz (aber auch eine einschlägige Kultur), das Kinder in gewissen Fällen verpflichtet, ihre alten Verwandten zu unterstützen.

- **Rund 8% aller Personen sind Empfänger privater Geldtransfers von anderen Haushalten...** Unter Berücksichtigung aller privaten Geldtransfers von anderen Haushalten betrug der Anteil der Personen, die angaben, 1994 solche Transfers erhalten zu haben, in der gesamten EU 8%. Anzumerken ist, daß das Ergebnis weit höher gewesen wäre, wenn zu diesem Thema umfassendere Daten zur Verfügung gestanden hätten. Die meisten privaten Transfers finden zwischen den Generationen innerhalb der Familien statt, zum Beispiel von Eltern an ihre erwachsenen Kinder. Aber selbst die höchsten Prozentsätze - in manchen Mitgliedstaaten 12% - waren im Vergleich zu den Anteilen der Sozialtransfers äußerst bescheiden.
- **Die Verteilung nach Alter** zeigt, daß die Altersgruppe zwischen 16 und 24 Jahren eher Transfers erhält als ältere Gruppen (15% verglichen mit 3% bei Personen von 65 und darüber). Die finanzielle Unterstützung für Ausbildungszwecke kann die hohe Frequenz bei jungen Erwachsenen nur zum Teil erklären. Das Altersmuster scheint in fast allen Mitgliedstaaten universell zu sein. Kinder

unter 16 nahmen fast überall eine Mittelposition ein. Der Prozentsatz der Personen, die private Transfers erhielten, nach Dezilen des verfügbaren Einkommens zeigt eine negative Beziehung zwischen der Frequenz der Transfers und dem Einkommensstand des Empfängers.

- **... und die Vermittler privater Transfers sind meist über 40 ..:** Einige Studien über Italien ergaben, daß Haushalte in der Altersgruppe zwischen 40 und 60 (rund 5%) am öftesten Geldzahlungen tätigten, während diese Frequenz mit steigendem Alter sank. Deutsche Studien ergaben, daß in diesem Land 1996 31% der Personen zwischen 40 und 85 Geld zahlten, aber die Summe korrelierte nicht mit dem Alter in dieser Gruppe.
- **Der durchschnittlich erhaltene Betrag ist niedrig...** Der Betrag des durchschnittlichen privaten Äquivalenztransfers, bezogen auf Personen in der EU (außer Frankreich), liegt bei etwa 100 KKS, was weniger ist als 1% des verfügbaren mittleren Einkommens. Dieser Wert schließt Personen in Haushalten ein, die keine privaten Transfers erhielten. Er bewegt sich von etwa 30 KKS bis über 200 KKS pro Mitgliedstaat (außer Luxemburg, wo der durchschnittliche Betrag höher lag).
- **...wodurch hauptsächlich die niedrigeren und die**

Mittlerer erhaltener Äquivalenz-Privattransfer (KKS) nach Alter



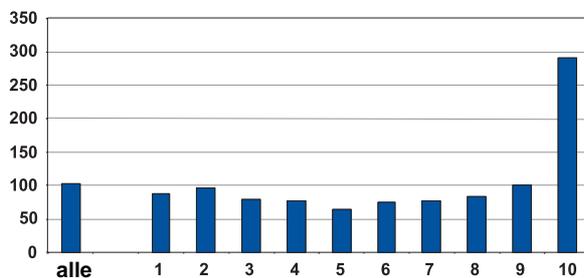
Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

höheren Einkommensgruppen bevorzugt werden: Die Verteilung nach Einkommensdezilen zeigt, daß die durchschnittlichen privaten Transfers vom dritten bis zum siebten Dezil relativ niedrig sind, in den ersten beiden Dezilen und im achten und neun-

ten Dezil etwas höher liegen, und im zehnten Dezil einen viel höheren Wert erreichen. Dieses Muster stimmt mit der Annahme überein, daß die (höheren) Transfers in den ersten Dezilen eher altruistische Motive haben und daß die (viel höheren) Transfers in den drei höchsten Dezilen von 'Reich an Reich' gehen. Der in den Vereinigten Staaten 1987 erhaltene Durchschnittsbetrag war drei- bis viermal so hoch wie der in der EU, nahm mit steigendem Alter stark ab und war für die mittleren Einkommensgruppen erheblich niedriger. Die gegebenen Geldbeträge waren jedoch in der Altersgruppe zwischen 50 und 75 Jahren am höchsten und stiegen mit dem Einkommen des Gebers.

- **Besteht eine Beziehung zwischen Sozial- und**

Mittlerer erhaltener Äquivalenz-Privattransfer (KKS) nach Dezil, EU-15, 1994



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

Privattransfers? Der neoklassischen Theorie über die Beziehung zwischen sozialen und privaten Transfers zufolge liegen den privaten Transfers zwischen Haushalten altruistische Motive zugrunde (falls sie nicht gesetzlich vorgeschrieben sind). Das bedeutet, daß Sozialtransfers, wenn sie als altruistisch betrachtet werden, die Notwendigkeit privater Transfers mindern. Und wenn Sozialtransfers nicht altruistisch sind, können private Transfers sogar zur Schaffung eines 'privaten Sicherheitsnetzes' herangezogen werden.

- **Private Transfers können Sozialtransfers kompensieren...:** Betrachtet man die Daten deutscher Studien, so zeigt sich, daß es trotz der weit verbreiteten Sozialtransfers weiterhin private Transfers zwischen den Generationen gibt, daß diese das Sozialtransfersystem aber nun zum Teil kompensieren: staatliche Pensionstransfers an ältere Bürger werden zu der jüngeren Generation rückkanalisiert. In der EU scheint eine gewisse 'Rückverteilung' des staatlich umverteilten Geldes stattzufinden. Der durchschnittliche Sozialtransfersaldo weist einen Überhang von mehreren Tausend KKS zugunsten der Älteren auf, wobei der Saldo der privaten Transfers in die andere Richtung weniger als 150 KKS beträgt.

- **...aber die privaten Transfers können von den**

Sozialtransfers unabhängig sein: In der italienischen Studie wurde der Schluß gezogen, daß sich die Italiener so verhalten, als bestünde ein Generationenvertrag, was bedeutet, daß private Transfers auf die Sozialpolitik nicht besonders sensibel reagieren. In der EU weisen die Mitgliedstaaten, die in Bezug auf das verfügbare Einkommen die größten Unterschiede verzeichneten (Portugal und Irland), den geringsten Prozentsatz an Bürgern auf, die private Transfers erhalten, und eine geringe Höhe der durchschnittlich erhaltenen Beträge. Allerdings weisen zwei Mitgliedstaaten mit einem hohen Maß an Gleichheit (Dänemark und die Niederlande) stark divergierende Prozentsätze auf: 12% und 2% und 80 und 31 KKS. Folglich ist es schwierig, eindeutige Schlüsse über das Verhältnis von privaten Transfers und Sozialtransfers zu ziehen.

2.3.4 Die Beziehung zur Sozialunterstützung

Einkommen und seine Verteilung sind mit der Nachfrage nach und der Gewährung von sozialer Unterstützung verbunden. Es ist daher angebracht, einen Blick auf die Auswirkung der Einkommensentwicklung auf die soziale Unterstützung zu werfen. Derzeit sind allerdings weder die zukünftigen Einkommensentwicklungen noch diese Beziehungen eindeutig erkennbar.

Es soll an dieser Stelle nicht versucht werden, präzise Vorhersagen über die Entwicklung der Einkommen in den Mitgliedstaaten zu treffen. Aus Gründen der Einfachheit werden wir bestimmte Entwicklungen betrachten, die in naher Zukunft möglicherweise sowohl die Höhe als auch die Ungleichheit der Einkommen steigern werden. Für die meisten entwickelten Länder wird zumindest auf kurze Sicht ein anhaltendes Wirtschaftswachstum prognostiziert. Die Ungleichheit kann aus mehreren Gründen zunehmen: etwa wegen des (kontinuierlichen) Rückgangs des Industriesektors und seiner Auswirkungen auf das Markteinkommen⁶ und wegen der Verringerung der Sozialtransfers und der (progressiven Elemente) der Steuersätze mehrerer Mitgliedstaaten.

Auf der Nachfrageseite der Sozialunterstützung spielen die folgenden Prozesse eine Rolle:

- Es besteht eine positive Korrelation zwischen der **Einkommenshöhe** und dem Gesundheitsstatus. Siehe Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten (1.14). Daraus ist zu schließen, daß ein einheitlicher Einkommensanstieg für alle Bürger eines Landes zu einem besseren allgemeinen Gesundheitszustand führen würde, und damit zu einem Rückgang der Nachfrage nach sozialer Unterstützung. Es könnte jedoch auch eine entgegengesetzte Kausalität bestehen: Unterschiede im Gesundheitszustand könnten eine Ursache für Einkommensunterschiede sein.
- Das Wirtschaftswachstum wird auch Auswirkungen auf die **Einkommensverteilung** haben. Eine größere Ungleichheit der Einkommen wird mit einer größeren Ungleichheit des Gesundheitszustands assoziiert. Aus einigen Studien geht hervor, daß die Ungleichheit der Einkommen für sich betrachtet ein potentieller Streßfaktor ist und abträgliche

Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt und die Gesundheit der Bevölkerung hat.

- **Gruppen mit niedrigem Einkommen** sind schutzbedürftig. Ihr Gesundheitszustand ist möglicherweise schlechter, und sie haben oft weniger Zugang zur Gesundheitsversorgung. Die zu erwartende wachsende Ungleichheit der Einkommen wird voraussichtlich bedeuten, daß der Anteil von Gruppen mit niedrigem Einkommen wie ältere Menschen und Alleinerzieherfamilien ebenfalls zunehmen wird. Die relative Position dieser Gruppen könnte zu einem Anstieg der Nachfrage nach Sozialleistungen führen.

Die Angebotsseite ist nicht klar strukturiert:

Die Beziehung zwischen dem Einkommen und Hilfeleistungen ist ein wichtiger Faktor. Personen mit höheren Einkommen helfen Erwachsenen in anderen Haushalten mit größerer Wahrscheinlichkeit. Siehe soziale Beteiligung (2.4). Die Haushalte werden in Zukunft möglicherweise aus weniger Personen bestehen, siehe Bevölkerung und zusammenhängende Fragen (2.1), woraus folgt, daß die Hilfe, welche die Haushalte einander leisten, eine möglicherweise wichtigere Rolle spielen wird. Andererseits beläuft sich die Hilfe, die Personen mit höheren Einkommen gewähren, normalerweise auf relativ wenige Stunden. Siehe soziale Beteiligung (2.4).

⁶ Gustafsson und Johansson (1997)

2.4. SOZIALE BETEILIGUNG

Dieses Kapitel befaßt sich mit der sozialen Beteiligung. Es wird darin untersucht, inwieweit die Bürger der EU mit ihren Familien, Freunden und Nachbarn interagieren und sich aktiv am sozialen und kulturellen Leben ihrer Gemeinden beteiligen.

In Kürze:

- **Die soziale Interaktion ist in der gesamten EU sehr stark.** Vor allem in Griechenland, Spanien, Irland und Portugal spielen die Nachbarschaftsbeziehungen eine wichtige Rolle.
- **Soziale Kontakte bleiben auch im Alter wichtig.** Ältere Bürger werden von ihren Familien nicht allein gelassen: Fast vier Fünftel sehen täglich eine/n Verwandte/n. Außerdem sprechen fast vier Fünftel der über 80jährigen mindestens einmal pro Woche mit einem Nachbarn.
- **Eine Minderheit der sehr alten Bürger (die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe) hat jedoch sehr beschränkte soziale Kontakte:** Durchschnittlich fallen etwas mehr als 6% der über 80jährigen in diese Kategorie (1% in Dänemark und 15% in Italien), verglichen mit 1% bei den 16 bis 39jährigen.
- **Nur 20% der Betreuungspersonen** ab 16 Jahren geben an, ihre Betreuungspflichten hinderten sie daran, so viel bezahlte Arbeit zu übernehmen, wie sie dies anderenfalls tun würden; bei den Betreuungspersonen handelt es sich in der großen Mehrzahl um Frauen zwischen zwanzig und vierzig Jahren.
- **Organisierte soziale Beteiligung ist in der EU relativ häufig,** zum Beispiel in Klubs, in Verbänden und in Form von politischen Aktivitäten. Im Gegensatz zu der informellen sozialen Interaktion zwischen Familienmitgliedern und Nachbarn ist die Beteiligung an formellen Aktivitäten im Norden häufiger als im Süden.
- **Freiwillige Aktivitäten sind sehr häufig:** Mindestens jeder vierte EU-Bürger leistet unbezahlte Arbeit für eine Reihe von wohltätigen Zwecken und Freiwilligengruppen. Das Ausmaß dieser Aktivitäten wird in der EU kaum anerkannt, läßt jedoch darauf schließen, daß es für die in den vorhergehenden drei Kapiteln von Abschnitt 2 skizzierte Nachfrage ein enormes Reaktionspotential gibt.
- **Der Sektor der Freiwilligenarbeit ist in den letzten zwanzig Jahren rasant gewachsen** und ist im Norden besser etabliert als im Süden. Die überwältigende Mehrzahl der Freiwilligenorganisationen sind kleine Unternehmen mit einigen wenigen Beschäftigten und im Durchschnitt schätzungsweise 20 Freiwilligen.

2.4.1 Einführung

Die aktive Teilnahme an der Gesellschaft ist ein Zeichen für sozialen Zusammenhalt, denn sie spiegelt den Zustand der gesellschaftlichen Beziehungen sowie die Bereitschaft und Fähigkeit des einzelnen wider, sich an der Gesellschaft zu beteiligen. Das Maß des sozialen Zusammenhalts läßt sich an den Beiträgen ermes sen, welche die Bürger zur Gesellschaft leisten (dasselbe gilt für Gruppen oder Organisationen). Eine solche Beteiligung wird normalerweise am Maßstab der bezahlten Beschäftigung gemessen, wird aber auch in kultureller, politischer und sozialer Beteiligung ausgedrückt. Diese soziale Beteiligung steht im Mittelpunkt dieses Kapitels.

In Anbetracht der rasanten und kontinuierlichen Veränderungen, die sich auf kulturellem, wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet vollziehen, ist es für die Politiker unverzichtbar festzustellen, ob der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft aufrechterhalten bleibt oder ob er rückläufig ist. Bedauerlicherweise verfügen wir nicht über die notwendigen Vergleichsdaten, um solche Veränderungen im zeitlichen Verlauf messen zu können, aber in diesem

Kapitel werden die wenigen verfügbaren EU-Daten herangezogen, so daß sich ein erstes Bild der sozialen Beteiligung im europäischen Maßstab ergibt.

Dieses Kapitel basiert auf der Annahme, daß der soziale Zusammenhalt vom Ausmaß der sozialen Beteiligung abhängig ist. Die Beziehung zwischen aktiver Teilnahme an der Gesellschaft, Zusammenschlußfreudigkeit und Einsatz ist dynamisch: Je stärker sich Einzelpersonen in einem Klub, in einer Organisation oder in der Gesellschaft engagieren, desto stärker werden ihre Bindungen sein, und desto stärker werden sie sich mit ihrer Gruppe identifizieren, und desto größer wird der soziale Zusammenhalt. Natürlich geht es bei der Beteiligung nicht nur um die individuelle Wahrnehmung von Wahlmöglichkeiten, sondern auch um Elemente normativer Art (die Existenz einer moralischen Teilnahmeverpflichtung) und struktureller Art (die Fähigkeit des einzelnen zur Teilnahme und die Existenz etwaiger Barrieren, zum Beispiel bei finanziellen Mitteln oder Einstellungen).

2.4.2 Sozialer Kontakt

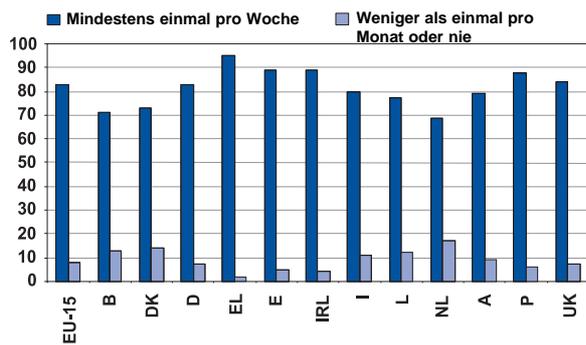
Manchmal wird behauptet, daß sich die sozialen Beziehungen mit dem Rückgang der Interaktionen außerhalb des häuslichen Umkreises verengen. In der gesamten EU wurde jedoch ein hohes Maß an nachbarlicher Interaktion festgestellt. Im Durchschnitt sprechen mehr als vier Fünftel aller Bürger mindestens einmal in der Woche mit einem Nachbarn. Am stärksten ist diese Tendenz in den drei südlichen Mitgliedstaaten und in Irland.

Relativ intensive Kontakte mit den Nachbarn stehen in keiner Beziehung zum Einkommen. Die Abweichungen in der Intensität dieser Interaktionen betragen zwischen den Einkommensgruppen des obersten und des untersten Dezils nur 5 Prozentpunkte. In Portugal beträgt diese Differenz allerdings das Dreifache des Durchschnitts (92% der Angehörigen des untersten Dezils sprechen mindestens einmal pro Woche mit ihren Nachbarn, verglichen mit 77% des höchsten Dezils).

Das hohe Maß der verbalen Interaktion zwischen Nachbarn sagt etwas über die grundlegenden sozialen Kontakte aus und damit über das anzunehmende Nichtvorhandensein von Isolation. Umgekehrt betrachtet bedeutet das, daß damit auch eine der grundlegenden Voraussetzungen für Anomie und subjektive Einsamkeitsgefühle fehlt.

In Durchschnitt sprechen nur 8% der EU-Bürger im Alter von 16 Jahren und darüber seltener als einmal im Monat oder nie mit ihren Nachbarn. Allerdings läßt dies in den 13 Mitgliedstaaten auf eine Zahl von etwas mehr als 20 Millionen Menschen im Alter von 16 Jahren und darüber schließen, die vom Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) erfaßt wurden.

Prozentsatz der Menschen, die mindestens einmal pro Woche, weniger als einmal pro Monat oder nie ihren Nachbarn sprechen, 1995



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft, 1995

Welche Bevölkerungsgruppen sprechen tendenziell am seltensten mit ihren Nachbarn?

Junge Menschen in der Altersgruppe zwischen 16 und 24 (15% der Gesamtbevölkerung) und **ältere Menschen** ab 80 (12%) sprechen tendenziell am seltensten mit ihren Nachbarn. In Dänemark und in den Niederlanden spricht **jeder vierte junge Mensch** seltener als einmal pro Monat oder nie mit seinen Nachbarn. In Italien und in den Niederlanden gilt dies **für fast jeden fünften über 80jährigen**.

Arbeitslose Menschen sprechen seltener mit ihren Nachbarn als Beschäftigte und Rentner (jeweils 11%, 9% und 7% sprechen seltener als einmal pro Monat oder nie mit ihren Nachbarn).

Die **Gesundheit** hat Auswirkungen auf die sozialen Kontakte: 8% der Menschen mit guter Gesundheit, verglichen mit 11% der Menschen mit schlechtem oder sehr schlechtem Gesundheitszustand, sprechen nur einmal pro Monat oder nie mit ihren Nachbarn.

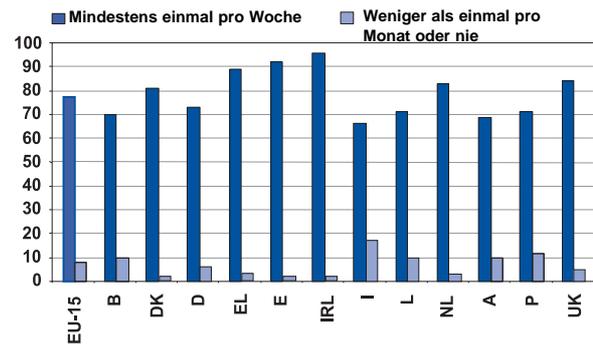
Der **Familienstand** ist ein signifikanter Indikator für eine geringe Interaktion mit den Nachbarn: 6% der Verheirateten, 11% der getrennt Lebenden, 12% der Geschiedenen, 8% der Verwitweten und 14% der nie verheiratet Gewesenen sprechen seltener als einmal pro Monat oder nie mit ihren Nachbarn.

Menschen mit niedrigem Einkommen, definiert anhand des Fehlens der Güter des Grundbedarfs, haben tendenziell am wenigsten Kontakt mit ihren Nachbarn: 12% jener, denen es an sechs derartigen Gütern mangelt, verglichen mit 8% derer, die über alle diese Bedarfsgüter verfügen.

Zusammentreffen mit Menschen (zu Hause oder anderswo)

Die EU-Bürger treffen häufig mit anderen zusammen. Auch hier zählen die südlichen Mitgliedstaaten und

Prozentsatz der Menschen, die mindestens einmal pro Woche, weniger als einmal pro Monat oder nie mit anderen zusammentreffen, 1995



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft, 1995

Irland zu den Ländern mit den höchsten Frequenzen persönlicher Interaktion, wobei auffällt, daß Portugal – im Gegensatz zur Intensität der Nachbarschaftskontakte – nicht unter ihnen ist. Dänemark, die Niederlande und das Vereinigte Königreich weisen im Vergleich zu den Nachbarschaftskontakten relativ hohe Werte auf.

Das Zusammentreffen mit anderen Menschen steht in einem Zusammenhang mit dem **Alter**. Bei jungen Menschen ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie zu Hause oder anderswo mit anderen zusammentreffen, höher als bei älteren Menschen: Der Prozentsatz, bei dem dies mindestens einmal pro Woche der Fall ist, nimmt mit zunehmendem Alter ständig ab und sinkt von 93% in der Altersgruppe zwischen 16 und 24 auf 66% bei Menschen über 80.

Darüber hinaus ist die Wahrscheinlichkeit, daß Menschen mit schlechtem oder sehr schlechtem **Gesundheitszustand** mindestens einmal pro Woche mit anderen zusammentreffen, geringer: 67% verglichen mit 81% bei jenen mit gutem oder sehr gutem Gesundheitszustand. Die Daten zeigen auch, daß die Wahrscheinlichkeit, mindestens einmal pro Woche mit anderen zusammenzutreffen, bei denen, die nicht über die sechs Güter des Grundbedarfs verfügen – normalerweise die niedrigeren Einkommensgruppen –, geringer ist als bei den Bessergestellten (die über alle Güter des Grundbedarfs verfügen). Die Werte liegen bei jeweils 68% und 80%.

Die Isolierten

Während die beiden bisher verwendeten Maße für soziale Kontakte etwas über das Isolierungspotential aussagen, können durch die Verwendung der Daten des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft die Bürger identifiziert werden, die keine oder nur sehr wenige soziale Kontakte der erhobenen Art haben (d.h. jene, die weniger als einmal pro Monat oder nie mit ihren Nachbarn sprechen und die seltener als einmal pro Monat oder nie mit anderen zusammentreffen). Es ist

eine kleine Gruppe: 2% der EU-Bürger, über die Daten verfügbar sind (außer Frankreich, Finnland und Schweden). Bezogen auf die Bevölkerungszahlen bedeuten 2% mehr als 4,5 Millionen Menschen in den zwölf Mitgliedstaaten.

Haupterkenntnisse:

Alter – Bei Menschen ab 80 Jahren ist die Wahrscheinlichkeit der Isolation dreimal so hoch wie im Durchschnitt (6% verglichen mit 2%). In Italien beträgt sie bei Personen ab 80 Jahren 15%, in Luxemburg 10% und in Österreich 9%.

Gesundheit – Menschen mit schlechtem oder sehr schlechtem Gesundheitszustand haben ein fünfmal so hohes Isolationsrisiko wie jene mit gutem oder sehr gutem Gesundheitszustand und ein mehr als doppelt so hohes Risiko wie die mit durchschnittlichem Gesundheitszustand.

Familienstand – Verwitwete und getrennt lebende Personen sind stärker isolationsgefährdet als verheiratete, geschiedene und nie verheiratet gewesene Personen.

Niedriges Einkommen – Der Prozentsatz der Menschen, die unter Isolation leiden, steigt mit der Unmöglichkeit, sich eines, zwei, drei bis maximal sechs der Güter des Grundbedarfs leisten zu können. Personen, die sich keines dieser sechs Güter leisten können, haben ein größeres Isolationsrisiko als diejenigen, die sich alle leisten können.

Es sollte auf jeden Fall berücksichtigt werden, daß die isolationsgefährdeten Menschen wahrscheinlich eine größere Gruppe bilden als die 2%, die nur wenige oder keine sozialen Kontakte der oben beschriebenen Art haben. So treffen rund 8% der Bevölkerung seltener als einmal pro Monat oder nie mit anderen zusammen (Schaubild 2). Auch hier sind Alter, Gesundheit, Familienstand und Einkommen die Schlüsselindikatoren. Folgende Personen fallen am ehesten in diese Kategorie: Menschen über 80 (20% dieser Altersgruppe) verglichen mit 2% der Personen im Alter von 16 bis 24 und 10% der Altersgruppe zwischen 60 und 69; Personen mit schlechtem Gesundheitszustand (17% verglichen mit 5% der Personen mit guter Gesundheit); Verwitwete (doppelt so oft wie Verheiratete und getrennt Lebende und viermal so oft wie nie verheiratet Gewesene); und Arme (15% derjenigen, die sich die sechs Güter des Grundbedarfs nicht leisten können, verglichen mit 5% derjenigen, die über alle derartigen Güter verfügen).

Selbstmord

Obwohl solche Daten mit extremer Vorsicht zu behandeln sind, geben Selbstmorde und Selbstverletzungen

Aufschluß über das Vorhandensein extremer Formen individueller Entfremdung von der Gesellschaft. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Einsamkeit und Isolation Auslöser für Selbstmord sein können.

Ein Anstieg des sehr alten Bevölkerungsteils kann zu einer Zunahme der Selbstmordrate unter älteren Menschen führen. Einige der Risikofaktoren sind unter älteren Menschen verbreitet: Behinderungen, Schmerzen, irreversible physische und psychische Erkrankungen, soziale Isolation, Angst um die persönliche Sicherheit, schmerzliche Verluste und das Gefühl der Unzulänglichkeit und der Frustration. Auch die Selbstmordraten im Süden können ansteigen, wie dies in Italien der Fall war, vor allem bei sehr alten Männern.

Soziale Kontakte im Alter

In der EU leben immer mehr ältere Menschen allein. Siehe Bevölkerung und zusammenhängende Fragen (2.1). Mehr als zwei Fünftel der Menschen über 80 leben allein. Darüber hinaus wurde festgestellt, daß sehr alte Menschen isolations- und einsamkeitsgefährdet sind. Das Gefühl der Einsamkeit hängt auch eng mit Depression und damit verbundenen Problemen geistiger Gesundheit im hohen Alter zusammen. Betrachtet man also die demographischen und die verhaltensbezogenen Trends gemeinsam, läßt sich auf eine zukünftig verstärkte Nachfrage nach gesundheitlicher und sozialer Betreuung für ältere Menschen schließen.

Einige Fakten:

Fast dreimal so viele Männer wie Frauen begehen Selbstmord. Der Prozentsatz ist im Süden der Union relativ niedrig, während er im Norden höher liegt. Selbstmordgefährdet sind vor allem Personen im jugendlichen und mittleren Alter, weniger sehr junge oder ältere Personen.

Dies wird unterschiedliche Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten haben, je nach Faktoren wie dem Ausmaß der bestehenden Wohnisolation im Alter und der Verfügbarkeit von Unterstützungsdiensten. So ist der Anteil der Menschen über 80, die allein leben, in Dänemark dreimal so hoch wie in Spanien. Siehe Statistischer Anhang.

Da sich das Wohnverhalten alter Menschen im Süden Europas dem der nördlichen Länder angleicht, ohne daß sich die Unterstützungsdienste parallel dazu entwickeln, werden immer mehr ältere Menschen unter Isolation, Einsamkeit und infolge dessen an einer Verschlechterung der geistigen Gesundheit zu leiden haben.

Allerdings legen die Fakten den Schluß nahe, daß häufige persönliche Kontakte zwischen älteren Menschen und ihren Familien nicht die Ausnahme, sondern die Regel sind: Fast vier Fünftel aller alten Menschen treffen mindestens einmal die Woche ein Familienmitglied. In Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien treffen mehr als die Hälfte der älteren Menschen jeden Tag einen Verwandten.

Aber obwohl die sozialen Kontakte relativ umfangreich bleiben, gibt es vor allem in den südlichen EU-Staaten signifikante Minderheiten, die Gefahr laufen, isoliert zu werden, und deren geistige Gesundheit durch Einsamkeit bedroht ist.

Außerdem

- treffen sich fast drei Viertel der älteren Menschen mindestens einmal pro Woche mit einem Freund,
- sprechen vier Fünftel der über 80jährigen mindestens einmal pro Woche mit einem Nachbarn – von 70% in Dänemark bis zu 86% in Griechenland,
- sprechen fast 9 von 10 der 70-79jährigen mindestens einmal pro Woche mit einem Nachbarn – von 71% in den Niederlanden bis 96% in Griechenland.

Einige relevante Fakten:

- 8% der über 60jährigen treffen sich weniger als einmal pro Monat mit einem Verwandten, und zusätzliche 3% tun das nie (Tabelle 2).
- 5% der 60-69jährigen, 6% der 70-79jährigen und 12% der über 80jährigen sprechen nur einmal pro Monat oder nie mit ihren Nachbarn.
- 10% der 60-69jährigen, 13% der 70-79jährigen und 20% der über 80jährigen treffen weniger als einmal pro Monat oder nie zu Hause oder anderswo mit anderen Menschen zusammen.

Ältere Menschen und Einsamkeitsgefühl in der EU

Studien zufolge ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich ältere Menschen in den nördlichen Mitgliedstaaten als "einsam" bezeichnen, geringer als bei älteren Menschen in Südeuropa. Weniger als 10% der Menschen über 60 in Dänemark, Deutschland, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich sagen, daß sie sich oft einsam fühlen, während diese Prozentsätze in Italien und Portugal bei 15% und in Griechenland sogar bei 36% liegen.

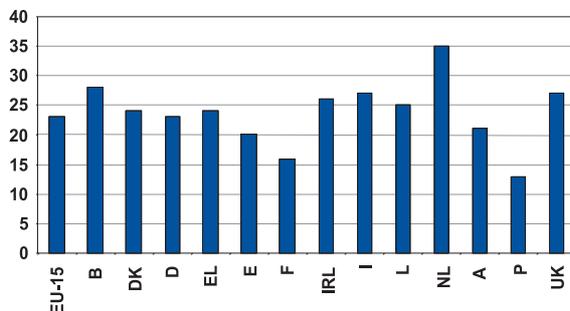
Soziale Kontakte und subjektive Gefühle der Einsamkeit wurden in Italien umfassend studiert. Die von älteren Menschen empfundene Einsamkeit verstärkt sich, wenn sich ihre Beziehungen nur auf die Familie beschränken. So gehören Frauen, die mit ihren Beziehungen zu ihren Kindern zufrieden sind, zumeist der Gruppe an, die auch andere Freundschaften und Beziehungen pflegen (wie zum Beispiel mit Nachbarn) und in ihren sozialen Beziehungen über ein relativ hohes Maß an Unabhängigkeit verfügen. Anders ausgedrückt: Einsamkeit ist nicht so schädlich, wenn das Alleinleben eine persönliche Entscheidung ist und mit der Bereitschaft und der Fähigkeit verbunden ist, über den unmittelbaren Familienkreis hinausgehende zwischenmenschliche Beziehungen zu entwickeln und zu pflegen.

Das hohe Maß subjektiv empfundener Einsamkeit im Süden spiegelt den Wandel wider, der sich in der Familie vollzieht, und damit auch im Familienleben der älteren Menschen. Es kann daraus geschlossen werden, daß manche älteren Menschen keine lohnenden persönlichen Beziehungen aufgebaut haben, welche die unbedeutender werdende Rolle der Familie ersetzen könnten. Sie halten ihre Erwartungen in bezug auf enge familiäre Kontakte und Unterstützung trotz der sich verändernden Natur der Familie aufrecht.

2.4.3 Aide et soutien

Die wichtigste Form der interpersonellen Hilfe und Unterstützung ist die Kinderbetreuung. Nur jeder vierte EU-Bürger über 16 ist auf täglicher Basis an irgendeiner Form der Kinderbetreuung (eigene und/oder andere Kinder) beteiligt.

Prozentsatz der Menschen, die ungezahlte Kinderbetreuungsarbeit leisten, 1995



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

Wer leistet am meisten unbezahlte Kinderbetreuungsarbeit?

Die **Altersgruppen zwischen 25 und 29** (26%), zwischen 40 und 49 (35%) und insbesondere die Altersgruppe zwischen **30 und 39** (51%) leisten am meisten unbezahlte Kinderbetreuungsarbeit, wobei aber auch den **älteren Menschen** eine wichtige Rolle zukommt, meist in der Funktion als Großeltern: 11% der 60- bis 69jährigen und 6% der 70-79jährigen.

Frauen betreuen doppelt so oft Kinder wie Männer (31% verglichen mit 15%), in den südlichen Mitgliedstaaten und in Irland ist der Unterschied sogar noch größer (3 zu 1 in Griechenland und 5 zu 1 in Portugal), aber auch in Österreich (fast 3 zu 1). In Dänemark und in den Niederlanden beträgt die Differenz nur 30%.

33% der Nichterwerbspersonen leisten unbezahlte Kinderbetreuungsarbeit, obwohl die Zahl bei den Arbeitslosen (28%) und bei den Rentnern (8%) niedriger ist.

Menschen mit gutem oder sehr **gutem Gesundheitszustand** leisten öfter Kinderbetreuungsarbeit (26%) verglichen mit jenen mit schlechtem oder sehr schlechtem Gesundheitszustand (14%).

Für unbezahlte Kinderbetreuungsarbeit aufgewendete Zeit

Die durchschnittliche Zahl der Stunden, die wöchentlich auf unbezahlte Kinderbetreuungsarbeit entfallen, beträgt 34. **Frauen** wenden fast doppelt so viel Zeit für die Kinderbetreuung auf wie Männer (41 Wochenstunden verglichen mit 21), wobei bei Menschen im Alter von 25-29 die meiste Zeit dafür zu verzeichnen ist (47 Stunden pro Woche).

Ältere Menschen, die Kinder betreuen, wenden dafür beträchtliche Zeit auf: durchschnittlich 19 Stunden pro Woche unter den 60-69jährigen und 16 Stunden pro Woche unter den 70-79jährigen.

Berufstätige Menschen mit Kinderbetreuungspflichten wenden weniger Zeit dafür auf (30 Stunden pro Woche) als arbeitslose (41 Stunden) oder nichterwerbstätige (45 Stunden).

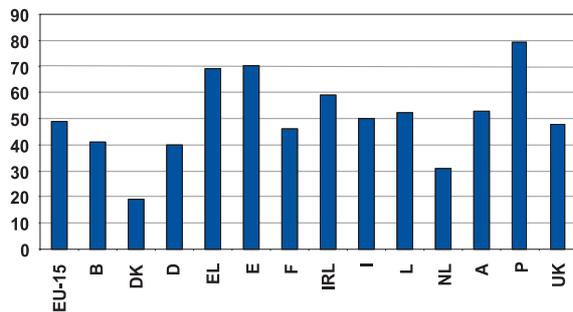
Betreuung von kranken oder behinderten Erwachsenen und älteren Menschen

Unbezahlte 'informelle' Betreuung kranker und älterer Menschen (die im selben Haushalt oder außerhalb leben) ist viel weniger verbreitet als Kinderbetreuung: durchschnittlich 6% der EU-Bürger leisten solche Betreuungsdienste. **Frauen** betreuen doppelt so oft wie Männer täglich kranke oder behinderte Erwachsene oder ältere Menschen (8% verglichen mit 4%),

Es ist nicht wie bei der Kinderbetreuung die Altersgruppe zwischen 30-39, die die Hauptverantwortung für die Erwachsenenbetreuung übernimmt, sondern es sind die **Gruppen der 50-59jährigen** (11%) und der 60-69jährigen (9%). Auch 7% der 70-79jährigen und 3% der ab 80jährigen betreuen kranke, behinderte oder gebrechliche Erwachsene.

Obwohl in der EU durchschnittlich etwa die Hälfte der informellen Erwachsenenbetreuung im selben Haushalt und die andere Hälfte außerhalb stattfindet, ist die Betreuung im gemeinsamen Haushalt in den drei südlichen Mitgliedstaaten die vorherrschende Form.

Prozentsatz der Menschen, die Betreuungsarbeit im selben Haushalt leisten, 1995



Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft

Die durchschnittliche Stundenzahl, die wöchentlich für die informelle Betreuung kranker, behinderter oder gebrechlicher Erwachsener aufgewendet wird, beträgt 21, wobei sie in Dänemark und in Belgien unter der Hälfte des Durchschnitts und in Spanien um mehr als 50% über dem Durchschnitt liegt.

Bestimmte Betreuergruppen betreuen eher in anderen Haushalten (und nicht im selben Haushalt) lebende Erwachsene:

- Die mittleren Altersgruppen und nicht die älteren leisten viel öfter Betreuungsarbeit im selben Haushalt (63% in der Altersgruppe der 40-49jährigen, 53% der 50-59jährigen, verglichen mit 35% in der Altersgruppe 70-79 und 23% in der Gruppe über 80), Berufstätige (58%) eher als Pensionierte (42%) und andere nicht erwerbstätige Gruppen (49%),
- die Einkommensgruppe des höchsten Dezils (63%) und nicht die des niedrigsten Dezils (47%),
- Menschen mit gutem oder sehr gutem Gesundheitszustand (66%) und nicht die Gruppe der Menschen mit schlechtem oder sehr schlechtem Gesundheitszustand (46%),
- die Verwitweten (64%) und Geschiedenen (72%) und nicht die Verheirateten (50%) oder nie verheiratet Gewesenen (52%).

Zwischen bestimmten Gruppen bestehen einige bemerkenswerte Unterschiede....

- **Frauen** wenden für diese Art der Betreuungsarbeit etwas mehr Zeit auf als Männer (22 verglichen mit 18 Stunden).
- **Ältere Menschen** wenden überdurchschnittlich viel Zeit für die Betreuung anderer Erwachsener auf, und die Gruppe bis 49 Jahre unterdurchschnittlich viel.
- Berufstätige Personen wenden weniger Zeit auf (15 Stunden) als **arbeitslose** (20 Stunden), **pensionierte** (26 Stunden) und andere nicht erwerbstätige Personen (25 Stunden).
- Personen im **höchsten Einkommensdezil** wenden weniger Zeit für die Betreuung auf (17 Stunden) als jene im niedrigsten (25 Stunden).
- Personen mit **schlechter Gesundheit** wenden mehr Zeit für die Betreuung anderer Erwachsener auf (29 Stunden) als jene mit gutem oder sehr gutem Gesundheitszustand (18 Stunden).

(31% der weiblichen Betreuungspersonen, verglichen mit 4% der männlichen) zwischen zwanzig und vierzig. Andere Gruppen, die sagen, daß ihre Betreuungspflichten sie an der Annahme bezahlter Arbeit hindern, sind:

- nicht erwerbstätige Personen (49%) eher als arbeitslose (13%) oder berufstätige (15%),
- Angehörige niedriger (28% der beiden untersten Dezile) eher als die der höchsten (16%) Einkommensgruppen, und
- Personen, die nicht unter einem chronischen physischen oder geistigen Gesundheitsproblem leiden (23% verglichen mit 11% jener, die durch ein solches Leiden ernsthaft beeinträchtigt sind).

Betreuungspflichten vs. bezahlte Beschäftigung

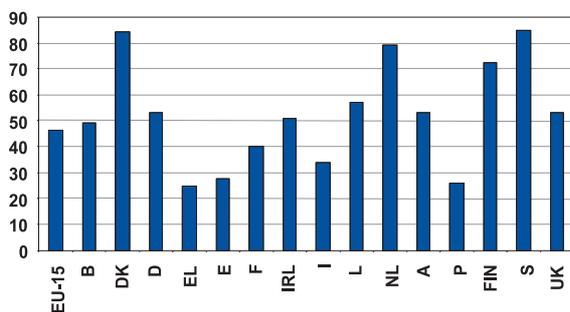
Berufstätige Menschen leisten weniger oft informelle Betreuungsarbeit bei Kindern, behinderten und älteren Menschen als nicht erwerbstätige Menschen. Aber hindern die Betreuungspflichten die Betreuer daran, jenes Maß an bezahlter Arbeit zu übernehmen, das sie ansonsten leisten würden? Nur etwas mehr als jede fünfte Betreuungsperson über 16 bejaht diese Frage. Dabei handelt es sich mit überwältigender Mehrheit um Frauen

2.4.4 Soziale, kulturelle und politische Beteiligung

Detaillierte Daten über die Beteiligung an einer breiten Palette von Klubs, Verbänden und politischen Aktivitäten aus dem Eurobarometer des Jahres 1998 zeigen, daß sich fast die Hälfte der erwachsenen EU-Bürger entweder an sozialen und kulturellen oder politischen Aktivitäten beteiligt, wobei es aber zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Abweichungen bei dem allgemeinen Grad der Beteiligung gibt.

Die skandinavischen Mitgliedstaaten und die

Prozentsatz der Menschen, die sich im sozialen, kulturellen oder politischen Bereich engagieren, 1995



Quelle : Eurobarometer, 1995

Niederlande weisen bei der sozialen Beteiligung die höchsten Werte auf und die südlichen EU-Mitgliedstaaten die niedrigsten. Es hat also den Anschein, als bestünde eine reziproke Beziehung zwischen der Intensität des Kontakts zwischen den Familienmitgliedern und der Teilnahme an sozialen, kulturellen und politischen Aktivitäten. Ob diese Beziehung nun in einem direkten Ersatz des einen durch das andere besteht, kann nicht festgestellt werden.

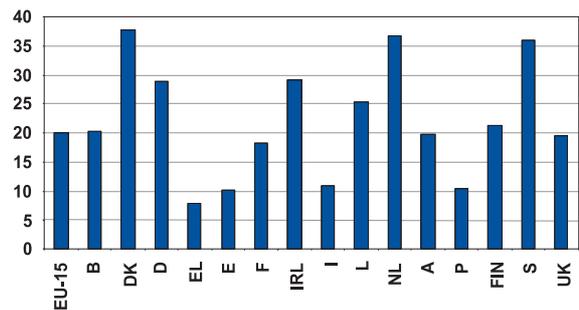
Die stärkste Abweichung zwischen den Mitgliedstaaten liegt in der Beteiligung an Gewerkschaften und politischen Parteien (obwohl die Daten keinen Schluß darüber zulassen, was 'Beteiligung' außer Mitgliedschaft noch bedeutet). Auch hier weisen die skandinavischen Mitgliedstaaten eine relativ starke Beteiligung auf (in Dänemark und Schweden mehr als das Sechsfache des EU-Durchschnitts). Dies könnte zum Teil durch den traditionell hohen Prozentsatz von Gewerkschaftsmitgliedern in diesen Mitgliedstaaten erklärt werden.

Bei den Menschen in den südlichen EU-Staaten ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie sich in Sportklubs und Verbänden betätigen, erheblich **geringer** als in den nördlichen Staaten.

Beteiligung im Dritten Sektor

Auch bei der Beteiligung der Bürger in diesem Sektor sind erhebliche Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten feststellbar. Im allgemeinen ist der Prozentsatz der Beteiligung an sozialen oder religiösen Organisationen, die sich mit wohltätigen Aktivitäten befassen, in der EU insgesamt ziemlich niedrig (7,4% der über 15jährigen), aber in den Niederlanden liegt die Beteiligung sechs Mal so hoch wie in Griechenland. Das spiegelt in gewissem Maße die unterschiedliche Natur der Beteiligung im Norden und im Süden und damit die geringe Zahl solcher Organisationen im Süden wider. Auf dieses Phänomen wird im nachstehenden Abschnitt über Freiwilligenarbeit näher eingegangen.

Prozentsatz der Menschen, die sich im sozialen, kulturellen, oder politischen Bereich engagieren, 1998

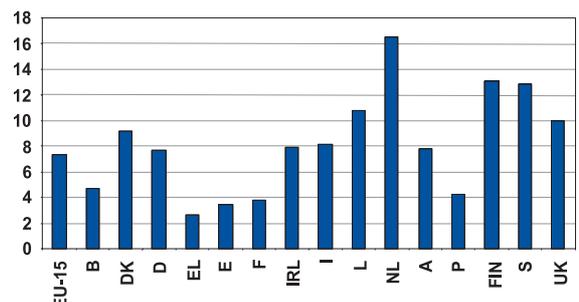


Quelle : Eurobarometer, 1998

Wieviel Zeit wird für diese Aktivitäten aufgewendet?

Nur etwa jeder vierte Europäer wendet mehr als 10 Stunden im Monat für soziale, kulturelle und politische Aktivitäten auf. Die Mehrzahl der Bürger (67,9%) verbringt weniger als 10 Stunden pro Monat mit solchen Aktivitäten. Siehe Statistischer Anhang.

Prozentsatz der Menschen, die sich in Sportklubs oder in Vereinigungen engagieren, 1998



Quelle : Eurobarometer

Obwohl solche Daten bekanntermaßen schwer zu erheben sind und daher nicht zu viel in sie hinein interpretiert werden sollte, lassen sie doch darauf schließen, daß die soziale Beteiligung in formalen und quasiformalen Klubs und Vereinigungen relativ gering ist. Wenn wir die Schlafenszeit (durchschnittlich 8 von 24 Stunden) und die bezahlte Arbeit (durchschnittlich 35 Stunden pro Woche) abziehen, repräsentieren 10 Stunden pro Monat nur 3% der Zeit, die für solche Aktivitäten potentiell aufgewendet werden könnte. Dabei ist es nur eine Minderheit der EU-Bürger, die diese geringe Zeit oder mehr für soziale, kulturelle und politische Aktivitäten aufwendet.

Ein noch geringerer Prozentsatz von Menschen (7% in der EU insgesamt) verbringen mehr als 30 Stunden mit solchen Aktivitäten oder in einschlägigen Vereinigungen. Überdurchschnittliche Höchstzeiten wurden in Belgien, Dänemark, Irland, Italien, Österreich, Portugal und im Vereinigten Königreich festgestellt.

Häufigkeit der formelleren Beteiligung an Klubaktivitäten

Männer treten öfter Klubs bei als Frauen (41% verglichen mit 28%). In den meisten südlichen Mitgliedstaaten der EU (Griechenland, Italien und Portugal) ist die Wahrscheinlichkeit, daß jemand Mitglied eines Klubs ist, bei Männern nahezu doppelt so hoch wie bei Frauen (in Portugal beträgt das Geschlechterverhältnis 3:1). In Spanien ist diese Wahrscheinlichkeit bei den Männern aber nur um 50% höher als bei den Frauen.

Über die **Altersgruppen** hinweg besteht eine erstaunliche Symmetrie. Bei den 16-69jährigen geben zwischen 34 und 38% an, einem Klub anzugehören. In der Altersgruppe 70-79 ist die Mitgliedschaft etwas rückläufig (32%), aber erst in der Altersgruppe ab 80 Jahren ist ein signifikanter Rückgang zu beobachten (24%). Natürlich wissen wir nichts über die Art der Klubs, in denen sich die verschiedenen Altersgruppen als Mitglieder engagieren, aber es ist anzunehmen, daß es eine gewisse Beziehung zwischen Alter und Generation und der Mitgliedschaft in verschiedenen Klubs gibt.

Die **Beteiligungsquoten** spezifischer Altersgruppen über die Mitgliedstaaten hinweg ergeben ein vollständigeres Bild der Abweichungen und lassen auch einige Schlüsse über das Potential für eine Stärkung der Beteiligung zu. In allen Mitgliedstaaten setzt man sich mit der Frage auseinander, inwieweit sich die Jugend grundlegenden Werten und Überzeugungen verpflichtet fühlt. Ebenso wird derzeit die Frage aufgeworfen, inwieweit ältere Menschen willens sind (und in die Lage versetzt werden), im Alter aktiv und gesund zu bleiben. Bei der Mitgliedschaft der über 80jährigen in Klubs bestehen zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Abweichungen, aber einigen Ländern, vor allem

Dänemark und dem Vereinigten Königreich, gelingt es, relativ hohe Beteiligungsquoten an beiden Enden der Alterspalette zu verzeichnen (ECHP, 1995).

Die Erwerbstätigkeit steht in Beziehung zur Mitgliedschaft in Klubs: In Beschäftigung stehende Personen treten häufiger Klubs bei als Arbeitslose oder sonstige Nichterwerbspersonen. Dies gilt für alle Mitgliedstaaten außer Portugal, wo die Wahrscheinlichkeit, daß Arbeitslose Mitglieder von Klubs sind, geringfügig höher ist (21% verglichen mit 18% bei den Beschäftigten).

Im Durchschnitt ist die Wahrscheinlichkeit einer Klubmitgliedschaft bei **Rentnern** höher als bei der Gruppe der Nichterwerbspersonen.

Diese Daten untermauern die Wichtigkeit von **Beschäftigung** sowohl als direkte Quelle für Klubmitgliedschaften (d.h. in beschäftigungsbezogenen Vereinigungen) als auch als Quelle für Einkommen und möglicherweise für das Selbstbewußtsein, das notwendig ist, um zu gewissen Klubs Zutritt zu finden.

Das Einkommen ist ebenfalls ein wichtiger Indikator für das Maß der sozialen Beteiligung: Mitglieder von Haushalten, die **Probleme haben, finanziell zurechtzukommen**, engagieren sich seltener in Klubs als jene, die keine solchen Schwierigkeiten haben (29% und 39%).

Die Haushalte mit den **niedrigsten Einkommen** (jene, die sich die sechs Güter des Grundbedarfs nicht leisten können) engagieren sich seltener in Klubs als die Bessergestellten (jene, die sich alle diese Güter leisten können (27% verglichen mit 40%).

Diesen Unterschieden in Einkommen und Lebensbedingungen liegen unter anderem Unterschiede in der **Bildung** zugrunde. Das heißt, daß Menschen mit dem höchsten Bildungsstand am ehesten Mitglieder von Klubs sind: 29% der Personen, die unter der Sekundarstufe II blieben, verglichen mit 46% derjenigen, die die tertiäre Bildungsstufe erreicht haben.

Es besteht auch eine eindeutige Beziehung zwischen dem **Gesundheitszustand** und der Beteiligung an Klubaktivitäten. Dies gilt für alle Mitgliedstaaten. Im Durchschnitt engagieren sich von jenen, die angeben, daß ihr Gesundheitszustand gut oder sehr gut sei, über 60% öfter in einem Klub als jene, die sagen, ihre Gesundheit sei schlecht oder sehr schlecht (37% verglichen mit 23%). In ähnlicher Weise ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich Personen mit einem chronischen körperlichen oder geistigen Gesundheitsproblem, das sie in ihren Aktivitäten ernsthaft behindert, an Clubaktivitäten beteiligen, um fast 70% geringer als bei jenen, die nicht von solchen Problemen beeinträchtigt werden (25% verglichen mit 36%).

2.4.5 Das Ausmaß der Freiwilligenarbeit in Europa

Freiwilligenarbeit ist eine eindeutige Form der sozialen Betätigung und eine Form des Einsatzes für eine lokale Gemeinschaft, Gruppe oder Organisation. Bedauerlicherweise gibt es kaum wissenschaftliche Daten über das Ausmaß von Freiwilligenarbeit und Freiwilligenaktivitäten in den Mitgliedstaaten, aber die existierenden Daten lassen darauf schließen, daß ein hohes und zunehmendes Maß an Freiwilligenarbeit geleistet wird, und daß allgemeine Fragen wie die vom ECHP gestellten dazu führen, daß es zu gering eingeschätzt wird.

Eine Studie, in der 20 000 Bürger aus ganz Europa erfaßt wurden, ergab, daß jeder vierte Europäer unbezahlte Arbeit für eine Reihe von wohltätigen Zwecken und Freiwilligengruppen leistet. Die beliebtesten Freiwilligenaktivitäten entfallen auf die Bereiche Sport und Freizeit, religiöse Gruppen, Bildung und Kultur, Wohltätigkeit und Jugendarbeit.

Freiwillige sind nicht typisch für die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit: Sie sind meist mittleren Alters und besser gebildet, vertrauensvoller, religiöser und weniger materialistisch und zeichnen sich durch hochentwickelte zivilgesellschaftliche Werthaltungen aus; Forschungen haben ergeben, daß bei ihnen auch das Maß des psychologischen Wohlbefindens signifikant höher ist als bei der allgemeinen Bevölkerung.

TABELLE 1 Prozentsatz der Bürger, die verschiedene Arten von Freiwilligenarbeit leisten, EU-15, 1990

• Gesundheit	1,8
• Soziale Fürsorge	4,1
• Jugendarbeit	2,9
• Bildung, Kunst, Kultur	3,8
• Arbeit in der lokalen Gemeinschaft	1,5
• Dritte Welt, Menschenrechte	1,2
• Frauengruppen	1,4
• Umweltschutz, Umwelt	1,5
• Tierschutz	1,0
• Sport und Freizeit	6,8
• Religion und Kirche	5,8
• Gewerkschaften	2,0
• Politische Parteien und Gruppen	2,3
• Fachverbände	1,9

Die vorhandenen Daten lassen darauf schließen, daß Freiwilligenaktivitäten im Norden häufiger sind als im Süden. Am stärksten sind sie in Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Skandinavien und dem Vereinigten Königreich und am schwächsten in Spanien und Portugal entwickelt. Drei Viertel der Organisationen, die sich an einer Studie der Europäischen Kommission über den Sektor der Freiwilligenarbeit beteiligten, wurden nach 1961 gegründet, 65% nach 1971 und 45% nach 1981. In Spanien und Portugal wurden mehr als vier Fünftel der Organisation nach 1971 gegründet.

Die in letzter Zeit verzeichnete Expansion dieses Sektors speziell in Spanien und Portugal wird folgenden Umständen zugeschrieben:

- Zunahme von Wohlstand und Freizeit,
- Zunahme von Dienstleistungen,
- verstärkte Delegation an Freiwilligenorganisationen durch den öffentlichen Sektor,
- Änderung der öffentlichen Präferenz zugunsten des individuell orientierten Ansatzes, wie er von Freiwilligenorganisationen vertreten wird,
- Entstehung neuer Bedürfnisse (z.B. im Umweltbereich),
- Beschäftigungskrise Ende der 70er Jahre, die zu Arbeitsbeschaffungsprogrammen führte, bei denen der Sektor der Freiwilligenarbeit mit einbezogen wurde,
- politische Veränderungen (in Spanien und Portugal),
- demographische Veränderungen, die dazu führten, daß die Staaten den Sektor als eine Möglichkeit zur Eindämmung der staatlichen Ausgaben betrachten.

Die Wurzeln der Beteiligung ...

Bevor wir uns im nächsten Abschnitt den politischen Fragen zuwenden, wollen wir uns mit dem Profil der beteiligten Menschen, den Merkmalen der einschlägigen Organisationen und der Palette der betroffenen Aktivitäten befassen. In einer Anfang der 90er Jahre durchgeführten Studie wurden Daten von durchschnittlich 230 Haushalten vergleichbarer benachteiligter Gebiete in sieben europäischen Ländern sowohl im Norden als auch im Süden analysiert, um festzustellen, welche Prozentsätze der lokalen Bevölkerung sich aktiv an Gemeinschaftsgruppen und Freiwilligenorganisatio-

nen beteiligen, und welche Merkmale ihnen gemeinsam sind. Es wurde festgestellt, daß es je tausend Menschen durchschnittlich drei Organisationen gibt, woraus zu schließen ist, daß die Gesamtzahl der Organisation in den aktuellen 15 Mitgliedstaaten derzeit insgesamt über eine Million betragen muß. Aber es ist sehr wahrscheinlich, daß über 90% dieser Gruppen klein sind und sich auf einen lokalen Aktionsradius beschränken.

Die Zuordnung der Gesamtstichprobe von 1 590 Antwortgebenden erfolgte aufgrund ihres Wissensstands über lokale Gruppen oder Organisationen und ihrer Beteiligung. Etwas weniger als die Hälfte (46%) waren in mindestens einer lokalen Organisation und nutzten ihr Leistungsangebot aktiv. Personen, die im Vorjahr mindestens eine Gruppe oder Organisation unterstützt hatten und von der Existenz einer Vielzahl lokaler Gruppen wußten, wurden als stark aktiv eingestuft. Personen, die von Zeit zu Zeit Gruppen unterstützen und beschränkte Kenntnis von lokalen Gruppen hatten, wurden als gemäßigt aktiv eingestuft. 'Nicht aktive' Menschen waren, wenn überhaupt, nur gelegentlich unterstützend tätig, und wußten nur wenig oder überhaupt nichts über die lokalen Gruppen. 5% der Stichprobe wurden als stark aktiv eingestuft, 9% als gemäßigt aktiv und 86% als nicht aktiv. Alle Kategorien waren über die sieben Fallstudien hinweg verteilt.

Die meisten aktiven und gemäßigt aktiven Personen waren auch Nutzer, so daß sich folgendes allgemeines Bild ergab: Etwa jede siebte Person (14%) war leitend oder 'als Macher' tätig, etwa zwei oder drei von sieben (32%) nutzten die Gruppen, ohne aktiv an ihrer Führung beteiligt zu sein, und drei oder vier von sieben (54%) nutzten sie nicht und unterstützten sie auch nicht.

Die aktive Minderheit setzte sich aus etwa gleich großen Gruppen von Männern und Frauen zusammen, wobei der Familienstand kaum Unterschiede machte. Bei Menschen über vierzig waren jedoch stärkere Aktivitäten festzustellen, was darauf schließen läßt, daß eine langjährige Verbundenheit mit einem Ort oder die Erwartung, dort zu bleiben, möglicherweise ein Faktor für die Übernahme von Freiwilligenarbeit ist. Personen mit Betreuungspflichten tendierten stärker zur Aktivität. Pensionäre und Personen, die nicht auf Arbeitssuche waren, engagierten sich weniger oft als jene, die arbeitslos, vollzeit- oder teilzeitbeschäftigt waren, und die Beteiligung war unter Angestellten und Freiberuflern höher als unter Arbeitern und Facharbeitern.

... Persönliches Bedürfnis – eine Triebfeder für Gemeinschaftsaktivitäten?

Eine weitere Studie stellte die Frage, inwieweit Freiwilligenaktivitäten davon beeinflusst werden, ob

jemand von der entsprechenden Problematik persönlich betroffen ist; anders ausgedrückt: inwieweit den Gemeindeaktivitäten persönliche Bedürfnisse zugrunde liegen und inwieweit sie von Altruismus oder Interesse motiviert sind. Dabei ergaben sich vier interessante Fakten:

- 42% der Antwortgebenden interessierten sich nur wenig für die lokalen Probleme, auch wenn sie den eigenen Haushalt betrafen, und zeigten keine diesbezüglichen Aktivitäten.
- Eine weitere große Gruppe, 45%, zeigte starkes Interesse für lokale Fragen. Die Betroffenen wurden aber nicht aktiv, obwohl etwa ein Viertel der Probleme den eigenen Haushalt direkt betraf.
- Eine dritte Gruppe von 7% interessierte sich für lokale Fragen, war häufig von ihnen betroffen und nahm sie aktiv in Angriff.
- Die letzte Gruppe von 5% war von den Fragen persönlich nicht speziell betroffen, zeigte aber starkes Interesse für lokale Fragen und war sehr aktiv.

Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, daß die Minderheit der lokalen Bevölkerung, die den Bereich der lokalen Gemeinschaft und Freiwilligenarbeit zu dem macht, was er ist, eine einzigartige Gruppe von Menschen darstellt, die zum Teil von ihren persönlichen Bedürfnissen und zum Teil von Altruismus und Interesse motiviert sind. Die große Mehrzahl der Menschen ist praktisch gesehen nicht an der 'direkten Inangriffnahme' der lokalen Fragen und Probleme beteiligt, aber etwa die Hälfte von ihnen zeigt bewußtes Interesse an ihnen, während sich die andere Hälfte nicht einmal dann für sie interessiert, wenn sie selbst betroffen ist.

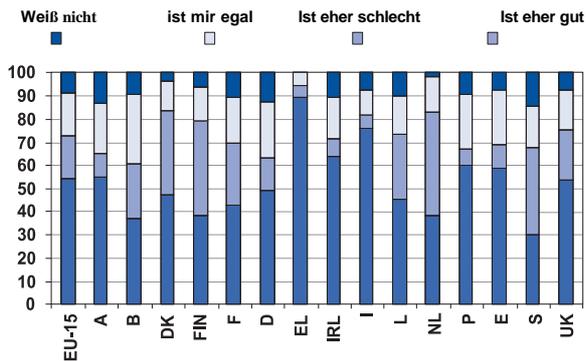
Reaktion auf die Bedürfnisse der Zukunft – Wahrnehmungen und Erwartungen der Bürger

Ein weiteres Element, das zu einem besseren Verständnis der Trends in der sozialen Beteiligung beiträgt, ergibt sich aus der Analyse der öffentlichen Meinung über die Wahrnehmungen und Erwartungen der Bürger betreffend die Zukunft der Sozialfürsorge.

Im Rahmen einer Eurobarometer-Studie, die in den Jahren 1992 und 1999 durchgeführt wurde, wurden die Teilnehmer gefragt, ob sie glaubten, daß sich der Wohlfahrtsstaat ausweiten wird, und daß es den Rentnern in Zukunft besser gehen wird als heute. 1992 stimmten etwas mehr als 30% der Europäer dieser Ansicht zu, während dieser Prozentsatz sieben Jahre später auf unter 20% sank.

Was das Angebot an Sozialversorgung angeht, scheint ein Konsens darüber zu bestehen, daß die Rolle der Familie wichtig ist und darüber hinaus einen positi-

**Berufstätige Erwachsene werden ihre Eltern in Zukunft
möglicherweise öfter betreuen müssen als heute, 1998
(Prozentsätze)**



Quelle : Eurobarometer

ven Einfluss darstellt. 1998 wurden die Menschen gefragt, wie sie dazu stehen, daß berufstätige Erwachsene mehr Pflichten bei der Betreuung ihrer Eltern übernehmen sollen als dies derzeit der Fall ist. Etwas über 50% der Befragten bezeichneten dies als eine "gute Sache".

Wenn die Einstellung der Bevölkerung zur Sozialfürsorge in einem breiteren Kontext erhoben wird, zeigt Tabelle 1 die Ansichten der allgemeinen Öffentlichkeit über ihre einzelnen Aspekte und ihre Meinung darüber, ob sie in die Zuständigkeit der lokalen/nationalen staatlichen Stellen, privater Unternehmen oder gemeinnütziger Organisationen fallen sollte. In allen Mitgliedstaaten wurde der öffentliche Sektor einheitlich an erster Stelle genannt, gefolgt von den Vereinigungen. Nur bei den Gesundheitsdiensten kam der gewinnorientierte Sektor in der Präferenz der Öffentlichkeit vor dem gemeinnützigen Sektor zu liegen. (Es muß allerdings festgestellt werden, daß der Unterschied zwischen 'öffentlichen' und 'privaten' Diensten den Bürgern nicht immer klar ist).

Zwischen den in den einzelnen Ländern vorherrschenden Meinungen sind bestimmte Abweichungen feststellbar. Zum Beispiel sprechen sich die Dänen und die Schweden in den Bereichen Bildung und Altenbetreuung stärker für den Privatsektor aus als für Vereinigungen. Im Gesundheitsbereich reihen die Italiener den privaten vor den gemeinnützigen Sektor ein. In Dänemark, den Niederlanden und Schweden ist bei der Kinderbetreuung eine viel stärkere Unterstützung des gewinnorientierten Sektors als des gemeinnützigen Sektors festzustellen. In einigen Mitgliedstaaten konnten die Unternehmen der Sozialwirtschaft in bestimmten Bereichen des Sozialschutzes eine erhebliche öffentliche Unterstützung verzeichnen. In den folgenden Ländern entschied sich über ein Fünftel der Befragten für den gemeinnützigen Sektor: Österreich, Deutschland

(Altenbetreuung), Deutschland (Kinderbetreuung), Deutschland, Italien, Luxemburg (Hilfe für Benachteiligte und Ausgegrenzte), Österreich, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Finnland, Luxemburg, Schweden (humanitäre Hilfe). Bei den Kultur- und Freizeitaktivitäten für Erwachsene und Kinder votierte mehr als ein Fünftel der Bevölkerung aller Mitgliedstaaten außer Griechenland für den gemeinnützigen Sektor, und in sechs Ländern (Belgien, Dänemark, Frankreich, Niederlande, Luxemburg und Schweden) war es über die Hälfte.

Die allgemeine Öffentlichkeit spricht sich auch dafür aus, daß Rentner die Möglichkeit haben sollen, wieder eine bezahlte Beschäftigung anzunehmen oder Freiwilligenarbeit zu leisten, und obwohl es Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gibt, erklären weniger als ein Drittel der Befragten, daß für Rentner nur Freiwilligenarbeit gestattet sein sollte. Die Mitgliedstaaten mit den strengsten Bestimmungen für bezahlte Beschäftigung nach der Pensionierung sind Spanien und in einem etwas geringeren Maß Frankreich, was vermutlich mit der relativ hohen Arbeitslosigkeit in diesen beiden Ländern zusammenhängt. Deshalb kann festgestellt werden, daß die öffentliche Einstellung nur in Spanien und Frankreich als Barriere für eine verstärkte Teilnahme älterer Menschen an der Sozialwirtschaft gelten kann.

Tabelle 2 Einstellung der Öffentlichkeit zur Verantwortung für die Sozialfürsorge (Prozentsätze)

	Öffentlicher Sektor	Privater Sektor	Gemeinnützige Vereinigungen	Keine Angabe
Bildung	88	4	4	4
Kinderbetreuung	66	10	13	11
Altenbetreuung	72	7	14	6
Gesundheitsdienste	86	6	4	4
Humanitäre Hilfe	66	6	22	6
Hilfe für Benachteiligte und Ausgegrenzte	76	4	15	5
Kultur/Freizeitaktivitäten für Erwachsene	37	14	42	7
Kultur/Freizeitaktivitäten für Kinder	40	11	42	7

Quelle : Eurobarometer

2.4.6 Implikationen für Angebot und Nachfrage im Sozialbereich

In diesem Kapitel wurde eine Vielfalt verschiedener Daten über das Ausmaß der sozialen Beteiligung in der EU präsentiert. Es zeigt sich, daß das Maß an sozialer Interaktion in der gesamten Union hoch ist, aber es zeichnet sich auch etwas ab, was man als separate 'Beteiligungskulturen' bezeichnen könnte. Im Süden ergibt sich das Bild einer intensiveren informellen Interaktion zwischen Nachbarn und in den Gemeinschaften, während die Beteiligung im Norden eher die Form formaler Klubs und Vereinigungen annimmt.

Die Daten lassen auch darauf schließen, daß sich die Nachfrage nach Sozialversorgung verstärkt. Dies wird insbesondere am rasanten Anwachsen der Gruppe der über 80jährigen deutlich. Die Daten deuten aber auch auf eine Ausdehnung des tatsächlichen und des potentiellen Angebots in Form eines aufstrebenden Bereichs der Freiwilligenarbeit in Europa hin. Die Tatsache, daß die älteren Menschen immer gesünder werden, gibt

Anlaß zu der Hoffnung, daß Freiwilligenorganisationen und Freiwillige in Zukunft eine Rolle bei der Befriedigung der Nachfrage nach Sozialdienstleistungen in der Sozialwirtschaft spielen werden.

Die Vereinigungen und Organisationen der Sozialwirtschaft leisten schon jetzt substantielle Beiträge sowohl zum wirtschaftlichen als auch zum sozialen Leben in der EU, auch wenn ein großer Teil der wirtschaftlichen Beiträge bis jetzt noch nicht offiziell anerkannt wird. Wenn man darüber hinaus die ermutigenden Trends im Bereich der sozialen Beteiligung betrachtet, sowohl in bezug auf die Teilnahme älterer Menschen als auch in bezug auf die Palette der Aktivitäten, besteht die Hoffnung, daß sich dieser Sektor noch stärker ausweitet. Dies sollte von den Politikern berücksichtigt werden, wenn sie über mögliche Reaktionen auf die sich herausbildenden sozialen Bedürfnisse nachdenken, die in diesem

ABSCHNITT 3

VORBEREITUNG AUF DIE ERFORDERNISSE VON MORGEN

Die entstehenden Bedürfnisse...

Der wesentliche Zweck dieses Berichts besteht darin, einen Beitrag zur Debatte über die Zukunft der Sozialfürsorge zu leisten. Er unterzieht die Dynamik der Nachfrage nach sozialen Gütern und Dienstleistungen einer Analyse und zeigt neue Möglichkeiten auf, die sich aufgrund der Entwicklung der sozialen Beteiligung auf der Angebotsseite bieten.

Der Anstieg der Lebenserwartung, der in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg festzustellen war, ist auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zurückzuführen. Doch die höhere Lebenserwartung hat gemeinsam mit dem deutlichen Rückgang der Fruchtbarkeit in den letzten 30 Jahren auch zur Folge, daß die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten immer älter werden wird. Der Trend zur zunehmenden **Überalterung der Bevölkerung** bringt für alle Generationen tiefgreifende Veränderungen mit sich und wirkt sich nachhaltig auf die meisten Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Lebens aus. Die Bedeutung dieser Entwicklung für die Sozialfürsorge – sowohl in bezug auf die Nachfrage nach als auch auf das Angebot an sozialer Unterstützung – wird in den kommenden Jahrzehnten noch wachsen, da sich die bevölkerungsreichen geburtenstarken Jahrgänge mittlerweile dem Rentenalter nähern. Dazu kommt, daß die Gruppe der Menschen im Alter von 80 und mehr Jahren schneller wächst als alle anderen Altersgruppen. Am Beginn des 21. Jahrhunderts wird der demographische Trend zu einer immer älteren Bevölkerung zu einer zentralen Herausforderung für Sozialfürsorge, Arbeitsmarkt, Politik, Bildungswesen und Kultur – mit anderen Worten: für die Wirtschaft als ganze und für die gesamte Gesellschaft. Gelingt es der Gesellschaft nicht, sich im kommenden Jahrzehnt dem Wandel der sozioökonomischen Bedingungen anzupassen, so werden wir in eine Situation geraten, in der eine sinkende Zahl von Arbeitskräften eine wachsende Zahl von Beziehern von Sozial- und Gesundheitsleistungen und Renten erhalten muß. Doch der Überalterungsprozeß kann auch als Chance betrachtet werden. Die größte Herausforderung für die Sozialfürsorgesysteme besteht nicht im Altern der Bevölkerung an sich. Das Problem liegt vielmehr in den Prinzipien, auf denen diese Systeme beruhen. Sie erweisen sich als zu unflexibel und nicht belastbar genug. Die zunehmende Überalterung der Bevölkerung stellt kein unüberwindliches Problem dar, sondern konfrontiert uns lediglich mit der Notwendigkeit, soziale Maßnahmen zu ergreifen, um die entstehende gesellschaftliche Unausgewogenheit zu bewältigen.

Ein weiterer bedeutsamer Trend ist die **wachsende Beteiligung der Frauen am wirtschaftlichen und sozialen Leben**. In den vergangenen drei Jahrzehnten

haben sich die Ausbildungs- und Beschäftigungsmuster von Männern und Frauen einander angeglichen. Immer mehr Frauen nehmen eine Erwerbstätigkeit auf und erwerben Anspruch auf individuelle soziale Rechte. Doch die Verantwortung für die Pflege von Familienangehörigen lastet weiterhin im wesentlichen auf ihren Schultern. In Zukunft dürfte ein Teil der steigenden Nachfrage nach Sozialdienstleistungen auf diese Aufgaben entfallen.

Im Bereich der Lebensbedingungen haben die allgemeinen Verbesserungen in den letzten Jahrzehnten die **Erwartungen in bestimmten Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Wohnen usw. beträchtlich erhöht**. Diese wachsende Nachfrage wird durch die zuvor beschriebenen Trends in der Bevölkerungsentwicklung und den rasanten technologischen Wandel, die beide Strukturformen in Art und Zusammensetzung der erforderlichen Dienstleistungen erzwingen, zusätzlich erhöht.

Ein weiteres wichtiges Element ist die Einkommensverteilung. Das Wirtschaftswachstum dürfte größeren Wohlstand und eine bessere Gesundheitssituation hervorbringen, doch die zu erwartende **Ungleichheit der Einkommen** und der wachsende Anteil an einkommensschwachen Gruppen dürfte zu einer zunehmenden Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung und zu einer steigenden Nachfrage nach sozialer Unterstützung führen.

Schließlich zeigt sich, daß dem Zusammenspiel von öffentlichem, privatem und freiwilligem Bereich sowie der Familie große Bedeutung bei der Bereitstellung der Sozialdienstleistungen zukommt. In diesem Kontext widmet sich der Bericht den Zusammenhängen zwischen Bevölkerungsentwicklung, Lebensbedingungen und Einkommensverteilung sowie ihrem Einfluß auf die Entwicklung der Nachfrage nach Sozialversorgung.

...und die Herausforderungen der Zukunft

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit den wesentlichen Herausforderungen, die bewältigt werden müssen, um in Zukunft in den Sozialdienstleistungen ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen.

Entwicklung der Erwerbsbevölkerung: Die wichtigste Veränderung in der Zusammensetzung der erwerbsfähigen Bevölkerung besteht darin, daß sie rasch überaltert. Auf der einen Seite steigt in einer Zeit, da der technologische Wandel eine ständige Weiterentwicklung der Kenntnisse erfordert, der Anteil der Personen im Alter von 50 und mehr Jahren. Auf der anderen Seite bleibt die jüngere Generation, deren Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung stetig abnimmt, immer länger in der

¹ Die Frage des Sozialschutzes wird in diesem Bericht nicht ausdrücklich behandelt. Die wird tiefgehend in dem entsprechenden Bericht der Kommission und in der neuen Mitteilung der Kommission behandelt.

Ausbildung. Diese Trends verdeutlichen, wie wichtig es ist, das lebenslange Lernen und ein aktives Altern zu fördern. Die Erwerbstätigkeit von Männern im Alter von 55-64 Jahren ging zwischen 1986 und 1997 um mehr als 6 Prozentpunkte zurück, während die der Frauen ausgehend von einem niedrigeren Niveau geringfügig um 4 Prozentpunkte stieg. In dieser Entwicklung schlagen sich insbesondere die mit den Umstrukturierungen im produzierenden Gewerbe einhergehenden sinkenden Erwerbsquoten unter den Männern ab einem bestimmten Alter nieder. Allerdings zeigt eine Eurobarometer-Studie, daß mindestens 40% der Arbeitnehmer, die frühzeitig in den Ruhestand treten, unfreiwillig aus dem Erwerbsleben ausscheiden und gerne in irgendeiner Funktion weiterarbeiten würden. Dazu kommt, daß heute eine wachsende Zahl gesünderer Menschen Mitte fünfzig und Mitte sechzig nach dem Ende ihres Berufslebens gerne irgendeiner Tätigkeit nachgehen und sich sozial beteiligen würden.

Die Strategien des Humanressourcenmanagements werden sich den neuen demographischen und technologischen Bedingungen anpassen müssen, wenn die Erwerbsbevölkerung in Zukunft in der Lage sein soll, jenes Produktivitätswachstum zu erzeugen, das erforderlich sein wird, um unser soziales Modell im Angesicht neuer Forderungen und Bedürfnisse aufrechtzuerhalten. Europa ist auf diesem Gebiet nicht untätig. Die Europäische Beschäftigungsstrategie hat die Beschäftigung und die europäische Zusammenarbeit zur Leistungssteigerung auf Gemeinschaftsebene in den Mittelpunkt gerückt. Die Grundlage für intensivere Bemühungen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmer wurde mit den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 1999 gelegt. Darin wird eine kohärente und strategisch fundierte Politik definiert, die eine geeignete Mischung von Maßnahmen und Dienstleistungen enthält, welche insbesondere in Bereichen wie dem lebenslangen Lernen, der Sensibilisierung und Beratung erforderlich ist. Sie dient dazu, älteren Arbeitern mehr Chancen zu eröffnen, sich aktiv am Arbeitsleben zu beteiligen.

Die Generationenbeziehungen und die Herausforderung wachsender Abhängigkeit: Obwohl der Anteil der jüngeren Menschen an der Bevölkerung in den meisten Mitgliedstaaten sinkt, lebt eine wachsende Zahl junger Menschen unter 30 Jahren bei ihren Eltern, da die Ausbildungszeiten länger werden und der Eintritt in den Arbeitsmarkt hinausgeschoben wird. Besonders deutlich ist dieser Trend in den Mittelmeerländern sowie in Irland und Belgien festzustellen. Während immer mehr junge Menschen länger mit ihren Eltern zusammenleben, sinkt die Zahl der älteren Menschen, die mit ihren erwachsenen Kindern leben, womit die Abhängigkeit der Älteren von anderen Formen der Pflege steigt. Obwohl keine genauen Schätzungen über die Zahl der alten Menschen vorliegen, die einer Langzeitpflege bedürfen, stellt die Europäische Kommission in ihrem Bericht über die Langzeitbetreuung alter Menschen aus dem Jahr 1998 fest, daß nicht weniger als 5% der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren unmittelbar ständiger sozialer

Betreuung bedürfen. Weitere 15% sind teilweise darauf angewiesen. Die Abhängigkeit von ständiger sozialer Betreuung steigt mit zunehmendem Alter exponentiell: Unter den Personen im Alter von 75 und mehr Jahren sind 10% von unmittelbarer Betreuung und rund 25% von einer Teilbetreuung abhängig.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Abhängigkeit der alten Menschen und ihrer Wohnsituation. Der rasante Wandel der Haushaltsstrukturen und -größen hat in den Mitgliedstaaten wachsende Ungleichgewichte in der Wohnsituation hervorgerufen. Die Folge ist, daß eine wachsende Zahl älterer Menschen in Wohnungen lebt, die ihren spezifischen Bedürfnissen nicht entsprechen. Die erwartete Zunahme der älteren Bevölkerung stellt die nationale Wohnungsbaupolitik vor große Herausforderungen. Ein Vorschlag lautet, ältere Menschen darin zu unterstützen, so lange wie möglich zu Hause zu leben und ihnen zugleich die Möglichkeit zu eröffnen, im Alter in praktischere oder geeignetere Wohnungen umzuziehen. Daher muß verstärkt dafür gesorgt werden, daß die Wohnungen zugänglich, praktisch und sicher sind und den Bedürfnissen von Bewohnern mit sinkender Mobilität gerecht werden.

Das wachsende Ungleichgewicht im Zusammenhang mit der Altersabhängigkeit erhöht in Verbindung mit der längeren materiellen und finanziellen Abhängigkeit jüngerer und älterer Menschen den Druck auf die erwerbsfähige Bevölkerung und wirft Fragen bezüglich der Grenzen zwischen öffentlicher und privater Verantwortung auf. Die Debatte kreist im wesentlichen um die Frage, wie die Belastung des Generationenvertrags reduziert und gleichzeitig ein hohes Leistungsniveau für die von Unterstützung abhängigen Personen gesichert werden kann. Die Bemühungen einer Reihe von Ländern um Ausgabensenkungen verlagern die Verantwortung für die Betreuung zunehmend auf die Familien. Die Frage, wie die Rechte und Pflichten auf die Familienmitglieder verteilt werden können, um eine übermäßige Belastung der sogenannten „Sandwich-Generation“ zu vermeiden, harret noch der Beantwortung. Obwohl die Grenzen zwischen der Verantwortung des Staates und der Familie in den Mitgliedstaaten unterschiedlich gezogen werden, geht aus der verfügbaren Literatur hervor, daß der wesentliche Beitrag der nichtfachlichen Pflegekräfte in der gesamten EU bisher nicht ausreichend gewürdigt wird. Auch haben sich die meisten Mitgliedstaaten bisher nicht ausdrücklich mit den Bedürfnissen dieser Pflegekräfte befaßt. Um die wachsende Nachfrage in der Zukunft zu befriedigen, werden politische Eingriffe erforderlich, die dazu dienen, Betreuungsmaßnahmen zur Ergänzung der Pflege in der Familie zu entwickeln und die Freiwilligentätigkeit in diesem Bereich anzuregen. Eine solche Politik könnte sich auch vorteilhaft auf den Arbeitsmarkt auswirken, indem sie den nichtfachlichen Pflegekräften, bei denen es sich vor allem um Frauen handelt, größere Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt eröffnete.

Ausgewogenes Geschlechterverhältnis und verwandte

Fragen: Die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Die bestehende Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie einige jüngere Trends – wie etwa die Ausweitung der Teilzeitarbeit (die hauptsächlich von Frauen verrichtet wird) – machen deutlich, daß die Rollen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin abhängig vom Geschlecht verteilt werden. Die Frauen tragen immer noch die Hauptlast der häuslichen Betreuung. Doch die in Zukunft steigende Nachfrage nach Betreuung und das wachsende Bedürfnis der Frauen nach umfassender Integration in das Erwerbsleben erzeugen Spannungen zwischen familiären Aufgaben und Arbeit.

Sowohl unter ethischen Gesichtspunkten als auch im Hinblick auf die Effizienz ist es unverzichtbar, ein neues Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern herzustellen. Zwar wurden beträchtliche Fortschritte gemacht, doch das geänderte Muster von Haushaltszusammensetzung und Familienformen erfordert zusätzliche Maßnahmen. Die bestehenden Spannungen können nur gelöst werden, indem die Gleichbehandlung der Geschlechter gefördert wird, was unter anderem weitere Fortschritte in der Aufteilung der familiären Aufgaben zwischen Männern und Frauen sowie Bemühungen erfordert, Arbeit und Familie sowohl für Frauen als auch für Männer besser vereinbar zu machen. Es gilt, innovative und praktikable Programme zu entwickeln, um das Arbeitsleben mit den Bedürfnissen von Familien, Haushalten und individuellen Personen in Einklang zu bringen, ohne den Familien die gesamte Betreuungslast aufzubürden. Zu diesem Zweck bedarf es neuer Regelungen für die Verwirklichung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und einer fortschreitenden Umsetzung der Individualisierung der Rechte.

Altern in Gesundheit: Obwohl die Lebenserwartung der EU-Bevölkerung steigt, stirbt noch immer jeder fünfte Bürger der Gemeinschaft verfrüht, häufig an einer vermeidbaren Krankheit. Es tauchen neue Bedrohungen für die Gesundheit auf, darunter insbesondere übertragbare Krankheiten. Zwischen den sozialen Schichten gibt es auffällige Ungleichheiten, was den Gesundheitszustand angeht. Und die längere Lebenserwartung erzeugt ebenfalls Probleme, darunter einen starken Anstieg altersbezogener Erkrankungen wie der Alzheimerschen Krankheit.

Mit der wachsenden Zahl von Menschen jenseits der 80 und 90 wird der Druck auf das Gesundheitswesen und insbesondere auf die soziale Betreuung abhängiger älterer Menschen zunehmen. Obwohl kein Konsens bezüglich der Kostenwirkungen der veränderten Altersstruktur auf das Gesundheitswesen besteht, haben mehrere Wirtschaftsstudien in den USA, Kanada und in jüngster Zeit auch in Mitgliedstaaten der EU gezeigt, daß die Überalterung der Bevölkerung die Nachfrage nach Sozialbetreuung und Gesundheitsversorgung erhöht. Schätzungen zufolge übersteigen die Durchschnittskosten für die Betreuung von Personen zwischen 65 und 74 Jahren jene für die Versorgung von Personen unter 65

Jahren um mehr als das Doppelte. Die durchschnittlichen Betreuungskosten für Personen im Alter von 75 und mehr Jahren sind noch höher. Allgemeine Schätzungen zeigen, daß die "altersbereinigten Gesundheitskosten" bis 2010 um 10% steigen werden, während die europäische Bevölkerung durchschnittlich um 3% wachsen wird. In diesen Berechnungen wurde nur der demographische Effekt berücksichtigt, wobei konstante Preise zugrunde gelegt und davon ausgegangen wurde, daß keine durchgreifenden Reformen des Gesundheitswesens vorgenommen werden.

Geänderte Umweltbedingungen, Lebensgewohnheiten und Arbeitsbedingungen werden neue Gesundheitsbedrohungen durch Atemwegserkrankungen, Streß und Erkrankungen des Bewegungsapparates Probleme hervorrufen. Eine wirksame Förderung des gesunden Alterns durch Sensibilisierungsprogramme und Gesundheitserziehung stellt daher einen unverzichtbaren Bestandteil einer aktiven Strategie für das Alter dar und kann die Lebensqualität der EU-Bürger verbessern, was unschätzbare Vorteile für die Gesellschaft insgesamt haben wird.

Förderung der sozialen Einbeziehung: Seit einigen Jahrzehnten sehen sich die europäischen Gesellschaften mit einem fortschreitenden Trend zur Ausgrenzung konfrontiert. Die Einkommensungleichheit trägt wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Eine zunehmende Ungleichheit der Einkommen geht vielfach mit Ungleichheit des Gesundheitszustands einher. Einige Studien deuten darauf hin, daß die ungleiche Einkommensverteilung an sich einen potentiellen Streßfaktor darstellt, der den sozialen Zusammenhalt und die Gesundheit der Bevölkerung untergräbt und das Risiko sozialer Ausgrenzung erhöht. Die erwartete Zunahme der Einkommensungleichgewichte bedeutet wahrscheinlich, daß der Anteil der einkommensschwachen Gruppen, wie etwa älterer Menschen und Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil, ebenfalls steigen wird. Einkommensschwache Gruppen sind verwundbar. Die Angehörigen dieser Gruppen befinden sich häufiger in schlechtem Gesundheitszustand und haben beschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Das relative Wachstum dieser Gruppen kann zu einem Anstieg der Nachfrage nach Sozialdienstleistungen führen.

Die Ausgrenzung ist jedoch nicht auf Einkommensungleichheit beschränkt. Vielmehr besteht sie in der Häufung und Kombination mehrerer Formen der sozialen Deprivation: mangelnde Bildung, Verschlechterung des Gesundheitszustandes, Obdachlosigkeit, Verlust der familiären Unterstützung, Ausschluß aus dem normalen gesellschaftlichen Leben und Mangel an Beschäftigungschancen. Jede Form der Deprivation verstärkt die anderen. Das Ergebnis ist ein Teufelskreis, der von Langzeitarbeitslosigkeit zum Verlust der familiären Bindungen und schließlich zu Ausgrenzung und Kriminalität führt.

Der Sozialschutz allein kann nicht jede Form der Ausgrenzung beseitigen. Soziale Ausgrenzung betrifft auch die soziale Beteiligung und die Integration in die Gesellschaft in all ihren Dimensionen. Wie kann gegenwärtig ausgegrenzten Menschen wieder eine Rolle in der Gesellschaft zugewiesen werden? Eine ausgegrenzte Person stößt bei der Arbeitssuche auf große Schwierigkeiten, da sie nicht in der Lage ist, die Forderungen der Arbeitgeber in bezug auf Kenntnisse, Produktivität und Flexibilität zu erfüllen. An den Rand gedrängten Menschen fällt es sehr schwer, auf dem Arbeitsmarkt jenes Maß an Produktivität und Flexibilität zu erreichen, das gut ausgebildete und vollkommen integrierte Arbeitnehmer vorweisen können. Daher müssen ausgegrenzten Personen Integrationschancen mit einem Mindestmaß an Stabilität angeboten werden. Diese Stabilität im gewinnorientierten Privatsektor der Wirtschaft zu finden, ist nicht leicht.

Auf der anderen Seite gibt es im Bereich der von zentralen staatlichen Stellen, lokalen Gebietskörperschaften und NRO angebotenen nichtmarktbestimmten Dienstleistungen Bedürfnisse, die gegenwärtig nicht befriedigt werden. Verschiedene Mitgliedstaaten haben einen neuen Ansatz gewählt und versuchen, die Ausgaben für die Sozialleistungen zu aktivieren und eine dauerhafte Integration ausgegrenzter Menschen zu erreichen, indem sie diese Leistungen zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse einsetzen, die gegenwärtig unerschwinglich sind. Solche Experimente führen sowohl die Länder, die eine besonders fortschrittliche Arbeitsmarktpolitik betreiben, als auch jene durch, die sich bemühen, die Integrationsfunktion ihrer Mindesteinkommenspläne zu entwickeln. Sie müssen eine passive und bedrohte Solidarität mit den ausgegrenzten Menschen in einen Vertrag umwandeln, der diesen Menschen im Gegenzug für ihre Verpflichtung, eigene Anstrengungen zu unternehmen, reale Chancen zur sozialen und wirtschaftlichen Integration eröffnet. Allerdings muß diese Förderung von nichtmarktbestimmten Aktivitäten sorgfältig überwacht werden, und man muß Verbindungen zu Marktaktivitäten herstellen, um zu verhindern, daß der Arbeitsmarkt weiter zersplittert und einige Menschen dauerhaft auf subventionierte Arbeitsplätze beschränkt werden.

Erschließung des Potentials für soziale Beteiligung:

Die wachsende Zahl gemeinsamer Initiativen des öffentlichen und privaten Sektors rückt zunehmend ins Blickfeld der Politik. Zwar ist das Phänomen der sogenannten „Sozialwirtschaft“ bisher weitgehend unerforscht, doch ihrem Potential wurde jüngst mit dem Konzept des „Unternehmergeists“ in den Europäischen Beschäftigungsleitlinien sowie mit den bereichsübergreifenden Prioritäten der neuen ESF-Verordnung Rechnung getragen.

Schlußbemerkungen

Dieser Bericht hat einige der wesentlichen gesellschaftlichen Entwicklungen aufgezeigt und jene Bereiche, die in der Zukunft von zentraler politischer Bedeutung sein werden, herausgestellt.

Die Geschwindigkeit, mit der sich der Wandel in den Bereichen Globalisierung, demographischer Umbruch, Ausbreitung neuer Arbeitsformen und Familienstrukturen, der Übergang zu einer Gesellschaft, die auf Wissen basiert vollzieht, verstärkt die sozialpolitische Dimension in der Realisierung von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit.

Eine der wichtigsten Herausforderungen, denen Europa heute gegenübersteht, besteht darin, wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen und gleichzeitig das europäische Sozialmodell zu bewahren. Die beschäftigungspolitische Situation in Europa läßt im Vergleich zu den USA zu wünschen übrig, vor allem aufgrund des unterentwickelten Dienstleistungssektors in Europa. Das Schaffen von Arbeitsplätzen in diesem Sektor ist ein zentrales politisches Anliegen im Hinblick auf die Förderung des Wirtschaftswachstums.

Der vorliegende Bericht zeigt auf, daß es einen Anstieg des allgemeinen Lebensbedingungen gegeben hat. Daneben bestehen aber immer noch soziale Probleme für spezifische soziale Gruppen. Ferner tragen demographische Trends und Änderungen der Verhaltensweisen der Menschen dazu bei, neue und steigende Bedürfnisse nach sozialer Unterstützung zu schaffen.

Durch das Entwickeln eines angemessenen politischen Rahmens, der die Entwicklung von Dienstleistungen für den Bürger ermöglicht, hat Europa Gelegenheit, sowohl eine Antwort auf die wachsenden sozialen Bedürfnisse zu finden, als auch Wirtschaftswachstum und soziale Kohäsion zu fördern.